## 17. Wahlperiode



## Plenarprotokoll 17/62

## 62. Sitzung

## Mittwoch, den 22.08.2018

# Mainz in der Steinhalle des Landesmuseums

Mitteilungen des Präsidenten	3894	Roger Lewentz, Minister des Innern und für	0010
AKTUELLE DEBATTE	3894	Sport:	3916 <b>3920</b>
Schuljahr 2018/2019: Guter Start – Gute Rahmenbedingungen – Gute Bildung auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/7053 –		Jeweils Aussprache gemäß § 101 GOLT	3920
	3894	Vom Landtag vorzunehmende Wahlen	3921
Abg. Bettina Brück, SPD:	3894, 3901 3895, 3901 3897 3898 3898 3899 3902	Wahl der Vizepräsidentin des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz Wahlvorschlag der Ministerpräsidentin – Drucksache 17/6635 –	3921 3921
Unzureichende Maßnahmen der Landes- regierung und notwendige Schritte zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz auf Antrag der Fraktion der CDU		der Wiederaufbaukasse	3921 3921
- Drucksache 17/7055	3903	- Drucksache 17/7046	3921
Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:	3903, 3909 3904, 3909 3905, 3910 3906	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU  – Drucksache 17/7052 –	3921
Abg. Steven Wink, FDP:	3907, 3910	– Drucksache 17/7052 –	3921
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	3908	Wahlvorschlag der Fraktion der AfD  – Drucksache 17/7047 –	3921
Gefährliche Zuwanderer in Rheinland-Pfalz	3300	Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/7047 –	3921
auf Antrag der Fraktion der AfD  – Drucksache 17/7054 –	3911	Wahlvorschlag der Fraktion der FDP  – Drucksache 17/7057 –	3921
Abg. Uwe Junge, AfD:	3911, 3918 3912, 3919 3913, 3919	Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/7057 –	3921
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3915, 3920 3915	Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7056 –	3921

Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/7056 –	3921	- Drucksache 17/7025	3926
tes Landesgesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/5490 –		Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:	3926 3926 3927 3927
Zweite Beratung		NEN:	3928
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie – Drucksache 17/7027 –	3921	Sport:	3928 <b>3929</b>
Abg. Dr. Peter Enders, CDU: Abg. Dr. Tanja Machalet, SPD:	3921 3922 3923 3923 3924	Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Rheinböllen und Simmern/Hunsrück Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7000 –	3323
Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demogra- fie:	3925	Erste Beratung	3929
Einstimmige Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 17/7027 –	3925	sache 17/7000 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.	3929
Jeweils einstimmige Annahme des Gesetz- entwurfs – Drucksache 17/5490 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung tes Landesgesetz zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung	3925	Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Altenkirchen (Westerwald) und Flammersfeld Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7001 – Erste Beratung	3929
<ul><li>Drucksache 17/6380 –</li><li>Zweite Beratung</li></ul>		Überweisung des Gesetzentwurfs – Druck- sache 17/7001 – an den Innenausschuss –	
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten – Drucksache 17/7024–	3926	federführend – und an den Rechtsausschuss.  Agrarbericht 2018 Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 17/6980) gemäß Beschluss des Landtags vom 12. Okto-	3929
Drucksache 17/6380 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.	3926	ber 1989 zu Drucksache 11/3099	3930
Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/6490 –		Abg. Nico Steinbach, SPD:  Abg. Arnold Schmitt, CDU:  Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:  Abg. Marco Weber, FDP:  Abg. Michael Billen, CDU:  Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS	3930, 3931 3931 3932 3933, 3935 3935
Zweite Beratung		90/DIE GRÜNEN:	3936 3937

\* \* \*

## Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht, Vizepräsidentin Astrid Schmitt.

## Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

## **Entschuldigt:**

Abg. Anke Beilstein, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Helga Lerch, FDP, Abg. Thomas Weiner, CDU; Hans Beckmann, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin, Daniela Schmitt, Staatssekretärin, Dr. Stephan Weinberg, Staatssekretär.

## 62. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 22.08.2018

Beginn der Sitzung: 14:50 Uhr

## Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 62. Plenarsitzung begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegen Steinbach und Reichert. Herr Steinbach wird die Redeliste führen.

Entschuldigt fehlen heute die Kolleginnen Beilstein und Lerch sowie die Kollegen Gies und Weiner. Herr Staatsminister Professor Dr. Wolf ist ab 17:15 Uhr entschuldigt. Entschuldigt sind auch die Staatssekretärinnen Frau Raab und Frau Schmitt und die Staatssekretäre Herr Beckmann und Herr Dr. Weinberg.

Dann dürfen wir einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen gratulieren. Am 28. Juni ist Herr Lammert 50 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Herr Dr. Bernhard Braun ist am 30. Juni 2018 60 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Frau Willius-Senzer hatte am 13. Juli 2018 einen halbrunden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Fredi Winter ist am 16. Juli 70 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Herr Dr. Böhme ist am 2. August 55 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall der AfD, vereinzelt Beifall bei der CDU und Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Weiland ist am 14. August 65 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen mitzuteilen, dass – wie gewohnt – Änderungs-, Alternativ- und Entschließungsanträge bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten gesondert aufgerufen werden.

Der Landtag verzichtet einvernehmlich darauf, in der 64. Plenarsitzung am Freitag, den 24. August 2018, eine Fragestunde durchzuführen.

Im Übrigen ist Ihnen die Tagesordnung zugegangen. Ich sehe keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Dann wird nach der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren.

Ich rufe damit **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

#### **AKTUELLE DEBATTE**

Schuljahr 2018/2019: Guter Start – Gute Rahmenbedingungen – Gute Bildung

auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/7053 –

Für die antragstellende Fraktion spricht Frau Kollegin Brück.

#### Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bestmögliche Bildung und Förderung für jedes Kind unabhängig von der sozialen Herkunft und unabhängig von der Finanzkraft der Eltern steht für die SPD-Fraktion im Mittelpunkt des politischen Handelns.

> (Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Das zeigt sich auch zu Beginn des neuen Schuljahres.

Deshalb ist es uns wichtig, das heute zu thematisieren, um den Blick auf eines der wichtigsten und – als Bildungspolitikerin sage ich das – auf das wichtigste Feld der Landespolitik zu lenken.

Dem Schuljahresanfang gilt immer eine besondere Aufmerksamkeit. Er ist Gradmesser für die Stimmung an unseren Schulen. Ich bin froh, dass wir feststellen können, dass das neue Schuljahr in diesem Sommer wieder einmal sehr gut angefangen hat. Es ist rundum gelungen.

Das belegen die Gespräche mit den Schulen, den Lehrkräften und den Eltern. Während sich aus anderen Bundesländern die negativen Meldungen mehren, Lehrermangel dort greifbar ist und Funktionäre vom Bildungsnotstand sprechen, konnten in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend durch eine konsequente Personalpolitik alle Planstellen im hart umkämpften Grundschullehramt mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lediglich – das muss man einräumen – bei den Förderschullehrkräften gibt es einen kleinen Engpass, wie überall in der Republik. Aber auch der wird in den nächsten Monaten mit dann gerade fertig ausgebildeten Lehrkräften behoben werden können.

Dies ist keinesfalls selbstverständlich und kommt auch nicht von ungefähr. Das Schlechtreden und Angstschüren der Opposition in ihren Pressemeldungen und Einträgen in sozialen Netzwerken verfängt nicht; denn anders als andere Bundesländer hat Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren immer stetig Lehrkräftenachwuchs ausgebildet und übrigens – ich erinnere einmal daran – auch trotz aller Kritik von der Opposition eine Ausbildung über den Bedarf

hinaus betrieben und einen Einstellungskorridor für alle Lehrämter offengehalten. Das kommt uns jetzt zugute.

Rund 1.000 Lehrerinnen und Lehrer sind im neuen Schuljahr neu eingestellt worden. Die Schülerzahlprognosen der Landesregierung stimmen mit der Realität überein. Die Rahmenbedingungen für eine gute strukturelle Unterrichtsversorgung sind gelegt. Wir als Koalition haben die 100 %ige Unterrichtsversorgung im strukturellen Bereich fest im Blick.

Dass wir nicht die Hände in den Schoß legen, sondern es ernst meinen, zeigt die Ankündigung der Landesregierung, im kommenden Doppelhaushalt unter anderem 260 zusätzliche Lehrerstellen schaffen zu wollen. Selbstverständlich gibt es vorausschauend auch ein Bündel von Maßnahmen für besonders gesuchte Lehrkräfte im Grund- und Förderschulbereich, um zum Beispiel durch Wechselprüfungen aus anderen Lehrämtern auch zukünftige Bedarfe decken zu können. Das ist eine echte Herausforderung in Zeiten der Schuldenbremse.

Gute Bildung ist uns das wert. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für einen attraktiven Unterricht. Hier zeigt sich deutlich, dass die Landesregierung eine besondere Priorität bei der Bildung setzt. Die jüngsten Studien bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. In keinem anderen Bundesland hängt der Bildungserfolg so wenig von der sozialen Herkunft ab wie in Rheinland-Pfalz. Das heißt, Chancen zu eröffnen und alle Talente individuell zu fördern. Bildungsgerechtigkeit ist für uns ein zentrales Anliegen.

Zu guten Rahmenbedingungen gehört auch, dass der Vertretungslehrerpool jetzt um weitere 200 Stellen – 100 jetzt und 100 zum nächsten Halbjahr – auf insgesamt 1.300 feste Beamtenstellen aufwachsen wird. Außerdem kann man die gute Nachricht, die Ministerin Hubig im Mai vor den Ferien verkündet hat, nicht oft genug wiederholen. Ab diesem Schuljahr werden alle Vertretungslehrkräfte in den Sommerferien durchbezahlt. Das Land handelt also auch auf diesem Feld sehr verantwortlich.

(Beifall der SPD, der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP, und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir übernehmen auch Verantwortung für das Personal insgesamt, wenn ich zum Beispiel an die nächsten Besoldungsrunden oder an die Beförderungsmöglichkeiten ehemaliger Hauptschullehrkräfte auf das Lehramt A 13 bei Realschulen plus erinnere.

Ich könnte noch vieles erwähnen. Durch ein vielfältiges Bündel von Maßnahmen hat sich die Schüler-Lehrer-Relation an unseren Schulen in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verbessert, sodass mehr Zeit für guten Unterricht gegeben ist. Genau den wollen wir. Wir wollen gute Schulen und gute Lehrkräfte, um guten Unterricht zur Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler zu machen.

Der Schuljahresstart 2018 legt dafür eine gute Grundlage. Wir danken der Schulaufsicht und unseren Lehrkräften ganz herzlich dafür, dass sie das so engagiert angehen. Das ist Bildungspolitik "Made in Rheinland-Pfalz".

(Glocke des Präsidenten)

Das ist soziale Gerechtigkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Barth.

## Abg. Thomas Barth, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass man zum Schuljahresbeginn eine Aktuelle Debatte über das neue Schuljahr führt, ist völlig in Ordnung. Aber wir fragen uns als CDU-Fraktion, ob auch die Situation in den Schulen vor Ort in Ordnung ist.

(Beifall der CDU)

Sicherlich nicht. Kann man von einem guten Start ins neue Schuljahr sprechen, wenn kurz vor dem neuen Schuljahr gleich zweimal das Verwaltungsgericht politische Positionen der Landesregierung einkassiert hat?

(Beifall der CDU)

Auch in diesem Schuljahr bleibt die Zukunftsperspektive – ich nehme zu Anfang das Beispiel kleine Grundschulen heraus – völlig offen. Eine "Zwergreform bei Zwergschulen" titelte eine Tageszeitung und traf damit den Nagel auf den Kopf.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist Ihnen allen bekannt, dass sich das Land bei der Schließungsreform der kleinen Grundschulen durch handwerkliche Fehler bis auf die Knochen blamiert hat. Meine Damen und Herren, das Problem bleibt trotz allem auch in 2018/19 bestehen.

Anstatt ein Perspektivmodell zu schaffen, das neue Optionen für kleine Grundschulen schaffte, hat das Ministerium Schließungsentscheidungen ohne ein durchdachtes Konzept durchgezogen und dadurch maximalen Flurschaden angerichtet. Zurück bleiben am Beginn des neuen Schuljahres, auch bei den kleinen Grundschulen, die letzten Endes nicht geschlossen wurden, Tausende völlig unnötig verunsicherte Lehrer, Eltern und Schüler, meine Damen und Herren. Das ist ein Fakt.

(Beifall der CDU)

Wenn man die Verlautbarungen aus dem Bildungsministerium zu Beginn eines Schuljahres liest, fühlt man sich quasi wie in eine Traumwelt versetzt.

Frau Kollegin Brück, ich habe Ihren Zahlen sehr stark gelauscht. Ich bezweifele nur, dass das alles nachhaltig zu den Resultaten führen wird, die wir uns gerne erhoffen.

Auch hier reicht wieder einmal ein kleiner Ausflug zurück in die Vergangenheit, wie wir mit den Superlativen umzugehen haben.

Im Schuljahr 2016/17 sind landesweit 210.000 Schulstunden ausgefallen.

Frau Ministerin, dennoch sprachen Sie von der besten Unterrichtsversorgung seit Jahren.

(Zurufe von CDU und SPD)

Ich hielte das für nicht adäquat.

Im Schuljahr 2017/18 – wir nähern uns der Gegenwart – fielen landesweit jede Woche wieder bis zu 15.000 Unterrichtsstunden an allen rheinland-pfälzischen Schulen aus. Wir bezweifeln, dass Sie durch den Einstellungsmodus diesen Unterrichtsausfall dauerhaft werden reduzieren können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist der Hintergrund.

(Beifall der CDU)

Jahr für Jahr, und so wird es weitergehen, nicht gehaltener Unterricht. Damit ist ein sinkendes Bildungsniveau leider vorprogrammiert. Da kommen wir gleich noch einmal besonders auf den Bereich der Grundschulen zu sprechen.

Die Botschaft, dass wir in Rheinland-Pfalz angeblich keinen Lehrermangel haben, ist daher reine Augenwischerei; denn woher kommen die ausgefallenen Unterrichtsstunden?

(Beifall bei der CDU)

Darunter leidet natürlich die Unterrichtsqualität. Meine Damen und Herren, sieht so gute Bildung aus?

Der Umgang mit Zahlen. Frau Kollegin Brück, Sie haben die strukturelle Unterrichtsversorgung angesprochen.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Ja, ich weiß, der Umgang mit Statistiken ist so eine Sache, aber man kann sich die Zahlen durchaus einmal so herauspicken, wie sie einem passen. Das machen andere genauso, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das Land plant jedes Jahr mit einem strukturellen Unterrichtsausfall. Dieser wird von der ADD nach Ministeriumskonsultationen festgelegt und wird in den Stellen- und Stundenzuweisungen ausgewiesen.

Warum wird überhaupt ein struktureller Unterrichtsausfall eingeplant? Das ist meine erste Frage.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Die zweite Frage. Warum wird in Rheinland-Pfalz dieser Unterrichtsausfall schulartübergreifend dargestellt und nicht schulartspezifisch?

Meine Damen und Herren, gibt es da seitens der Landesregierung irgendetwas zu verbergen? Die Frage wird man sich doch noch einmal stellen können. (Beifall der CDU)

Unterrichtsausfall führt zu Bildungsverfall.

Jetzt kommen wir zum Thema Grundschulen. Ich hoffe wirklich, dass die Ankündigungen und die Taten, die mit den Einstellungen erfolgt sind, unser Grundschulbildungswesen etwas nachhaltig verändern. Aber ich zweifle daran. In den letzten zehn Jahren ist das Niveau an den Grundschulen drastisch gesunken. Das kann nun wirklich keiner bestreiten.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Nicht nur da!)

2017 hat die IGLU-Studie erhebliche Defizite in den Grundfähigkeiten Lesen und Rechtschreibung offengelegt. Demnach erreicht fast ein Viertel der rheinland-pfälzischen Jungen und Mädchen in der Rechtschreibung nicht einmal den Mindeststandard.

(Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Dann kommen wir zur VERA-Vergleichsarbeit 2018. Mehr als die Hälfte aller Kinder in Rheinland-Pfalz erreicht nicht einmal das Regelniveau bei der Orthografie. Auch in Mathematik und Deutsch sind unsere Schüler Mittelmaß, wie die in IQB-Studie ergab. Wir rangieren zwischen Platz 9 und 13 von 16 Plätzen. Das ist allenfalls unterer/mittlerer Durchschnitt. Durchschnitt kann jeder. Wollen wir nicht wieder Klassenprimus werden, meine sehr geehrten Damen und Herren? Sieht so gute Bildung aus?

(Beifall der CDU und des Abg. Joachim Paul, AfD)

Ein Letztes noch zum Thema der Kolleginnen und Kollegen, die ausgebildet werden.

Ja, wir bilden viele Kolleginnen und Kollegen aus. Das ist richtig.

(Glocke des Präsidenten)

Aber viele verlassen Rheinland-Pfalz. 2017/18 waren es 268 Fälle. Es ist nicht so, dass zum Schuljahresbeginn 2018/19 der Hebel umgelegt und alles wieder besser wird. Frau Ministerin, deswegen bin ich sehr gespannt, welche Konzepte Sie vortragen können, damit Rheinland-Pfalz wirklich wieder eine Spitzenposition einnehmen wird.

(Zurufe aus dem Hause)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen zunächst Gäste im Landtag begrüßen, und zwar die ver.di-Seniorinnen und -Senioren aus dem Kreis Cochem-Zell. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Paul das Wort.

#### Abg. Joachim Paul, AfD:

Liebe Kollegen, verehrtes Präsidium! Chuzpe – gute Schüler wissen, was das ist. Wenn die SPD eine Aktuelle Debatte mit dem Thema "Guter Start – Gute Rahmenbedingungen – Gute Bildung" einbringt, dann ist das in der Tat eine Chuzpe, eine Unverfrorenheit, einer Dreistigkeit.

Gute Bildung erkennt man vor allem daran, dass sich die Endabnehmer, also die Hochschulen, die Unternehmensvertreter, IHK, HWK, positiv über das Leistungsniveau der Schüler äußern. Das Gegenteil ist Fall. Unisono hört man dort, das Niveau wird Jahr um Jahr schlechter.

Der Niveauverlust wird gerade an den Übergängen offenkundig, vom Gymnasium zur Hochschule, von der Schule zur Lehre.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Studier- und Ausbildungsfähigkeit kommt zu dem Ergebnis, die politisch gewollte Inflation der Bildungsabschlüsse sei mit einer dramatischen Absenkung der Anforderungen erkauft worden. Trotz vermehrter guter Schulabschlüsse kann man durchaus hie und da einmal ein Anführungszeichen setzen. In Unternehmen oder Hörsälen haben wir es mit jungen Menschen zu tun. Die Unternehmen und Hörsäle haben mit fehlenden Grundlagenkompetenzen hinsichtlich der Mathematik oder auch der Sprachrichtigkeit zu kämpfen. Deshalb seien immer mehr Betriebe und Universitäten gezwungen, die schulischen Grundlagen nachzubessern. Vorqualifizierung, Nachqualifizierung.

Die Situation in Rheinland-Pfalz ist nicht besser als im Bundesdurchschnitt, sondern eher schlechter.

Am 13. Oktober 2017 wurde der Ergebnisbericht zum IQB-Bildungstrend vorgestellt. Viertklässler wurden in den Fächern Mathematik und Deutsch getestet. In Deutschland insgesamt haben sich die durchschnittlichen Leistungen der Grundschüler von 2011 bis 2016 in den Kompetenzbereichen deutlich verschlechtert.

Im Ergebnis schneidet Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich in allen Kompetenzen unterdurchschnittlich ab. Rechtschreibung, Lesekompetenz, Zuhören und Mathematik: Die Situation ist dramatisch. Ein Viertel unserer Viertklässler verfehlt bei der Rechtschreibung den Mindeststandard. Sie können also nicht einmal Wörter wie Mond, Mama, Milch alphabetisch ordnen. Wohlgemerkt in der 4. Klasse.

Man fühlt sich in die Alphabetisierungskampagne in Brasilien der 1960er-Jahre zurückversetzt, oder man kann darauf blicken.

Das hält die SPD aber nicht davon ab, von guter Bildung zu sprechen. Sie müssten eigentlich von großer Herausforderung oder großen Baustellen sprechen, denen Sie gegenüberstehen.

(Beifall der AfD)

Die SPD glaubt wohl allen Ernstes, eine Verbesserung der Noten im Allgemeinen würde auch einhergehen mit guten Leistungen und guter Bildung. Wir lassen uns davon nicht blenden. Seit gestern liegen die Zahlen schwarz auf weiß vor. Eine Kleine Anfrage meines Kollegen Michael Frisch hat Folgendes zutage gefördert:

Von 2015 bis 2017 stieg die Zahl derjenigen, die das Abitur absolvierten, von 12.130 auf 18.165. Was für ein Anstieg! Das werden Sie beklatschen. Aber es ist mit einem großen Niveauverlust erkauft worden, und dieser Preis ist es nicht wert, liebe Kollegen. Gar nicht.

(Beifall der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Und das bei einem Absinken der Schülerzahlen im gleichen Zeitraum um 13,4 %. Normalerweise hätte sich nun die Abiturdurchschnittsnote deutlich veschlechtern müssen. Wir wissen, dass viele Schüler mittlerweile das Gymnasium besuchen, die eigentlich an der Realschule besser aufgehoben wären. Aber weit gefehlt. Die Durchschnittsnote hat sich sogar verbessert, und zwar von 2,59 auf 2,46. Das werden Sie wieder bejubeln. Noch einmal, es ist mit einem dramatischen Niveauverlust erkauft worden.

(Abg. Jens Guth, SPD: Mit Niveauverlust kennen Sie sich ja aus!)

 – Ja, gerade Sie kennen Sie sich da aus. Einen schönen Gruß nach Worms.

> (Beifall der AfD – Zurufe aus dem Hause)

 Schöne Grüße nach Worms. Sie sind bekannt. Sie sind stadtbekannt.

(Glocke des Präsidenten)

Viele Schüler erwerben mit dem Abitur zwar die Hochschulzugangsberechtigung, aber, seien wir ehrlich, sie sind nicht mehr vollumfänglich studierfähig, das heißt, sie erwerben zwar die Berechtigung, aber von der Reife ist mittlerweile gar nicht mehr die Rede. Bezeichnend!

Wie groß die Probleme an den Schulen sind, lässt sich auch daran ablesen, dass die Kosten für die Schulsozialarbeit explodieren. Die Gründe dafür sind zu einem beträchtlichen Teil hausgemacht. Im Rahmen einer Mündlichen Anfrage zum Thema Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz musste die Bildungsministerin am 21. Juni 2018 im Plenum einräumen, dass die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft der wesentliche Grund für den stetigen Ausbau der Schulsozialarbeit ist.

(Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Aber Sie kurieren immer nur an den Symptomen. Heterogenität ist kein Wert an sich, sondern er muss kritisch betrachtet werden, und das macht nur unsere Fraktion.

Mehr dazu in der zweiten Runde.

(Beifall der AfD – Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Becker das

Wort.

## Abg. Monika Becker, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Paul, ich frage mich, wie Sie eigentlich den großspurig beschriebenen Abbau des Niveaus quantifizieren. Gibt es hierfür einen Level?

(Abg. Joachim Paul, AfD: Weil ich zehn Jahre Lehrer war!)

Oh.

(Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

## Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Paul, Sie hatten eben das Wort. Jetzt hat Frau Kollegin Becker das Wort. – Bitte.

## Abg. Monika Becker, FDP:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, rund 409.800 Schülerinnen und Schüler besuchen im Schuljahr 2018/19 gut 1.500 allgemeinbildende Schulen. Darüber hinaus haben die berufsbildenden Schulen ca. 119.000 Schülerinnen und Schüler erwartet. Die amtliche Schulstatistik sagt einen anhaltenden leichten Rückgang der Schülerzahlen bis 2021 voraus und stellt im Anschluss daran wieder einen leichten Anstieg in Aussicht.

Zum Schuljahresstart waren über 900 Lehrerstellen über alle Schularten hinweg zu besetzen. Aufgrund der guten Personalplanung der Landesregierung konnten die Planstellen an den Grundschulen, an den Realschulen plus und Gymnasien mit grundständig ausgebildeten Lehrern besetzt werden.

Herr Paul, das ist eine Analyse von Schulstart.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die vollständige Stellenbesetzung an Förderschulen – die Kollegin hat es schon gesagt – nicht frühzeitig erfolgen konnte, ist Ansporn für uns. Wir sind aber sicher, dass die vom Bildungsministerium ergriffenen Maßnahmen dabei in die absolut richtige Richtung gehen. Besonders die Vorabzusagen an Förderschullehrer in Ausbildung sowie die Anpassung der Wechselprüfung sind nach unserer Aufassung geeignete Modelle dafür.

Meine Damen und Herren, der Vertretungspool wird aufgestockt werden, und zwar um weitere 300 Stellen. Somit umfasst der Pool 1.300 Stellen, 500 Stellen mehr als 2016. Dies führt zu einer spürbaren Verbesserung im Sinne der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer.

Die verbeamteten Lehrkräfte profitieren in den kommenden zwei Jahren von der 2 %igen Steigerung, die zusätzlich zum Tarifergebnis in die Besoldung einfließt.

Darüber hinaus können weiterhin bis zu 600 Hauptschullehrkräfte im Zuge der Wechselprüfung II von A 12 nach A 13 eingestuft werden. Bisher wurden hierbei bereits über 1.000 Lehrkräfte befördert.

Des Weiteren zeichnet sich der Schulstart 2018/19 dadurch aus, dass die Sprachförderung noch einmal deutlich verbessert wurde. Dafür wurden 40 Planstellen für Sprachförderkräfte bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend ist zu sagen, unser Schulsystem bleibt differenziert und durchlässig. Das Ganztagsschulangebot wird weiter ausgebaut, und die Ferienbetreuung wird qualitativ wie quantitativ verbessert.

Ebenso wird die Profilierung von Schulen im Auge behalten, und deren Kompetenzen werden ausgebaut. Im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist die duale Ausbildung, verbunden mit einer intensiven Werbung um Fachkräfte, weiter zu stärken.

Die Schulen sollen auch stärker bei der Personalgewinnung und -rekrutierung mitwirken können. Das ist ein Ziel, das der Koalitionsvertrag vorgibt. Wir sehen, dass die Landesregierung hieran fokussiert arbeitet.

Herzlichen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Köbler.

## Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gestern vor einer Woche das Vergnügen, zum dritten Mal an einer Einschulung teilzunehmen, der von meiner kleinsten Tochter. Es erfüllt einen schon mit Stolz, wenn man in die leuchtenden Augen der Kinder blickt, die stolz mit der Schultüte in ihrer Hand das Schulgelände betreten, wenn sie Klassenkameradinnen und Klassenkameraden kennenlernen, wenn sie die Lehrerin oder manchmal sogar den Lehrer – manchmal den Lehrer – zum ersten Mal kennenlernen. Die Lust auf das Abenteuer Schule, die Neugier, etwas zu lernen, neue Dinge kennenzulernen, neue Menschen kennenzulernen, ist wirklich etwas ganz, ganz Großartiges. Ich kann berichten, es ist nach einer Woche noch nicht vergangen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das stimmt! – Abg. Christian Baldauf, CDU: Der Frust kommt noch!)

Daher glaube ich, ist das wirklich ein ganz, ganz wichtiges und einschneidendes Erlebnis, was die 35.430 ABC-Schützen in der vergangenen Woche allein in Rheinland-Pfalz erlebt haben. Ich finde, bei aller Diskussion, die wir hier immer wieder führen, das, was an allen Schulen, aber insbesondere an den Grundschulen jeden Tag von den

Lehrerinnen und Lehrern, von den Fachkräften, geleistet wird, ist wirklich eine ganz, ganz große Anstrengung. Ich denke, das ist wirklich eine ganz, ganz wichtige Bereicherung für unsere Gesellschaft insgesamt. Ich finde, es ist heute die Gelegenheit, dafür einfach einmal Danke zu sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich finde es gelinde gesagt etwas schwierig, lieber Herr Kollege Barth, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, das Niveau in unseren Grundschulen sei in den letzten zehn Jahren drastisch gesunken, ohne dazu irgendeinen Beleg anzuführen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die Zahlen sind doch da!)

Ich finde, dass dadurch die Arbeit der Fachkräfte, der Lehrerinnen und Lehrer insbesondere an den Grundschulen vor Ort, nicht ausreichend gewürdigt und dadurch in ein nicht angemessenes Licht gestellt wird.

Beispielsweise ist in der IQB-Bildungsstudie attestiert worden, die sich nicht auf die letzten zehn Jahre, sondern auf die letzten fünf Jahre beschränkt, mit deren Ergebnissen wir parteiübergreifend selbstverständlich nicht zufrieden waren, dass sich im Zeitraum von 2011 bis 2016 in den Grundschulen das Niveau bei den Themen "Lesekompetenz" und "Mathematik" konstant gehalten hat, aber wir in Rheinland-Pfalz beim Thema "Zuhören" entsprechende Herausforderungen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Paul bringt immer wieder die gleiche Rede zu allen bildungspolitischen Themen.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Ich will ihm nur den Hinweis geben, die alphabetische Reihung lautet Mama, Milch, Mond und nicht Mond, Mama, Milch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, 1.100 junge Lehrerinnen und Lehrer sind zum neuen Schuljahr eingestellt worden. Ich will betonen, weil es uns immer wichtig war, die Frage der Unterrichtsversorgung bestmöglich sicherzustellen, dass wir mittlerweile einen Vertretungspool haben, der noch in diesem Schuljahr auf 1.300 beamtete Stellen anwachsen wird. Das halte ich für einen außerordentlich großen Erfolg. Das gilt auch für den Kampf, dafür zu sorgen, dass künftig Vertreterungslehrerinnen und Vertretungslehrer auch über die Ferien hinweg bezahlt werden. Das ist ein ganz, ganz wesentlicher Beitrag und Schritt zu mehr Planungssicherheit, zu mehr sozialer Gerechtigkeit, aber vor allem zu mehr Sicherheit für die Menschen, die das betrifft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Um im Bild zu bleiben: Natürlich haben wir noch Hausaufgaben zu machen. Es ist aber gerade in der Bildungspolitik,

die uns so wichtig ist, immer so, dass wir besser werden können. Das Pilotprojekt zum Thema "Ausbau der Selbstständigkeit von Schulen" war sehr erfolgreich. Das gilt es jetzt aufzugreifen und weiter fortzusetzen.

Zu nennen sind die Themen "Soziale Gerechtigkeit", "Durchlässigkeit", "Spracherwerb" und "Integration". Man kann von Studien immer viel halten, aber ich finde, dass Rheinland-Pfalz im Bildungsmonitor der Bertelsmann Stiftung beim Thema "Integration" bundesweit auf Platz 1 steht, kann man bei so viel Schwarzmalerei, die zu diesem Thema geschieht, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat, einmal nennen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es aus!)

Natürlich ist Digitalisierung das Megathema. Hier können wir uns an Ländern wie Estland orientieren. Wir reden über die Generation – Herr Barth, deswegen teile ich Ihre These nicht, ich glaube, dass die Anforderungen immer höher werden und nicht das Niveau sinkt, und es ist eine Herausforderung, die zu erfüllen –, die mutmaßlich den Mars betreten wird. Für die brauchen wir die neuesten Medien, die besten Techniken und keine rückständigen Handyverbote.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Dr. Hubig.

## Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn einer noch daran zweifeln würde, dass der Start in dieses Schuljahr gut gelungen ist, dann wäre er spätestens jetzt davon überzeugt; denn die Opposition spricht mit keinem Wort über den Start in dieses Schuljahr.

> (Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Klagen, kein gar nichts. Es werden IQB-Studien falsch zitiert; denn wenn Sie in die IQB-Studie schauen, dann sehen Sie, dass sich im Grundschulbereich nur das Zuhören verschlechtert hat, in allen anderen Bereichen sind die Leistungen gleich geblieben.

(Zurufe von der CDU und der AfD)

Sie sind unpräzise, weil Sie nicht erwähnen, dass bei VERA3-Leistungen abgetestet werden, die erst ein Jahr später fällig sind. Das sollte man vielleicht auch einmal sagen. Wenn Sie sagen, die Schüler sind alle viel schlechter geworden, Sie aber gleichzeitig beklagen, dass mehr Schüler ein 1,0-Abitur haben, dann fehlt mir da jeglicher Sinn für die Logik.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der AfD)

Meine Damen und Herren, uns ist in Rheinland-Pfalz etwas gelungen, was in fast keinem anderen Land im Moment gelingt.

> (Abg. Martin Brandl, CDU: Die Schönfärberei geht einfach weiter! So wird es nicht besser!)

Bei einer Gesamtzahl von 1.000 Pädagogen und Pädagoginnen, die wir auch in diesem Jahr wieder zum Schulstart an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen eingestellt haben, konnten wir für alle Planstellen an Grundschulen, Gymnasien, Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen Lehrerinnen und Lehrer einstellen, die für das jeweilige Lehramt ausgebildet sind.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

An den Förderschulen werden wir die 20 noch offenen Stellen spätestens zum 1. Februar besetzen können.

Dass wir damit für Rheinland-Pfalz ein sehr gutes Ergebnis erzielen konnten, wird deutlich, wenn man dieser Tage die Zeitung aufschlägt und sieht, wie es in den anderen Ländern ist. Vielfach können Stellen nicht besetzt werden, oder die Besetzung von Planstellen erfolgt in größerer Zahl mit Seiten- und Quereinsteigern. Rheinland-Pfalz hat hier eine Ausnahmestellung, die nicht von ungefähr kommt.

Die Landesregierung hat wegen des bundesweit bestehenden Mangels an voll ausgebildeten Lehrkräften vorausschauend ein Bündel an Maßnahmen ergriffen, um dieser Situation zu begegnen. Wir haben dabei immer eines im Auge: Die Qualität muss eben auch stimmen. Es geht nicht darum, nach unten abzusenken. Deshalb haben wir auch keine Massen von Quer- und Seiteneinsteigern.

Bei uns sind Einstellungen von Lehrkräften auf Planstellen seit dem letzten Jahr flexibel das ganze Jahr über und nicht nur an zwei Stichtagen möglich. Wir haben Referendarinnen und Referendaren vorab ihre Einstellung zugesichert, und wir haben eine ganze Reihe von Einstellungen zeitlich vorgezogen.

Der Wechsel und die dafür erforderliche Prüfung von einem anderen Lehramt zum Grundschullehramt werden mit Blick auf eine gute Versorgung auch in Zukunft ausgebaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir lehren übrigens auch "Medienkompetenz macht Schule". Das ist richtig.

Alternativ zu dem Studium an der Universität können Lehrkräfte anderer Lehrämter nun auch Veranstaltungen zum Studienseminar belegen. Das zeigt schon Wirkung. Wir sehen, dass immer mehr junge Leute wechseln, weil sie wissen, dass sie vor Ort ihr pädagogisches und didaktisches Handwerkszeug für die Grundschule erlernen können.

Wir wollen die Lehrkräfte nicht nur ausbilden, sondern in Rheinland-Pfalz halten. Wir halten sie auch in RheinlandPfalz; denn zur Wahrheit gehört auch, dass nicht nur Lehrkräfte von Rheinland-Pfalz woanders hingehen – das ist eine ganz normale Bewegung, die überall in Deutschland so ist –, sondern natürlich Lehrkräfte aus anderen Ländern nach Rheinland-Pfalz kommen. Das sollten Sie vielleicht auch noch mit erwähnen. Das wäre der Vollständigkeit halber vernünftig.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Vertretungspool, den wir um 300 Stellen von 1.000 auf 1.300 Planstellen für Beamtinnen und Beamte aufgestockt haben, die für Vertretungsfälle da sind und dann auch so gehalten werden können. Wir haben natürlich die jüngsten Kollegien in Deutschland. Das führt eben auch dazu, dass wir anders als andere Länder in den nächsten Jahren keine Pensionierungswelle zu befürchten haben. Auch wenn Sie gerne das Gegenteil behaupten, wir haben Zahlen – wir nennen Ihnen diese Zahlen gerne –, und die Zahlen sind natürlich auf Tatsachengrundlagen erhoben und nicht irgendwelche Dinge, die wir uns aus den Fingern saugen.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

– Genau, die langfristige Personalplanung und die Bezahlung der Lehrkräfte werden besser. Auch das wird dazu führen, dass noch mehr Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz nicht nur studieren, nicht nur ihr Referendariat machen, sondern dauerhaft bleiben.

Die Finanzministerin hat angekündigt, dass zusätzlich zu den Tarifergebnissen die Besoldung für Beamtinnen und Beamte um jeweils 2 % ansteigt. Das betrifft rund 37.000 Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz.

Die, die Vertretungsverträge haben und nicht verbeamtet sind, werden künftig auch während der Sommerferien durchbezahlt. Auch denen bieten wir bessere Arbeitsbedingungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei Dinge trotz dieser wirklich guten Nachrichten – wie gesagt, man sieht es an der Reaktion der Opposition – nicht ganz unerwähnt lassen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Steht das im Text?)

Wir sehen die Entwicklung in den anderen Ländern. Wir sehen sie mit Sorge. Wir sind nämlich nicht blauäugig. Wir beobachten die Schülerzahlen sehr genau und prognostizieren sie übrigens auch sehr genau.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Das muss natürlich auch passen!)

Wir arbeiten an zusätzlichen Maßnahmen, um weiterhin genügend Lehrkräfte für unser Land zu haben.

Bei 1.600 Schulen, bei 17.500 Klassen an den allgemeinbildenden Schulen, bei 40.000 Lehrkräften und fast 530.000 Schülerinnen und Schülern ist klar, dass nicht immer alles perfekt läuft und es an der einen oder anderen Stelle einmal Schwierigkeiten geben kann, aber wir

kümmern uns darum. Dass das so ist, sieht man daran, dass sich die Unterrichtsversorgung in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert hat. Das wird zusammen mit allen Beteiligten auch weiterhin eines unserer wichtigsten Ziele bleiben.

Übrigens genauso wie die Unterrichtsqualität; denn der Vollständigkeit halber hätten Sie vielleicht erwähnen können, dass wir gerade für die Grundschulen im Moment sehr viel machen. Neben "Medienkompetenz macht Schule" haben wir die zwei Programme "Lesen macht stark" und "Mathe macht stark", um die Grundfähigkeiten gerade derjenigen Kinder zu fördern, die noch nicht so gut sind, wie sie sein sollten. Auch diese Programme greifen sehr gut. Die Lehrerinnen und Lehrer können damit sehr gut umgehen.

Das ist neben Digitalisierung und Sprachförderung aber nur eines von vielen Themen, die wir alle unter sehr guten Rahmenbedingungen bearbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Brück.

#### Abg. Bettina Brück, SPD:

Lieber Herr Barth, dass Sie sich gar nicht die Mühe machen, irgendetwas zum Schulstart zu sagen, hat sich schon im ersten Satz bewahrheitet, als Sie die Frage nach dem Schulstart mit "sicherlich nicht" tituliert haben, ohne das in irgendeiner Art und Weise zu belegen, weil Sie sogar vergangenheitsbewältigte Themen bemühen, um hier ihre Position zu untermauern, die wirklich überhaupt nichts mit dem Thema "Schulstart" zu tun hat.

(Zurufe von der CDU)

Sie behaupten, Bildung sei in Rheinland-Pfalz ein Problem. Ich kann dieses Problem bei Weitem nirgendwo sehen und erkennen. Wir erkennen auch keine Tausende verunsicherte Lehrkräfte an kleineren und kleinen Grundschulen. Die reden Sie hierbei. Sie verunsichern die Leute, auch heute noch einmal mit Ihrem Redebeitrag.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie die Unterrichtsversorgung bemühen, dann können wir uns gerne einmal draußen in der Lobby hinsetzen, und ich erkläre Ihnen den Unterschied zwischen struktureller und temporärer Unterrichtsversorgung.

(Zurufe von der CDU)

Ich erkläre Ihnen gerne auch noch einmal, wie die Unterrichtsversorgung strukturell in Rheinland-Pfalz aussieht, nämlich anders als in anderen Bundesländern. Es

ist nicht nur Pflichtunterricht, sondern es gibt daneben Differenzierungs- und Förderunterricht, der im Vorhinein eingeplant ist. Das ist das absolute Gegenteil dessen, was Sie behaupten, dass Unterrichtsausfall geplant sei. Das stimmt nicht.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Ich bitte Sie, endlich davon Abstand zu nehmen, weil das immer wieder die Leute verunsichert. Ihre Reaktionen zeigen mir, dass ich recht habe, Herr Brandl.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie von der Unterrichtsversorgung in der Grundschule berichten, erkläre ich auch gerne einmal das Prinzip der vollen Halbtagsschule. Das müssen Sie dann schon etwas differenzierter betrachten.

Was die Frage anbelangt, wie das Niveau in unseren Schulen ist und welche Lehrkräfte hier studieren, hier vielleicht auch noch ihre Ausbildung machen und dann wieder in die Heimat gehen, ist zu sagen, wir haben in Rheinland-Pfalz auch gute Studienmöglichkeiten, und viele kommen zum Studieren hierher.

Herrn Paul kann ich nur sagen, wir sind froh, dass die Zeiten des Nürnberger Trichters vorbei sind und bei uns an unseren Schulen Bildungsgerechtigkeit herrscht,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Chancen eröffnet werden und individuell gefördert wird.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ihre Zeit ist aus, Frau Kollegin!)

Überlegen Sie einmal den Unterschied zwischen schlau und klug.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Barth.

## Abg. Thomas Barth, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verschiedentlich wurde mir falsches Zitieren vorgeworfen. Die Zahlen habe ich doch nicht erfunden. Das sind nun einmal Zahlen von der IGLU-Studie und von der VERA-Studie. Die liegen Ihnen genauso vor wie mir. Ich habe auch keine Entwicklung dargestellt, sondern lediglich die Zahlen aus 2017 und 2018 genannt. Die können Sie doch nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren. Die sind doch einfach da.

(Beifall der CDU und des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Entschuldigen Sie vielleicht meine emotionale Dynamik in der Debatte, aber ich bin mit Mittelmaß nicht zufrieden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Martin Haller, SPD: Und dann sind Sie in der CDU?)

Ich kann weder als Lehrer noch als Elternteil mit Mittelmaß zufrieden sein.

(Beifall bei der CDU)

Das können wir doch als bildungspolitisch Verantwortliche im Land auch nicht sein.

Wir Lehrer – es sind einige im Raum – denken immer vom Ziel her.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Echt?)

– Ja. – Welches Ziel hätten Sie? Ich hätte einen Vorschlag zum Beispiel für Deutsch in der Grundschule, weil unsere Grundschüler wirklich mittelmäßig oder unterhalb des Mittelmaßes in Rechtschreibung, Orthografie und Lesen abschneiden – Sie wissen jetzt schon, was kommt, ich sage es trotzdem –: Schaffen Sie bitte endlich dieses sogenannte Schreiben nach Gehör ab!

(Starker Beifall der CDU und Beifall der AfD)

Schaffen Sie dieses sogenannte Schreiben nach Gehör ab. Das verunsichert die Eltern und die Schüler. Reden Sie einmal mit Eltern. Reden Sie mit Schülern. Ich habe als Referendar in meiner Ausbildung gelernt, dass man als Lehrer keine Fehler an die Tafel schreibt. Bei den Schülern soll auf einmal das Fehlerhafte unkorrigiert stehen bleiben. Meine Damen und Herren, das ist doch ein Widerspruch in sich.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Das ist Käse und eine traurige Tatsache. Führen Sie auch die Schreibschrift wieder ein; denn die Leseinkompetenz, die unsere Schüler haben, kommt einfach daher, dass sie nicht — —

(Zuruf der Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD)

 Dann machen Sie es aber verbindlich. Machen Sie es verbindlich, damit lexematisches Lesen statt dem phonologischen Lesen wieder in den Vordergrund kommt, meine Damen und Herren; denn das ist auch für das Lesen gut.

(Beifall bei der CDU)

Keine Experimente auf dem Rücken unserer Kinder! Es ist keine Grundrechtsverletzung, wenn Kinder nach Regeln lernen;

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!)

denn die Kinder dürfen ja auch nicht sagen: Ich meine, eins plus eins ist gleich vier, aber vielleicht ist es auch drei. – Sie sollen nach Regeln lernen. Wenn es in Mathematik geht, warum nicht auch in Deutsch.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn wir nächstes Jahr dadurch bessere Ergebnisse haben, dann reden wir auch sehr gern über einen guten Schulstart.

(Glocke des Präsidenten)

Im Augenblick muss ich das sehr bezweifeln.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU – Abg. Martin Brandl, CDU: Sehr gut!)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Frisch.

#### Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Brück tischt uns jetzt seit zweieinhalb Jahren immer wieder das gleiche Märchen einer heilen rheinland-pfälzischen Bildungswelt auf. Trotz IQB, trotz IGLU, trotz Klagen und Kritik von Lehrern und Elternverbänden alles gut, keine Probleme. Eine PR-Agentur könnte das nicht besser machen.

(Beifall der AfD)

Nur mit der Realität, meine Damen und Herren, hat das nicht viel zu tun. Es ist eben ein Riesenproblem, wenn die bildungspolitische Sprecherin der größten Regierungsfraktion die Schulen nur von gelegentlichen Abgeordnetenbesuchen her kennt, bei denen es von Potemkinschen Dörfern nur so wimmeln dürfte.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist kein Zufall, dass Frau Brück hier auch eine weitgehend von pädagogischen Inhalten befreite Rede gehalten hat, eine rein technokratische Betrachtung, die sich auf Statistiken beschränkt hat.

> (Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten – Abg. Martin Haller, SPD: Sie sind ehrabschneidend!)

Aber selbst hier – muss man sagen – stimmt das mit der Realität nur zu einem Teil überein. Kein Wort davon, dass in der Realschule plus insgesamt 24 % aller Stunden fachfremd erteilt werden, in Naturwissenschaft und Technik über 57 %. Kein Wort davon, dass an den IGS in Informatik zu über 60 % fachfremd unterrichtet wird. Kein Wort davon, dass die Zahl der Aushilfslehrer für kurzfristigen Vertretungsbedarf deutlich zugenommen hat.

Frau Ministerin, wenn Sie sagen, gute Noten im Abitur seien doch ein Widerspruch zur behaupteten sinkenden Bildungsqualität, so ist das natürlich keineswegs so. Das kann zusammen gehen. Das erklärt dann aber nur, dass es für immer schlechtere Leistungen immer bessere Noten gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD – Abg. Uwe Junge, AfD: Ganz genau!)

Was die Ampel hier als Erfolgsgeschichte zu verkaufen versucht, ist bei näherem Hinsehen nichts anderes als eine Mogelpackung.

(Abg. Alexander Fuhr, SPD: Setzen, 6!)

Das alles beeinträchtigt den Lernerfolg unserer Kinder in erheblichem Maße. Es geht natürlich letztlich um viel mehr; denn wenn wir über Bildung reden, reden wir auch über die Zukunft unseres Landes. Unser Land lebt von der Klugheit und von der Tüchtigkeit seiner Menschen. Wenn wir dieses Potenzial vernachlässigen, wird das gravierende Folgen für uns alle haben. Es ist deshalb höchste Zeit, die Weichen in der Bildungspolitik auch in Rheinland-Pfalz neu zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

#### **AKTUELLEN DEBATTE**

Unzureichende Maßnahmen der Landesregierung und notwendige Schritte zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz

auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/7055 –

Für die antragstellende CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Gensch.

## Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir persönlich fällt der Wechsel von der doch berührenden Gedenkveranstaltung, die wir gerade gehört haben, jetzt direkt in die politische Auseinandersetzung etwas schwer, und ich möchte mich bei Ihnen noch einmal für die gelungene Gedenkveranstaltung, die Sie ausgerichtet haben, bedanken.

(Beifall der CDU und der AfD)

Trotzdem treibt uns – und deswegen auch dieser Tagesordnungspunkt – als CDU-Fraktion die Sorge um die medizinische Versorgung in unserem Bundesland um. Uns droht in Rheinland-Pfalz tatsächlich ein ärztlicher Versorgungsnotstand. Die zugrunde liegende dramatische Faktenlage sollte eigentlich allen bekannt sein. 60 % der hausärztlichen Kollegen scheiden in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2022 aus dem Beruf aus. Das sind in absoluten Zahlen 1.700 von 2.700 Kollegen. Es sind über alle ambulant tätigen Fachgruppen hinweg 4.100 Kollegen von 7.700.

Diese Zahlen zeigen eigentlich die ganze Brisanz der momentanen Lage. Nicht nur mein Gefühl ist es, sondern

auch das Gefühl unserer gesamten Fraktion, dass die Landesregierung diese Entwicklung immer noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erfasst hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie lassen sich bei Ihrer Problemlösung zu viel Zeit, und Sie begegnen dem Problem weiterhin mit einem aus unserer Sicht unzureichenden Maßnahmenpaket. Sie haben initial Jahre gewartet, bis das Problem zu einem drängenden Problem wurde. Sie haben 2007 dann einen Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung entwickelt, der in der Zwischenzeit zwar fortgeschrieben wurde, aber der bis zum heutigen Tag – 11 Jahre später – das Problem, für das er konzipiert wurde, weder gelöst hat noch erkennbar abgemildert hat.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD)

Frau Ministerpräsidentin, da muss ich Sie schon auch fragen: Was ist das für ein Masterplan? Was sagt das über die Effektivität der Maßnahmen im Masterplan aus? Verdient die Konzeption überhaupt die Bezeichnung eines Masterplans, wenn doch elf Jahre später kein Ergebnis und kein Fortschritt vorliegt und das Problem, zu dessen Lösung er konzipiert wurde, ein größeres ist als jemals zuvor?

(Abg. Martin Brandl, CDU: Richtige Frage! Das ist die richtige Frage!)

Sie haben zwar auch eine ganze Reihe von Förderprogrammen, die – das will ich gar nicht abstreiten – einen kleinen Beitrag zur Problemlösung leisten, die aber zur Lösung des Gesamtproblems völlig unzureichend sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben beispielsweise eine Förderrichtlinie zur hausärztlichen Versorgung. Die Anzahl dieser zu fördernden Regionen nimmt aber immer weiter zu, und die zur Verfügung gestellten Fördermittel werden nur unzureichend abgerufen.

Gleiches gilt für den Strukturfonds. Sie haben Studentenprogramme. Dort nehmen bei dem PJ-Tertial-Programm 60 Studenten in den letzten Jahren teil. Das sind überschaubare Teilnehmerzahlen, die zur Lösung des Gesamtproblems keinen nennenswerten Beitrag leisten.

(Beifall der CDU)

Sie lassen sich bei all dem Zeit. Sie haben einen Wiedereinstiegskurs für Berufseinsteiger für Ärzte konzipiert. Im April 2017 waren es 30 Teilnehmer. Auch das wäre mit Sicherheit auszubauen gewesen. Es ist ein Programm, das Sie als ein sehr erfolgreiches darstellen. Aber nichtsdestotrotz wird der nächste Wiedereinstiegskurs erst im Frühjahr, April 2019, stattfinden, zwei Jahre Zeit dazwischen für einen Einstiegskurs, bei dem ein Curriculum besteht und bei dem überhaupt nicht einzusehen ist, warum er nicht alle zwei oder drei Monate wieder aufgelegt wird, um die entsprechenden Teilnehmerzahlen zu generieren.

(Beifall der CDU)

Wir erleben diese Zeitverzögerung auch in anderen zentralen Bereichen, was medizinische und ärztliche Versorgung angeht, meine Damen und Herren, Stichwort Landeskrankenhausplan. Wir haben einen alten Landeskrankenhausplan, der 2016 abgelaufen ist, und wir sind jetzt bereits zwei Jahre im Verzug. Bisher ist noch nicht einmal das vorbereitende Gutachten veröffentlicht. Ende 2018 soll dieser Plan in Kraft treten. Auch hier Verzögerung um Verzögerung. Alle Beteiligten hängen in der Luft. Planungssicherheit fehl am Platze. Das ganze Land wartet auf das Ministerium.

(Beifall bei der CDU)

Sie können froh sein, dass Sie die CDU-Fraktion haben.

(Heiterkeit bei SPD und AfD)

Die CDU-Fraktion hat die Aufgabe des Taktgebers in der Gesundheitspolitik in diesem Bundesland und in diesem Parlament übernommen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Wir sind sehr froh, dass wir Euch haben!)

Wir präsentieren Lösungskonzepte.

(Beifall der CDU)

Wir leiten mit unseren Anträgen die notwendigen Maßnahmen ein. Unsere Anträge zur Erhöhung der Anzahl der Studienplätze um mindestens 10 % in Rheinland-Pfalz

(Glocke des Präsidenten)

und zur Implementierung von Stipendienprogrammen und Landarztquote liegen vor. Ich freue mich, dass Sie in der Landesregierung die Bereitschaft zeigen, unseren Vorschlägen zu folgen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Zu folgen, aber nicht voranzugehen, nur zu folgen!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht die Kollegin Anklam-Trapp.

## Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Gensch, die ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz ist uns wichtig und war es schon immer. Mir fehlt heute der aktuelle Anlass zu dieser Aktuellen Debatte. Am vergangenen Donnerstag noch haben kluge Kollegen Ihrer Fraktion ihren eigenen Antrag zum Thema Hausärztefortbildung verschoben, damit wir eine Expertenanhörung führender Wissenschaftler einleiten können,

(Abg. Martin Brandl, CDU: Wenn wir es nicht thematisieren, passiert ja nichts!)

um die Frage zu erörtern – und zwar auf höchstem Niveau,

wie wir es von uns erwarten –, wie wir die Studienplätze in der Humanmedizin erhöhen können und eine Landarztquote in Rheinland-Pfalz einführen können, und zwar so, dass es in Rheinland-Pfalz bindet. Das ist ein Antrag, den die CDU vertagt hat, was völlig richtig ist.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Ja, für eine Anhörung!)

Letzte Woche vertagt, heute kommen Sie mit der Aktuellen Stunde. Verehrter Dr. Gensch, ich erinnere daran, dass Sie mit Ihrer missglückten Rede im April mit Ausbrüchen wie "Gendergedöns", "Hausärztinnen und Hausärzte" Herrn Dr. Braun angegriffen haben. Heute fressen Sie Kreide.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Können Sie mal was zum Inhalt sagen!)

Aber das nützt alles nichts; denn wir werden – wie wir es 2007 schon gemacht haben, und zwar als erstes Bundesland – im Oktober den Masterplan "Gesundheit und Pflege" immer wieder weiter fortschreiben. Es werden sich immer wieder neue Bausteine ergeben. Natürlich hat man nicht einmal einen Masterplan, der für immer gilt, sondern man wird das fortschreiben müssen. Es ist ein demografischer Wandel in der kurativen Medizin. Dieser Wandel wird begleitet und hat einen ganz, ganz hohen Stellenwert in Rheinland-Pfalz.

Im Koalitionsvertrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD findet sich ein eigenes Kapitel "Medizinischen Nachwuchs sichern". Das ist äußerst lesenswert. Dazu gehören zum Beispiel Positionen wie Zugang zum Medizinstudium und neben der Senkung des Numerus Clausus auch die Anerkennung von beruflichen Vorerfahrungen im medizinischen oder im pflegerischen Bereich. Wir, die Koalitionsfraktionen, haben vertraglich im Mai 2016 vereinbart, zu prüfen, inwieweit wir Medizinstudierende bevorzugt zum Studium zulassen und Verpflichtungen als Tätigkeit als Hausärztinnen in unterversorgten Regionen bzw. bedrohten Regionen aufnehmen können, und das verknüpft mit einer regionalisierten Ausbildung.

Sie stellen sich im April hierher, im Dezember, im April, im August und erklären uns immer wieder: Tun sie einmal etwas! – Wir haben es 2016 im Mai vertraglich fixiert. Wir arbeiten daran, und zwar mit der Anhörung, die wir gemeinsam beschlossen haben, mit Experten auf höchstem Niveau und ringen damit um eine gute hausärztliche Versorgung.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das haben die alles schon wieder vergessen!)

Genau diese gute zukünftige hausärztliche Versorgung ist uns, der SPD-Fraktion, viel zu wichtig, um sich zu streiten.

Wir suchen Lösungen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wir geben Euch welche!)

Wir möchten Positionen erarbeiten und nahe an den Menschen entwickeln, was die Menschen vor Ort brauchen, um in Rheinland-Pfalz sicher leben zu können:

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den Wegfall der Residenzpflicht, sodass Ärztinnen und Ärzte familienorientiert leben und arbeiten können und ihre Praxis führen können.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

die Entlastung der Hausärzte durch die NäPA ist Modell Rheinland-Pfalz und mittlerweile bundesweit, die Praxisgemeinschaften, die leistungsstark immer mehr zusammenarbeiten und eine Versorgung für die Bevölkerung anbieten, die Möglichkeit, kommunale Medizinische Versorgungszentren, zum Beispiel in der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen zu schaffen

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

oder den jüngst höchst positiven Einsatz unserer Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn immer wieder angeschrieben hat,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Kann mal anrufen! Ich kann mit Jens reden!)

um zu klären, dass es eine Gesetzeslücke gibt, und somit jetzt eine ärztliche Genossenschaft in der Eifel zu ermöglichen.

Der Trierische Volksfreund hat sinngemäß getitelt: "Bis der Genosse Arzt kommt". Damit das möglich ist und die Ärzte wissen, wie man Genossenschaften in diesem Genossenschaftsland Rheinland-Pfalz gründen kann, gibt es dazu noch einen Genossenschaftslotsen von unserer Landeszentrale für Gesundheitsförderung mit Niederlassungsförderungen.

Meine Damen und Herren, das ist ein Masterplan, das ist ärztliche Versorgung auf dem Land, und das ist Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz mit dieser Koalitionsfraktion.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich in der ersten Runde noch 15 Sekunden habe, noch ein Wort zur Vergütung der Hausärztinnen und Hausärzte: Natürlich ist es auch eine Frage, was ein niedergelassener Mediziner verdient. Mit den Bemühungen der Sozialdemokratie ist es im Koalitionsvertrag im Bund gelungen, für unterversorgte Regionen 30 % plus in der Vergütung für Hausärzte zu erzielen. Auch mit der Frage der monetären Vergütung löst sich zukünftig eine Angelegenheit.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen mehr in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht die Kollegin Dr. Groß.

## Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Irgendwie geht mir das alles am Thema vorbei. Auf den Beitrag von Frau Anklam-Trapp will ich gar nicht eingehen.

Herr Dr. Gensch, bei allem Respekt, aber Sie enttäuschen auch mit Ihrer reinen Deskription der Geschichte. Was Sie gesagt haben, ist redundant hoch zehn. Das haben wir doch alles schon in den letzten Plenarsitzungen gehabt. Das bringt uns nicht weiter.

(Zuruf von der SPD: Pst!)

- Genau, danke schön.

Der Hauptpunkt ist, dass wir uns doch Gedanken um die notwendigen Schritte zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz machen wollten. Mit den notwendigen Schritten haben wir uns genau einmal befasst.

Falls Ihnen das nicht bekannt ist, es gibt das sogenannte Berufsmonitoring der Medizinstudenten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Das bietet deutliche Ansatzpunkte, wo angesetzt werden muss, um die ärztliche Versorgung in den ländlichen Räumen voranzutreiben. Die Landesregierung hat hier Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen ihrer Hochschulpolitik, um angehende Mediziner gerade auf das Land zu locken.

Im Übrigen – zur Aufklärung für Sie – gibt es das Berufsmonitoring seit 2010. Das heißt, seit beinahe acht Jahren stehen diese Informationen seitens der Medizinstudenten zur Verfügung. Man kann hier die Wünsche der Mediziner einsehen. Die nächsten Ergebnisse des Berufsmonitorings stehen ganz aktuell im September 2018 zur Verfügung. Vielleicht wollen Sie einmal hereinschauen.

Für das aktuelle Berufsmonitoring 2014 wurden bundesweit 11.462 Medizinstudenten befragt mit dem Ziel, Berufsperspektiven und die Wünsche junger Mediziner zu erheben, aber auch um Hürden für eine spätere, auch ambulante, Tätigkeit zu ermitteln. Hierbei kristallisierten sich insbesondere zwei Problemfelder heraus: einmal hinsichtlich des Ortes – wo die Mediziner arbeiten wollen –, aber auch hinsichtlich desssen, als was die Mediziner eigentlich arbeiten wollen.

Ort und künftiges Arbeiten: Insgesamt spielt die Herkunft bei der Wahl des Studienortes und des späteren Arbeitsortes eine ganz maßgebliche Rolle. Man studiert nicht nur im Herkunftsbundesland beziehungsweise heimatnah, sondern arbeitet nach Möglichkeit später auch dort. So strebten 85 % der Medizinstudenten eine berufliche Tätigkeit im Heimatbundesland und 78 % in der näheren Heimatregion an. Das Arbeitskräftepotenzial für eine künftige ärztliche Tätigkeit in Rheinland-Pfalz liegt bei den Medizinstudenten aus Rheinland-Pfalz bei 85 % und bei Medizinstudenten aus dem Saarland bei 51 %.

Meine Damen und Herren, diese Erkenntnisse sind bei den künftigen Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zwingend zu berücksichtigen, wenn diese von Erfolg gekrönt sein wollen. Dieser Heimateffekt macht deutlich, dass eine Erhöhung der Anzahl der Medizinstudienplätze bei nur einer medizinischen Fakultät in Rheinland-Pfalz für die Sicherung der ärztlichen Versorgung unabdingbar ist.

Zudem, das zeigt das Monitoring auch, besteht eine gewisse Aversion gegen eine Tätigkeit im ländlichen Raum. 41 % der Medizinstudenten können sich nicht vorstellen, künftig in kleinen ländlichen Gebieten mit weniger als 5.000 Einwohnern zu arbeiten und 33 % in Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern. Hier spielen die regionale Herkunft und räumliche Sozialisierung eine ganz entscheidende Rolle. Ländlich sozialisierte Medizinstudenten können sich signifikant häufiger vorstellen, auf dem Land zu leben und zu arbeiten als nicht ländlich sozialisierte. Aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist den Studenten wichtig.

Die medizinische Versorgung wird in dem Berufsmonitoring selbst als Teil einer lokalen Infrastruktur wahrgenommen – wie Kindergärten, Schulen, mittelständische Unternehmen und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort. Insofern fällt Gemeinden, Kommunen und auch Landkreisen hier die schwierige Aufgabe zu, Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten. Hier muss das Land den Kommunen ausreichend Mittel zur Verfügung stellen und sie auf keinen Fall ausbluten lassen: Stichwort Landesfinanzausgleich.

(Beifall der AfD)

Vielen Dank, und in der zweiten Runde noch ein bisschen mehr dazu.

(Beifall der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Wink.

## Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Gensch, ich darf Sie auch fragen, warum wir letzte Woche auf sachlicher Ebene entschieden haben, die Auswertung zur Anhörung der Landarztquote genauso wie die Forderung nach mehr Medizinstudienplätzen zu verschieben.

Ich würde Sie fragen oder bitten: Erklären Sie doch, warum Sie letzte Woche diesen parlamentarischen Rahmen nicht genutzt haben. Erklären Sie doch, warum die sachliche Auseinandersetzung heute dringlicher denn je ist und dringlicher, als sie es in der letzten Woche war. Erklären Sie doch bitte, wo ein neuer aktueller Bezug für diese Thematik heute ist. Wenn Sie dies nicht können, diskreditieren Sie sich heute selbst.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Monaten machen wir eine Anhörung nach der anderen.

Wir diskutieren im Plenum. Wir diskutieren im Ausschuss. Wir diskutieren auch über die Presse. Das ist alles fruchtbar und fördert die Zusammenarbeit.

Ich darf jetzt in Ihre Aktuelle Debatte einmal einen aktuellen Bezug einbringen. Das wurde gestern und heute veröffentlicht, also brandaktuell: die Thematik, wie sie am Montag im Pirmasenser Stadtrat behandelt wurde.

Sie sind aus Zweibrücken. Sie kennen wahrscheinlich die Thematik des Zusammenschlusses von Pirmasens, Pirmasens-Land und Zweibrücken. Heute gibt es einen Pressebericht des Ärztlichen Kreisvereines Pirmasens, der mit seinen Zitaten auch einen schönen Bezug zu den bereits stattgefundenen Maßnahmen gibt.

Ich darf aus der RHEINPFALZ zitieren: Herr Dr. Brenneis sagt dort, es gibt eine hohe Bereitschaft zur Zusammenarbeit in anderen Versorgungsformen als in der klassischen Niederlassung. Das bestätigt und zeigt auf, dass wir einen gewissen Trend in der Gesellschaft haben, den wir auch für zukünftige Maßnahmen berücksichtigen müssten.

Ich darf aus vielen vergangenen Reden Punkte wie Medizinische Versorgungszentren nennen. Wir fördern Gemeinschaftspraxen und wollen sie vernetzen. Wir wollen regionale Weiterbildungszentrum und, und, und. Das ist auch Attraktivität für junge Ärztinnen und Ärzte. Weiter sagt er in diesem Artikel, dass wir für Stadt und Landkreis übergreifende Konzepte brauchen.

Genau diese Maßnahmen, die wir tun, unterstützen dies: eine höhere Verzahnung durch ländliche Aspekte im Zukunftsprogramm "Gesundheit und Pflege – 2020", sektorenübergreifende Versorgung vorantreiben, Verzahnungen, wie sie in der Eifel und in Pirmasens durch Projekte von Medi vorgesehen sind, gemeinsames Vorangehen durch Kooperationen von Kliniken und Niederlassungen. Auch das wird in diesem Artikel gefordert.

Dann spricht er noch von neuen Möglichkeiten in der Versorgung. Auch hier haben wir in den zahlreichen letzten Reden Transportdienste, mobile Praxisteams und Telemedizin mit eHelp, ePrevention, eAdministration genannt. Er spricht in dem Artikel auch davon – was immer wieder vergessen wird –, die Attraktivität einer Kommune mit Kultur, Freizeit und, und, und zu steigern.

Es zeigt sich also – und ich sehe das in dem Artikel bestätigt –, am Ende brauchen wir einen Mix von verschiedenen Maßnahmen, der eine hochwertige, bedarfsgerechte und wenn möglich wohnortnahe Versorgung sicherstellt; denn das ist dann zukunftsausgerichtete Politik.

Ich darf noch eine Pressemitteilung der Landesärztekammer vom 22. August, von heute, nennen: Die statistische Entwicklung im Fachgebiet Allgemeinmedizin ist Indiz für die Bemühungen einer Stärkung der Allgemeinmedizin. – Das heißt, letztes Jahr haben wir darüber diskutiert. Wir haben gesagt, wir wollen hier eine Stärkung. Wir haben Maßnahmen getroffen, und die Maßnahmen haben gezündet. Das heißt, wir erkennen Herausforderungen, wir gehen sie an, und wir lösen sie. Diffamierung nützt hierbei nichts.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsident Hendrik Hering:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Kollegin Binz.

## Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir unterhalten uns seit über einem Jahr fast in jedem Plenum über exakt dasselbe Thema, darüber, dass Sie der Meinung sind, die Landesregierung mache zu wenig zur Sicherung der ärztlichen Versorgung. Sie bringen immer wieder dieselben Vorwürfe und die ewig gleichen Argumente.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Sie werden aber auch beim x-ten Mal nicht richtiger. Ich weiß nicht, zum wievielten Mal ich jetzt meine alte Rede aus dem letzten Jahr schon umgeschrieben habe und hier halte. Herr Dr. Gensch, ich habe heute mitbekommen, Ihnen geht es ganz genauso mit Ihren Reden.

Sie haben die Erhöhung der Studienplätze und die Landarztquote angesprochen. Wir haben zum einen im Wissenschaftsausschuss und auch im Gesundheitsausschuss eine Anhörung gehabt, die wir noch nicht ausgewertet haben. Warum haben wir sie nicht ausgewertet? – Weil die CDU-Fraktion in der letzten Woche nicht in der Lage oder nicht willens war, dass wir diese Auswertung vornehmen und im parlamentarischen Beratungsprozess weiterkommen.

Zum zweiten zur Landarztquote: Da haben Sie eine weitere Anhörung angekündigt, obwohl die Landarztquote – Ihr Vorschlag – in der ersten Anhörung schon angesprochen worden ist. Auch da haben Ihnen viele Sachverständige schon gesagt, auch das ist kein Allheilmittel, und Ihre Vorstellung davon, wie sich die Wirkung entfaltet, ist vielleicht auch nicht komplett richtig.

Also bevor die zuständigen Ausschüsse genügend Zeit hatten, die von Ihnen beantragten Anhörungen durchzuführen und auszuwerten, stellen Sie sich diese Woche wieder im Plenum hin und scheinen schon wieder zu wissen, was bei diesen Anhörungen herauskommt, und werfen der Landesregierung Untätigkeit vor.

Also entweder wissen Sie schon die Antworten auf die Fragen, die Sie in den zahllosen von Ihnen beantragten Anhörungen beantwortet haben wollen – dann müssten sie diese aber nicht beantragen –, oder Sie sind ernsthaft an deren Ergebnissen interessiert. Dann ist es aber doch vollkommen voreilig und auch unseriös und anscheinend der reinen Show geschuldet, heute dieses Thema schon wieder in der Aktuellen Debatte auf die Tagesordnung zu setzen

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Das Thema der Sicherung der ärztlichen Versorgung ist aber viel zu ernst, als dass es von Ihnen ständig zur Show missbraucht werden sollte. Ich kann mich daher nur wiederholen. Die Landesregierung und auch die Ampelfraktionen kümmern sich um das Problem der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Dafür gibt es etliche Maßnahmen, die es schon vor Ihren Anträgen und auch Ihren Aktuellen Debatten gab.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Ich kann das noch einmal wiederholen: Es gibt kein Allheilmittel. Es gibt nicht die eine Maßnahme, die jetzt einmal umgesetzt werden müsste, und dann würde das Problem gelöst.

(Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Frau Binz, nennen Sie uns doch nur einmal eine effektive Maßnahme!)

Diese sind nicht monokausal, wie Sie das hier wiederholt darstellen wollen.

(Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Eine einzige Maßnahme! – Glocke des Präsidenten)

Es reicht nicht, dass wir einfach die Anzahl der Medizinstudienplätze erhöhen, eine Landarztquote einführen und die jungen Ärztinnen und Ärzte dann plötzlich in Scharen in den ländlichen Raum ziehen.

(Abg. Dr. Christoph Gensch. CDU: Das sind langfristige Maßnahmen, die zu einer Maßnahmenbündelung gehören!)

Das ist schlicht und ergreifend eine falsche Vorstellung, die Sie hier verbreiten. Das Problem ist, wie so oft, um einiges komplexer, und ihm muss mit verschiedenen unterschiedlichen Maßnahmen begegnet werden. Auch Ihre wiederholten Behauptungen, die Maßnahmen wären nicht wirksam, sind falsch.

Auch das haben wir schon oft besprochen: Auch das Berufsbild des Arztes muss sich den veränderten Bedürfnissen der Menschen anpassen, sonst werden wir an dieser Stelle keinen Meter weiterkommen.

Das heißt, wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und zwar nicht nur für die weiblichen, sondern auch für die männlichen Ärzte. Das heißt, ein Lebensalltag der Rundum-Verfügbarkeit sieben Tage die Woche, 24 Stunden am Tag muss der Vergangenheit angehören. Wir brauchen mehr Angestelltenverhältnisse.

Aus diesem Grund ist es doch höchst erfreulich, dass solche Ansätze wie die Ärztegenossenschaft in der Eifel gefördert werden, und sich die Landesregierung vehement eingesetzt hat, dass dies auf einen guten Weg kommt. Auch das könnten Sie einmal anerkennen.

(Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: In diesem Punkt haben Sie sogar recht!)

Das alles sind Themen, mit denen wir uns intensiv beschäftigen, über die wir uns jedes Mal im Ausschuss sachlich auseinandersetzen und beraten und bei denen wir – das

glaube ich – an vielen Stellen gleiche Meinungen vertreten. Wir brauchen eine sachliche Diskussion. Wir brauchen eine Diskussion, die an der Realität entlang geführt wird. Wir brauchen eine Zusammenarbeit aller Akteure und keine Diskussion, die einfach nur auf einen Akteur im deutschen Gesundheitssystem mit dem Finger zeigt und sagt: Die da sind schuld, weil die nichts tun.

Jeder, der sich im deutschen Gesundheitssystem bewegt, weiß: Das ist schlichtweg falsch. – Was uns nicht weiterhilft, ist eine "Hau-drauf-Rhetorik". Deswegen hoffe ich, dass das vielleicht für das erste Mal die letzte Aktuelle Debatte zu dem Thema ist.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler.

## Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen Monaten sehr oft über die Sicherung der ärztlichen Versorgung debattiert, so zum Beispiel im November 2017, im Dezember 2017, im April 2018, im Mai 2018 und auch erst vor wenigen Wochen in der letzten Sitzung des Landtags im Juni vor der Sommerpause. Aber offensichtlich waren die Sommerferien entweder zu lang oder zu heiß, sodass scheinbar die Erinnerung daran gelitten hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, darüber hinaus trägt auch die Schlagzeile der von Ihnen beantragten Debatten zur Thematik nicht unbedingt zur inhaltlichen Schärfe bei und ebenso wenig zur zielführenden Lösung.

Damit wir uns richtig verstehen. Das Thema der ärztlichen Versorgung ist eines der zentralen Zukunftsthemen. Ich glaube, da sind wir uns im Hause alle einig. Deshalb kritisiere ich auch ausdrücklich nicht, dass Sie die Ärzteversorgung als Thema setzen. Was ich Ihnen aber nicht durchgehen lassen kann, ist, dass Sie zum wiederholten Male versuchen, mit reißerischen Titeln und einem Debattenstil, der von ziemlicher Aggressivität geprägt ist, schnelle Schlagzeilen produzieren zu wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Gensch, seien wir doch einmal ehrlich, darum geht es Ihnen. Es geht Ihnen um die Schlagzeilen.

## (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Schlagzeilen helfen nicht, Herausforderungen zu bewältigen. Sinnvoll im Sinne der Sache wäre es doch – so hat es auch der Landtag beschlossen –, die vorliegenden Anträge etwa zur Landarztquote und auch die Schlussfolgerungen aus der Anhörung zum Thema "Medizinstudienplätze"

(Unruhe im Hause)

zunächst sachlich in den Ausschüssen zu erörtern.

(Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lärmpegel ist zu hoch.

## Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Wie ich es immer wieder betont habe und wie auch die Anhörung im Wissenschaftsausschuss des Landtags am 14. Juni 2018 deutlich gezeigt hat, ist zur Sicherung der ärztlichen Versorgung ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, und zwar ein solches Bündel, wie es die Landesregierung auf den Weg gebracht hat.

Es ist müßig, diese verschiedenen Maßnahmen hier immer wieder vorzutragen. Ich habe das bereits, wie dargestellt, dieses Jahr schon wiederholt getan. Das können Sie auch alles in der Großen Anfrage sowie in den diversen Plenarprotokollen nachlesen.

Im Übrigen – lassen Sie mich das auch hinzufügen – zeigen diese Maßnahmen Wirkung. Ich verweise auf die heutige Pressemitteilung der Landesärztekammer, die noch einmal eindeutig aufgeführt hat, dass die Anzahl der Facharztanerkennungen in den letzten drei Jahren deutlich angestiegen ist und sie auch dieses sehr begrüßt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Cornelila Willlius-Sezener, FDP)

Richtig ist natürlich auch – das habe ich stets betont –, dass wir nicht stehen bleiben dürfen, sondern, soweit auf Landesebene Handlungsmöglichkeiten entstehen, diese auch nutzen. Das tun wir auch, übrigens im Gegensatz zu manch anderem CDU-geführten Bundesland.

Ich leite einmal Ihren Blick nach Hessen. Dort gibt es beispielsweise kein Wiedereinstiegsprogramm für Ärzte, obwohl dort Hunderte von Ärzten derzeit nicht praktizieren. Auch dies ist ein Beleg. Wir stellen uns den Herausforderungen. Sie können das übrigens noch einmal in dem Artikel der welt-online vom gestrigen Tag nachlesen.

Nehmen wir einmal die Landarztquote. Wir in Rheinland-Pfalz entwickeln derzeit in der Landesregierung ein Konzept, wie eine Landarztquote in Rheinland-Pfalz aufgestellt werden kann. In Hessen – CDU-geführt – nimmt man sich dieser Herausforderung überhaupt nicht an.

Wir setzen uns beispielsweise für Ärztegenossenschaften ein, die einen Beitrag zur Sicherung der ärztlichen Versorgung leisten können. Nach der von mir persönlich initiierten Klärung der rechtlich umstrittenen Haftungsfrage von genossenschaftlich getragenen Medizinischen Versorgungszentren durch Bundesgesundheitsminister Spahn wollen wir dieses attraktive Organisationsmodell auch wei-

ter unterstützen und fortführen. Daher werden wir Genossenschaften, die Medizinische Versorgungszentren in von Unterversorgung bedrohten Regionen gründen wollen, finanziell, aber auch organisatorisch unterstützen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gute Idee!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, während Herr Gensch die Sommerpause genutzt hat, um sich zu überlegen, wie er mit einer erneuten Aktuellen Debatte ein vermeintliches Versäumnis der Landesregierung herbeikonstruieren kann und dabei dann noch alte Redebausteine neu aufwärmt, sind wir in der Landesregierung Tag für Tag aktiv und damit beschäftigt, die ärztliche Versorgung auch in Zukunft zu sichern.

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Mit Schlagzeilen ist niemand geholfen. Deswegen darf ich Sie auffordern, auch hier wieder zur sachlichen Debatte zurückzukehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Gensch das Wort.

## Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Frau Ministerin, wir können die ganze Debatte auf eine Frage herunterbrechen. Nennen Sie mir eine effektive Maßnahme, die Sie eingeleitet haben, die dem Ausmaß des Problems angemessen ist. Ich meine eine effektive Maßnahme der letzten Jahre.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Sie haben keine genannt.

Frau Anklam-Trapp, Sie haben völlig recht. Sie suchen gute Lösungen. Wir schlagen sie in Antragsform vor.

(Beifall der CDU)

Ich kann Ihnen auch nicht helfen, wenn die Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, zum großen Teil unzureichend sind und einen Aktionismus darstellen. Ich muss mich fast entschuldigen dafür, dass ich die Maßnahmen dadurch, dass Sie keine neueren haben, immer wieder erwähnen muss. Sie erwähnten eben den Wiedereinstiegskurs als eines Ihrer erfolgreichen Projekte. Von 28 Teilnehmern waren 14 davon nicht in der Lage, direkt in den Beruf einzusteigen. Der älteste Geburtsjahrgang war 1943. Laut einer Kleinen Anfrage sind sieben angeblich wieder in den Beruf zurückgekehrt. Von nicht einem wissen wir, in welcher Form, wo und wie. Es gab keine Evaluation, nichts. Ich kann es Ihnen nicht ersparen.

(Beifall der CDU)

Ähnlich sieht es aus, wenn wir über die Niederlassungsförderprogramme des Landes sprechen, bei denen Sie 15.000 Euro zuschießen. Wie viele Anträge wurden in den letzten Jahren bewilligt? 2016 waren es sechs, 2017 17 und 2018 12. Die Förderliste wird immer länger.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sagen Sie doch einmal etwas Neues bei der Aktuellen Debatte!)

 Ich kann die Zahlen nicht ändern. Es gehört zu meiner Sorgfaltspflicht, die Zahlen exakt wiederzugeben. 2011 waren 42 Verbandsgemeinden ein Fördergebiet und 2018 97. Die Förderung beim PJ-Tertial ist genau das Gleiche.

Frau Ministerin, ich kann es leider nicht ändern. Auch hier haben Sie bisher nur 60 Studenten gefördert. Sie verzichten auf eine Evaluation mit dem Hinweis, es würde so lange dauern, bis diese im Beruf sind. Das sind aber Studenten, die am Ende der Ausbildung stehen und die das Jahr später in die entsprechende Facharztausbildung eintreten. Das kann man schon evaluieren, ob diese sich für Allgemeinmedizin entschieden oder ob diese woanders hingegangen sind.

(Beifall der CDU)

Im Sommer stehen die Ergebnisse Ihrer Maßnahmen in keinem Verhältnis zu dem Ausmaß des Problems. Das werden wir 2017 und 2018 thematisieren. Das werden auch noch 2019 und 2020 thematisieren, und zwar immer wieder, weil es ein aktuelles drängendes Problem ist.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Anklam-Trapp.

## Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wink hat gefragt, und ich habe es im Grunde auch gefragt. Der aktuelle Bezug zur Aktuellen Debatte hat uns durchaus gefehlt. Alles, was Sie wiederholt haben, haben Sie schon mehrfach auch in diesem Raum zu uns gesagt, das letzte Mal im April.

Ich habe einen aktuellen Bezug, der auch durchaus eine positive Botschaft hat, und zwar die aktuelle heutige Pressemitteilung der Landesärztekammer. Die Facharztanerkennungen in der Inneren Medizin und Allgemeinmedizin belegen Spitzenplätze in Rheinland-Pfalz. Insgesamt 561 Ärztinnen und Ärzte haben ihre Facharztausbildung abgeschlossen, davon 309 Frauen. So viel zum Thema Gender.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen in diesem Land mit Steuergeld um. Wenn wir ungeprüft jedem Vorschlag, den Sie in den Raum hineinrufen, folgen würden, würden wir sicherlich etwas tun, was nicht richtig wäre. Wir haben in Rheinland-Pfalz zugegebe-

nermaßen mit Mühen und langem Anlauf eine Hausärzteprofessur geschaffen.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

- Wir haben nichts gegen gute Vorschläge.

101 Arztpraxen begleiten diese. Diese Niederlassungen müssen immer wieder erneuert werden.

(Unruhe im Hause)

Wir brauchen monetäre Mittel pro Studienplatz in Höhe von 250.000 bis 300.000 Euro.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist Bürgergeld von Rheinland-Pfalz, das gut investiert wäre, wenn wir diese Ärzte regional binden könnten. Das muss unser Ziel sein. Dafür brauchen wir Instrumentarien und keine kurzen Anträge und keine Aktuellen Debatten, in der die alten Themen immer und immer wieder wiedergekäut werden.

Meine Damen und Herren, die niedergelassenen Hausärzte und Hausärztinnen brauchen eine Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit und nicht das Schlechtreden des Hausarztberufs. Wie soll sich der Studierende mit 19 Jahren entscheiden, Hausarzt zu werden, wenn er immer nur erzählt bekommt, wie schlecht das ist?

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Das ist ganz und gar nicht der Fall. Rheinland-Pfalz ist ein schönes Land. Unsere Hausärzte verrichten großartige Dienste.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Alles ist gut! Alles ist gut!)

Das ist gut; denn sie versorgen die Menschen. Darauf kommt es uns an.

(Beifall der SPD und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Dr. Groß.

## Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Meine Damen und Herren! Was hier alles an Aggression bezeichnet wird, ist verwunderlich. Wenn man einmal die Stimme erhebt, ist man gleich aggressiv. Lassen Sie sich davon nicht beeinflussen, Herr Gensch.

(Beifall der AfD)

Eines muss man ganz einfach feststellen. Die Landesregierung hat das Problem schlicht und ergreifend verschlafen. Sie verschiebt es in die Zukunft; denn fast alle Sätze werden mit "wir werden, wir werden, wir werden" angefangen. Das ist nichts anderes als Ankündigungspolitik.

(Beifall der AfD)

Jetzt kommen wir noch einmal auf den Boden der Tatsachen. Es wurde zu Recht auch bemängelt, dass hier immer wieder dasselbe aufgezählt wird. Deswegen möchte ich noch einmal etwas Konstruktives dazu sagen. Das Berufsmonitoring hat auch etwas zur Art der beruflichen Tätigkeit in der Zukunft gesagt. Das passt.

Das Berufsmonitoring hat nämlich aufgezeigt, dass die hausärztliche Tätigkeit nach wie vor ein Imageproblem hat. Das ist hausgemacht. Angesichts des enormen Nachsetzungsbedarfs – Herr Gensch hat es noch einmal ausgeführt – ist das ein nicht zu unterschätzendes Problem. Jetzt müssen wir wieder aufpassen. Nur 10 % der Medizinstudenten würden definitiv eine Facharztausbildung in Allgemeinmedizin wählen. Für weitere 24 % käme die Allgemeinmedizin zumindest in Betracht.

56 % der Medizinstudenten haben die Allgemeinmedizin immerhin noch nicht definitiv ausgeschlossen. Diese Gruppe, diese 56 %, ist für eine entsprechende Informationsund Werbekampagnen zumindest offen. Hier besteht ein großes Potenzial für eine Tätigkeit in der hausärztlichen Versorgung.

Meine Damen und Herren, das macht deutlich, dass die Allgemeinmedizin stärker beworben werden muss, ohne dabei Unentschlossene nicht durch gut gemeinte Maßnahmen nachhaltig zu verprellen; denn die Verpflichtung – darauf liegt die Betonung – zu Blockpraktika, zu Famulaturen, zu PJs in der Allgemeinmedizin wird von Teilen der Studenten sehr kritisch gesehen. Eine zwanghafte Begeisterung für die Allgemeinmedizin sei der falsche Weg und würde eher zu noch mehr Abneigung führen.

Fazit: Das Ergebnis des Berufsmonitorings "Medizinstudenten" zeigt ganz deutlich Handlungsfelder auf,

(Glocke des Präsidenten)

die angegangen werden müssen.

Herr Präsident, ich komme zum Ende.

Es braucht kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, um mehr junge Mediziner für eine ambulante ärztliche Tätigkeit zu gewinnen. Zudem müssen verstärkt Versorgungsformen berücksichtigt werden, die flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen, um den Studenten oder dem angehenden Arzt die Möglichkeit zu geben, Beruf- und Privatleben sehr gut koordinieren zu können; denn das ist auch ein ganz großes Anliegen dieser Studentenschaft gewesen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

## Präsident Hendrik Hering:

Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Binz.

## Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Gensch, wenn Sie nach einer effektiven Maßnahme

fragen, dann zeigt genau diese Frage, mit welchem Kalkül Sie diese Debatte führen. Sie versuchen ein Bild zu schaffen und den Leuten ein Bild vorzugaukeln, dass es diese eine einfache Lösung gäbe,

(Widerspruch von der CDU)

es ein Problem wäre, über das wir reden, bei dem man an einer Schraube drehen muss, und wenn man das macht, dann bekommen wir das gelöst.

Das, was wir immer wieder versuchen, ist, Ihnen zu erklären, das Problem ist komplexer. Deswegen gibt es viele Maßnahmen, und diese Maßnahmen müssen zusammenspielen. Dann können wir etwas erreichen, nicht durch dieses Bild, das Sie schaffen.

Die Maßnahmen, die getan werden, sind effektiv. Die Niederlassungsförderung haben Sie angesprochen. Es werden effektiv Niederlassungen gefördert. Aber niemand behauptet, dass wir mit diesem Instrument das Problem in seiner Gänze lösen können. Das wäre total übertrieben. Das ist doch vollkommen klar.

Der Lehrstuhl für Allgemeinmedizin ist effektiv; denn er verstärkt effektiv die Allgemeinmedizin in der Ausbildung.

Wäre es Ihnen lieber, wir würden es wieder abschaffen? Sie denken, es ist ineffektiv. Das ist genau das Problem, und das ist das Bild, das sie jedes mal versuchen, aufs Neue zu schaffen. Es gibt eine einfache Lösung, wir müssen nur auf die CDU-Fraktion hören und zwei Dinge umsetzen: Medizinstudienplätze erhöhen und Landarztquote einführen, und dann ist alles gelöst. – Das ist schlichtweg falsch.

Wenn wir das tun und über das hinausgehen, was Sie machen, werden wir uns trotzdem weiter über das Problem unterhalten, weil es ein sehr komplexes ist. Es wäre sinnvoll, wir tun dies sachlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

## Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der zweite Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum dritten Thema der

## **AKTUELLEN DEBATTE**

## Gefährliche Zuwanderer in Rheinland-Pfalz

auf Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/7054 –

Für die AfD-Fratkion spricht deren Vorsitzender, Herr Junae.

## Abg. Uwe Junge, AfD:

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Berichter-

stattung über die allgemeine Kriminalitätsstatistik in unserem Land, durch die Diskussionen im Innenausschuss und in der offenen Diskussion unserer Gesellschaft werden permanent Täterbegriffe verwendet, die zwar unterschiedlich definiert werden, aber eines immer gemeinsam haben: Sie stellen für unsere Bürger in diesem Umfang und auch in der Art der Gefährdung eine neue und ständig steigende Gefahr dar.

Ob Gefährder, gefährliche Personen, aggressive Personen, straffällige Personen, Hochrisikopersonen oder Intensivtäter, sie alle gefährden in unterschiedlicher Weise unsere Bürger, meine Damen und Herren, die sowohl in ihrer Unversehrtheit als auch in ihrem Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigt werden und sich selbst nicht wehren können, es auch nicht dürfen. Sie verlassen sich darauf, dass der Staat ihnen gegenüber seine Pflicht tut. Dabei ist es den Bürgern letztlich egal, welche Tätergruppe sie bedroht. Am schlechten Ergebnis ändert sich dabei nichts.

Es darf aber nicht egal sein, ob der Staat es zulässt, dass diese Täter weitgehend ungehindert, teilweise mit Wissen der Behörden durch unsere Straßen und in diesem Sommer durch unsere Schwimmbäder ziehen und pöbeln, nötigen, drangsalieren, bedrängen, angreifen, schlagen und Schlimmeres, ohne dass der Staat konsequent durchgreift.

Meine Damen und Herren, von den im Jahr 2016 begangenen 252.164 Straftaten – im Übrigen ohne Ausländerrechtsverstöße –, entfielen 11.718 Delikte auf Zuwanderer. Das sind 4,6 % aller Straftaten, wobei der Anteil von Zuwanderern an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2016 lediglich 1,7 % betrug.

Im Bereich der Kriminalität sind Zuwanderer weit überrepräsentiert

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 das können Sie nicht wegdiskutieren, Herr Braun; auch wenn es Ihnen nicht gefällt –, was sicherlich verschiedene Ursachen hat, meine Damen und Herren.

Die demografische Struktur der Täter einerseits, die prägenden Migrationserfahrungen, die Sozialisation bzw. kulturelle Prägung in den Herkunftsländern andererseits und sicherlich auch die belastenden Kriegs- und Fluchterfahrungen, dafür wird allzu gern viel Verständnis aufgebracht. Aber kein Verständnis dürfen wir dafür haben, dass das eine Berechtigung sein darf, die Gefährdung unserer Bürger nicht ernst zu nehmen. Hier versagt der Staat bei jeder weiteren Straftat in seiner Kernaufgabe, wenn der Täter schon vorher als kriminell erkannt wurde.

Neben den polizeistatistisch erfassten Zuwandererstraftaten wird eine Dunkelziffer von Delikten, die unter dem Radar der Ordnungsbehörden bleiben, zunehmend zum Problem, und die Bürger spüren das auch. Es treten vermehrt – ich sage einmal – widerliche Verhaltensweisen auf, die sich im juristischen Graubereich befinden.

Immer wieder lesen wir von hochgradig aggressiven Zuwanderern, die Polizei oder Rettungskräfte attackieren,

Frauen sexuell bedrängen oder auf örtlichen Plätzen randalieren und Passanten grundlos anpöbeln.

Selbst wenn aggressive Zuwanderer bereits polizeibekannt sind, bleiben die Taten oft ohne wirkungsvolle Konsequenzen. Es kann und darf nicht sein, dass kriminelle Zuwanderer beginnen, unsere Lebensräume zu okkupieren, unsere einheimische Bevölkerung durch ihr Verhalten verängstigen und in Teilen verdrängen, meine Damen und Herren. Das passiert.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Die Kommunen werden mit den stetig wachsenden Problemen alleine nicht mehr fertig, fühlen sich zunehmend im Stich gelassen. Die müssen straffällige Asylbewerber grundsätzlich aufnehmen, unterbringen und versorgen.

Selbst Abschiebungen von Intensivtätern und sogenanten Hochrisikofällen ohne Bleiberecht scheitern oft an den unterschiedlichsten Hindernissen.

Im Innenausschuss war es fraglich, ob unsere Landkreise überhaupt wissen, ob und welche Intensivtäter sich in ihrem Zuständigkeitsbereich aufhalten. Offensichtlich gibt es da Informationslücken.

Besonders prominent geworden ist der Fall eines afghanischen Sexualtäters aus Germersheim. Erst nach dem schriftlichen Hilferuf des zuständigen CDU-Landrats Brechtel sah sich die Landesregierung veranlasst zu reagieren.

Siehe da, dass Frau Spiegel erst auf öffentlichen Druck erklärte, dass die Abschiebungen auch nach Afghanistan plötzlich möglich sind, selbst wenn ein Abschiebestopp existiere, macht doch offenkundig, dass eben meist nicht juristische Gründe die Abschiebung verhindern,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben noch nicht einmal die Grundlagen verstanden!)

sondern rein ideologische, meine Damen und Herren. Sie wollen nicht abschieben.

Frau Spiegel, Ihre Abschiebeverweigerung schadet den eigenen Bürgern, und an jeder weiteren Straftat sind Sie gewissermaßen mitschuldig.

(Zurufe von der SPD)

Eine Ungeheuerlichkeit, meine Damen und Herren, die Ihnen obendrein noch die Verachtung der Täter einbringt.

Meine Damen und Herren, unsere Bürger – Herr Präsident, letzter Satz – in den Kommunen vor Ausländerkriminalität zu schützen,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was machen Sie denn mit Ihren kriminellen Kollegen in der Fraktion? – Weitere Zurufe aus dem Hause – Zuruf von der AfD: Was?)

muss über die Ansprüche, die gefährliche Zuwanderung

fälschlicherweise aus dem Asylrecht ableitet, gestellt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren – sehr geehrter Herr Präsident, Entschuldigung –, nur harte und rechtsstaatliche Konsequenz in der Durchsetzung staatlicher Gewalt wird diese Leute zu einer Verhaltensänderung bewegen.

Unsere Forderung in der zweiten Runde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

## Präsident Hendrik Hering:

Herr Dr. Braun, ich darf Sie auffordern, solche Äußerungen zu unterlassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Nein, Herr Braun. Sie haben eine Äußerung gemacht, die unparlamentarisch ist. Ich rüge das. Unterlassen Sie das zukünftig.

Kolleginnen und Kollegen im Hause werden nicht als Kriminelle bezeichnet.

(Unruhe im Hause)

Wir kommen zum nächsten Redner, Herrn Kollegen Schwarz.

## Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch bei dieser Debatte geht es der AfD sicher nicht um die Aktualität; denn wir haben bereits mehrfach in den unterschiedlichsten Ausschüssen die Thematik "Polizeiliche Kriminalstatistik" und "Ausländerkriminalität" diskutiert.

Ich darf gleich zu Beginn meiner Ausführungen feststellen, die ganz große Mehrheit ist nicht kriminell und sicherlich auch nicht gefährlich.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider wird es immer wieder mehr als deutlich, dass die AfD bei dem Thema bewusst und gewollt Ängste bei den Bürgerinnen und Bürgern schüren will.

Meine Damen und Herren der AfD, Sie treffen dabei aber auch immer wieder unsere Polizei, die in allen Kriminalitätsbereichen hervorragend arbeitet und dafür sorgt,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das ist nicht das Thema!)

dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Bundesland bleibt, und Sie treffen auch immer wieder Menschen, die sich beispielhaft ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren.

Werte Kolleginnen und Kollegen, gerade letzte Woche haben wir im Innenausschuss auf Antrag der CDU das Thema behandelt.

Heute nun durch die AfD erneut der Versuch, mit den Ergebnissen aus dem Auswerteprojekt "Erkennen von Risikopersonen aus der Zuwanderungsbewegung im Bereich des islamistischen Terrorismus", kurz AERBiT, und der Polizeilichen Kriminalstatistik, die im April/Mai Ihr Thema war – wir reden jetzt über die Aktuelle Debatte, meine Damen und Herren der AfD –, und mit ihren Angaben und Aussagen die Menschen in Rheinland-Pfalz immer wieder zu verunsichern und in die Irre zu führen.

Wir sind in Rheinland-Pfalz sicherlich Vorreiter mit einem Auswerteprojekt. Das haben Sie in Ihren Ausführungen bislang völlig außer Acht gelassen, bundesweit einmalig, und zwar die Menschen genauer ins Auge zu fassen, die Sie gerade angeprangert haben, und alle, die straffällig geworden sind, auszusortieren und im Nachgang – ich betone, mit rechtstaatlichen Mitteln – dafür zu sorgen, dass sie keine Straftaten mehr begehen und, wenn es rechtlich machbar ist, wieder in ihre Ursprungs- oder Heimatländer zurückgeführt werden können.

Sie werden sicherlich nicht abstreiten, dass es in der letzten Zeit immer wieder hervorragend gelungen ist. Sie kennen sicherlich die Zahl der Personen, die straffällig geworden sind und abgeschoben werden konnten. Es gibt aber auch Hindernisse bei diesen Menschen, sodass man sie nicht abschieben kann. Es ist in einem Rechtsstaat so, dass dies so ist. Das muss man respektieren und akzeptieren, und das machen Sie, meine Damen und Herren der AfD, nicht.

Ich habe Ihnen schon einmal vorgeworfen, Sie müssen eine Polizeiliche Kriminalstatistik nicht nur lesen können, Sie müssen sie auch verstehen können. Auch das können Sie immer noch nicht. Das ist aus Ihren Ausführungen wieder klar hervorgegangen.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Im Moment wird ein Auswertungschirm über Personen gelegt, die nach Rheinland-Pfalz gekommen sind – weil man aus den Erfahrungen bisheriger schrecklicher Anschläge in Deutschland bestimmte Kriterien herausbekommen hat –, um eventueller Gefährder oder dieser ganz gefährlichen Personen, die zu extremistischen und terroristischen Attentätern werden können, habhaft zu werden. Bei weit über 1.000 Personen, die so festgestellt worden sind, sind jetzt 364 übrig geblieben, die man genau betrachtet.

Ich lege Ihnen auch einmal nahe, ---

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

- Ach, Herr Joa, reden Sie doch über Dinge, die Sie verstehen

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Ihnen noch einmal die Kleinen Anfragen näherbringen, zum Beispiel die unter der Drucksache 17/6280. Ich darf zitieren: Bei diesen 349 festgestellten Personen handelt es sich nicht zwangsläufig nur um Geflüchtete. – In der gleichen Antwort auf eine Kleine Anfrage weiter unten heißt es: "Bei den ermittelten Personen handelt es sich auch nicht zwangsläufig um Intensivtäter: Eine Vielzahl der Personen hat aufgrund der polizeilichen Erkenntnisse zum Zeitpunkt der durchgeführten Analyse nur eine Straftat begangen."

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Ich sage aber auch dazu: Gleichwohl gibt es aber auch eine größere Anzahl, der teilweise mehr als zehn Straftaten zugeordnet wird. Die Daten werden zusammengeführt. Die Polizei wertet die aus. Dort, wo es rechtlich möglich ist, werden sicherlich weitere Maßnahmen getroffen.

Für Sie zur weiteren Erhellung in der zweiten Runde unter Umständen etwas mehr.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Bürgerinnen und Bürger sowie Ortsgemeinderäte aus Pelm und Neroth. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Baldauf, das Wort.

## Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Gefährliche Zuwanderer in Rheinland-Pfalz." – Wir fragten uns im Vorfeld: Was sollte denn dieser Titel implizieren? – Geht es um straffällige Asylsuchende? Geht es um organisierte Kriminelle, die aus dem Ausland heraus bandenmäßig kriminell aktiv sind? Geht es um die Bestimmung von Salafisten? Geht es um die Identifizierung von Gefährdern, die islamistisch motivierte Anschläge planen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein, wie Sie den Titel formulieren, zeigt schon: Ihre Fraktion ist nicht an einer wirklichen, lösungsorientierten Debatte interessiert.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen geht es in erster Linie um billige Panikmache!

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Frau Kollegin, um das von Ihnen vorhin aufzugreifen, wie oft man Themen spielt, sage ich, das ist ein völlig neues Thema von der AfD, das wir heute hier präsentiert bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU – Zurufe von der AfD)

Ja, Herr Kollege, kaum ein Thema steht im Moment wei-

ter vorne in der Öffentlichkeit als die Frage von Asyl und Zuwanderung. Das Recht auf Asyl für wirklich Verfolgte, die Bereitschaft, Kriegsflüchtlinge auf Zeit aufzunehmen, macht Deutschland zu einem zivilisierten Staat. Deshalb ist es auch wichtig, Defizite in der Asylpolitik zu benennen und anzugehen. Wer langfristig die Akzeptanz für Asylsuchende in unserer Gesellschaft erhalten will, der muss auch ein Interesse daran haben, dass unser Asylsystem funktioniert.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Richtig!)

Das bedeutet, dass Asylentscheidungen nicht unerheblich sind, sondern auch Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Das heißt, diejenigen konsequent zurückführen, die keinen Asylgrund vorweisen können.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einer Pflicht zur Ausreise muss eine tatsächliche Ausreise folgen. Dafür brauchen wir schnelle, zügige Verfahren.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es ist unbestritten, dass diese Landesregierung deutliche Defizite hat, wenn es darum geht, kriminelle Asylsuchende zurückzuführen:

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der AfD)

denn das zuständige Ministerium nimmt seine Aufsichtsund Koordinationsfunktion nicht in ausreichendem Maße wahr.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Ein Management zur Rückführung straffälliger Asylsuchender, Herr Kollege Braun? – Fehlanzeige! Die rheinlandpfälzische Landesregierung weiß noch nicht einmal, wie viele straffällige abgelehnte Asylsuchende es in Rheinland-Pfalz überhaupt gibt.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, genau dies befördert Ängste bei Bürgern, Ängste vor einem Kontrollverlust des Staates

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bietet damit erst Raum für Verdächtigungen und populistische Mutmaßungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht zulassen, dass sich das Sprechen über Flüchtlinge von der Wirklichkeit entkoppelt.

(Beifall der CDU)

Die weit überwiegende Zahl der Asylsuchenden hält sich nämlich an unsere Gesetze und Regeln.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Umso wichtiger ist es aber, dass Straftäter zügig und konsequent zurückgeführt werden.

(Beifall der CDU)

Deshalb bin ich unserem Landrat aus Germersheim, Fritz Brechtel, sehr dankbar, dass er für Transparenz sorgt. In seinem Kreis gibt es 15 straffällige Asylsuchende, die dringend unser Land verlassen müssen.

> (Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, dann soll er sich darum kümmern!)

– Wenn es um die Ausweisung dieser Straftäter geht, Herr Braun, erhält der Kreis Germersheim aber keinen Rückenwind, sondern vielmehr Gegenwind aus Mainz.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Deshalb hat der Landrat einen offenen Brief an die Landesregierung geschrieben. Da gibt es einen Fall, bei dem die Polizei eine erhebliche Parallele zum Fall Kandel sieht.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die als extrem gefährlich eingestufte Person ist sogar vollziehbar ausreisepflichtig. Jedoch, die Landesregierung lehnt eine Rückführung nach Afghanistan ab, entgegen der Empfehlung der Bundesregierung.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch nicht!)

In diesem Fall will Ministerin Spiegel erst abwarten, bis er verurteilter Straftäter ist.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, natürlich, das ist unser Rechtssystem, Herr Rechtsanwalt!)

Wer soll das noch verstehen? Wollen Sie wirklich so lange abwarten? Das Risiko eingehen, dass eine Straftat geschieht? Das ist überaus leichtfertig.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Statt landesweit – eine lange Forderung der Union – die Rückführung zu bündeln und in einem ersten Schritt die Ausländerbehörden vor Ort nach Kräften zu unterstützen, straffällige Asylsuchende auszuweisen, werfen Sie kommunalen Behörden noch Knüppel zwischen die Beine.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen klare Verfahren, die ordnungsgemäß durchgesetzt werden. Deshalb bleibt unsere Forderung nach einer landesweiten Zentralisierung der Rückführung – das kann man nicht oft genug wiederholen – bestehen.

(Glocke des Präsidenten)

Wer keine Bleibeperspektive hat, darf erst gar nicht auf die Kommunen verteilt werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Nur eine solche Politik des Nichtverteilens derer, die keine Bleibeperspektive haben, führt zu einer Glaubwürdigkeit unserer Positionen unserer Bevölkerung gegenüber.

Frau Ministerpräsidentin, Frau Ministerin, das, was Sie tun, ist genau das Gegenteil. Es macht uns nämlich unglaubwürdig und angreifbar. Das ist nicht erforderlich. Bitte ändern Sie das!

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Meine Damen und Herren, nun erteile ich Herrn Abgeordneten Roth von der Fraktion der FDP das Wort.

## Abg. Thomas Roth, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Groß hat in der vorangegangenen Debatte zum Thema "Ärztliche Versorgung" etwas Richtiges und Bemerkenswertes gesagt. Sinngemäß hat sie gesagt, das hatten wir schon, das ist nichts Neues und bringt uns nicht weiter. Stimmt, die AfD beantragt eine Debatte zum Thema "Gefährliche Zuwanderer in Rheinland-Pfalz".

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist auch weiterhin aktuell!)

Ein Thema, das wieder einmal die Ängste in der Bevölkerung schüren soll und nichts Neues ist.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, natürlich sind Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ein wichtiges Themengebiet. Selbstverständlich ist, dass ausländische Straftäter zurückgeführt werden müssen. Keine Partei in diesem Landtag streitet das ab.

Eine Rückführung muss sich aber auf dem Grundgesetz unseres Landes bewegen. Meine Damen und Herren, ich zitiere: "Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen." – Meine Damen und Herren von der AfD, falls Sie das nachlesen wollen: Das steht im Grundgesetz, genauer gesagt in Artikel 28 Abs. 1 Satz 1.

Wir – damit schließe ich Sie ein – repräsentieren diesen Rechtsstaat als gewählte Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz. Daher ist es nur logisch, dass wir Rückführungen rechtsstaatlich und menschenwürdig durchführen.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Dafür stehen wir Freie Demokraten und die Koalitionspartner. Die AfD versucht aber wieder einmal den Eindruck zu vermitteln, dass die Landesregierung hiergegen nichts unternimmt. Das ist falsch. Ich sage es Ihnen heute und in einer späteren Rede am Freitag noch einmal: Rheinland-

Pfalz steht bei den Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern im Ländervergleich an vierter Stelle. Rechnen wir die freiwilligen Ausreisen von Flüchtlingen hinzu, sind wir sogar an dritter Stelle.

Ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang nahelegen, dass Sie sich vielleicht auch einmal den neuen Haushaltsentwurf genau anschauen. Gerichte, Strafvollzug und Polizei werden gezielt durch die Ampelkoalition gestärkt. So solen 50 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie 23 zusätzliche Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger im kommenden Doppelhaushalt geschaffen werden. Hinzu kommen 44 neue Anwärterstellen im Justizvollzug und zehn Stellen im Psychologischen Dienst des Justizvollzugs. Es werden 25 zusätzliche Stellen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter geschaffen, und es sollen Investitionen von fast 60 Millionen Euro in die technische Ausstattung der Polizei getätigt werden.

Mit dem Auswerteprojekt "Erkennen von Risikopersonen aus der Zuwanderungsbewegung im Bereich des islamistischen Terrorismus" – kurz AERBiT – hat das Land Rheinland-Pfalz ein Analysewerkzeug geschaffen, das es ermöglicht, Personen aus dem Kreis der Zuwanderer zu erkennen, die potenzielle Anwerberziele für Islamisten sind. Zur Klarstellung: Das heißt nicht, dass die Personen der AERBiT alle Gefährder sind.

Zur Sicherheit gehört aber nicht nur eine Stärkung der Justiz und der Polizei, sondern auch eine gelungene Integrationsarbeit; denn wer Teil dieser Gesellschaft ist, wer Möglichkeit zur Teilhabe bekommt, begeht weniger Straftaten. Daher setzt die Ampelkoalition darauf, unsere gesellschaftlichen Werte, wie Freiheit und Demokratie, frühzeitig zu vermitteln, und fördert gezielt den Spracherbewerb.

Jedem wird deutlich, dass wir mit unseren Koalitionspartnern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar für Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, Integration und Prävention stehen.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Schellhammer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD hat heute eine Aktuelle Debatte unter dem Titel "Gefährliche Zuwanderer in Rheinland-Pfalz" beantragt. Als Innenpolitikerin könnte ich darauf eingehen, wie sich unsere Polizeiliche Kriminalstatistik gerade im Hinblick auf die Kriminalität von Zuwanderern entwickelt hat. Ich könnte darauf eingehen, was die Landesregierung mit dem AERBiT-Projekt umgesetzt hat,

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

das ein Frühwarnsystem für islamistische Gefährder ist.

Ich könnte aber auch darauf eingehen, welche rechtsstaatlichen Hürden bei einer Abschiebung bestehen.

Weder darauf noch auf die falschen Behauptungen in der Debatte möchte ich eingehen; denn darauf sind wir schon zahlreich eingegangen. In zahlreichen Ausschusssitzungen hat die Landesregierung dargestellt und in zig Kleinen und Großen Anfragen darauf geantwortet, wie die Situation ist. Das haben wir auch hier schon rauf und runter diskutiert.

Stattdessen möchte ich die Aktuelle Debatte nutzen, um zu verdeutlichen, welche Strategie hinter dem Titel der Aktuellen Debatte steckt. Ich möchte ganz bewusst der AfD in ihrer Strategie nicht auf den Leim gehen. Ich finde es wirklich schockierend, dass die CDU und ihr Fraktionsvorsitzender über dieses Stöckchen gesprungen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Zurufe von der CDU)

Sie von der AfD brauchen das Thema "Flucht und Asyl". Das ist die Welle, auf der Sie surfen. Das zeigt auch die Auswahl der heutigen Aktuellen Debatte.

Findet ein spektakulärer Kriminalfall statt, bei dem der potenzielle Täter ein Flüchtling ist, dann marschieren Sie auf. Alle Menschen, die Opfer von deutschen Tätern geworden sind, sind Ihnen egal. Diese Fälle machen Sie nicht zum Gegenstand von Berichtsanträgen oder von Aktuellen Debatten.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Sie auch nicht, Frau Kollegin!)

Es geht Ihnen nämlich nicht darum, Gewalt und Straftaten zu verhindern. Ihnen ist die Herkunft des Täters wichtiger als das Schicksal des Opfers.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Sie ethnisieren damit Kriminalität, "weil es Flüchtlinge sind". Sie pauschalisieren, die sind alle so, und Sie skandalisieren, es wird immer alles schlimmer durch die Zuwanderung. Damit verleugnen Sie komplexe Zusammenhänge, die zu Straftaten führen. Ein Blick in die Kriminologie würde helfen, aber an seriöser Innenpolitik ist Ihnen nicht gelegen. Sie verbreiten lieber die Mär von der Ausländerkriminalität unabhängig von der Faktenlage.

Was steckt aber dahinter? Sie wollen immer wieder diesen Raum und die Ausschussräume dazu nutzen, um die Worte "Gewalt", "Messerstecher", "Vergewaltiger", "Gefährder" oder "kriminell" mit dem Wort "Zuwanderer" zu verknüpfen. Sie wiederholen immer wieder diese Zusammenhänge so oft, bis sie in die Köpfe der Menschen eindringen und untrennbar dort miteinander verknüpft sind. So funktionieren alle unsere Gehirne. Wenn wir oft genug bestimmte Zusammenhänge wiederholen, dann sind diese Zusammenhänge miteinander verknüpft. Das ist eindeutig Ihre Strategie. Sie werden immer wieder an dieser Stelle das Wort "Flüchtling" mit "kriminell" oder "Zuwanderer" mit "gefährlich" verknüpfen.

Immer wieder! Und damit wollen Sie den Weg bereiten für Ihre pauschale Ablehnung und Ihre Menschenfeindlichkeit. Sie reden nicht über Menschen mit Migrationshintergrund, die sich hier integrieren, die hier arbeiten und unsere Gesellschaft bereichern.

(Abg. Mathias Joa, AfD: Es hat doch niemand widersprochen!)

Sie skandalisieren lieber einzelne Fälle und möchten damit belegen, dass alle Ausländer so seien. Das Bild des gefährlichen Zuwanderers ist die Luft, die Sie atmen. Sie verschieben damit den Diskurs in unserer Gesellschaft. Es fängt leise an mit Flüchtlingswelle, Flüchtlingskrise, Flüchtlingsschwemme. Alle sind im Katastrophenmodus.

Und es geht weiter und weiter und führt bis hin dazu, dass anscheinend das Wort "Asyltourismus" salonfähig geworden ist. Das ist die Verschiebung, und das ist der aktuelle Zustand, in dem wir uns befinden. Es muss doch klar sein, dass gerade der Begriff "Asyltourismus" in den Köpfen Bilder erzeugt von Reisen und Freizeitspaß und es nichts damit zu tun hat, dass die Menschen im Mittelmeer ertrinken, sie dort sterben und sie ihre Heimat nicht aus Spaß verlassen, sondern weil sie fliehen müssen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Genauso pauschal!)

Das verleugnen Sie, und das ist die Diskursverschiebung. Das ist genau diese Diskursverschiebung, die auch in den Parteien der Mitte ankommt. Das ist das richtig Gefährliche an der AfD. Das gibt Ihnen nämlich Auftrieb. Ich appelliere hier an dieser Stelle – das Wort "Asyltourismus" ist aus den Reihen der Union gefallen – an alle Demokratinnen und Demokraten, dieses Spiel nicht weiter mitzumachen, diese Diskursverschiebung nicht weiter zuzulassen. Es geht doch um den Kampf, um die Köpfe, ob in den Köpfen ein realistisches oder ein verzerrtes Bild von Zuwanderern existiert. Das liegt doch in unserer Verantwortung hier als Demokratinnen und Demokraten. Lassen wir nicht zu, dass deren Strategie aufgeht. Springen wir nicht über dieses Stöckchen!

Es ist politische Verantwortung, sich der Komplexität der Welt zu stellen. Das Thema "Migration und Integration" ist komplex, und die Gründe, weshalb jemand straffällig wird, sind komplex. Sie vereinfachen, sie spalten, und das ist unverantwortlich. Seien Sie sich sicher, dass wir nicht über dieses Stöckchen springen und wir diese Strategie immer, wo wir gehen und stehen, entlarven werden.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zurufe der Abg. Dr. Timo Böhme und Uwe Junge, AfD)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich Herrn Staatsminister Lewentz für die Landesregierung das Wort. Bitte schön.

## Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Mein Gott, Herr Baldauf, Sie sind wirklich ein armer politi-

scher Tropf.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was war das denn eben für ein erbärmliches, ärmliches Spiel, das Sie hier abgeliefert haben

> (Zuruf von der CDU: Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig: Unverschämtheit!)

Sie sprechen von einem zivilisierten Staat. Ihre Parteifreunde haben doch nahezu alles dafür getan, dass Innere Sicherheit hier kaputtgeht in diesem Land, sehr geehrter Herr Baldauf.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Dieser Baron aus Bayern und Frau von der Leyen haben die Bundeswehr nahezu abgewirtschaftet.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschiebeskandale haben wir in Bayern und in Nordrhein-Westfalen. Sie haben 2015 und 2016 in Ihrer Verantwortung die Fähigkeit, Grenzen zu sichern, nahezu kaputt gemacht. Es war Ihre Kanzlerin und Parteivorsitzende, die die Grenzen geöffnet hat.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Sie haben geklatscht!)

Ich war 2015 Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Keine Information, kein Hinweis, überhaupt nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wie hieß denn die Koalition?)

Herr Baldauf, dass Sie nicht einmal in der Lage sind, wenn Sie so etwas tun wollen, so halbherzig den Versuch zu starten, die Ministerpräsidentin anzugreifen, dann hätten Sie einen eigenen Tagesordnungspunkt beantragen sollen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Jetzt weiß ich, warum er so reagiert!)

Sie wissen doch, das Rheinland-Pfalz die schnellsten Gerichtsverfahren im Asylbereich hat. Sie wissen, dass wir bei der Rückführung von straffälligen Asylbewerbern ganz vorn mit dabei sind. Herr Roth hat es Ihnen doch eben gesagt. Herr Baldauf, ich glaube, Sie sind doch Rechtsanwalt. Ich glaube, das Verfahren, das Sie eben als Beispiel genannt haben, ist noch gerichtsanhängig.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Es ist doch überhaupt nicht denkbar, dass eine Forderung, die Sie dem Herrn Landrat, den ich sehr schätze, in den Mund gelegt haben, rechtlich umzusetzen ist. So können wir doch nicht miteinander umgehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann schaue ich mir die AfD an. Bis gestern war das wichtigste Thema "Gesünderes Arbeiten in der Polizei".

(Abg. Monika Becker, FDP: Ja!)

Darüber hätte ich gerne mit Ihnen diskutiert. Da hat Sie der Mut verlassen, das Thema hier zu bringen.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das erkläre ich Ihnen gleich!)

Sie hätten keinen Blumentopf damit gewonnen. Stattdessen, Herr Junge, holen Sie die altbekannte Keule heraus. Ich verwahre mich dagegen, dass Sie hier ein Zerrbild bieten, das da lautet: Polizei schaut weg, Strafverfolgungsbehörden werden nicht aktiv. – Ich stelle mich hier bewusst hinter unsere Polizei, hinter unsere Staatsanwälte, hinter unsere Richterinnen und Richter. Das ist ein Rechtsstaat, und wir verteidigen ihn mit aller Kraft.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gilt auch bei der Strafverfolgung. Ja, Sie haben in den Zahlen, die Sie für 2016 genannt haben, recht. Rund 250.000 Kriminalitätsfälle. Sie haben 11.718 den Zuwanderern ohne ausländerrechtliche Verstöße zugeordnet und haben dann die Behauptung gewagt, das würde ins Unendliche steigen. 2016 11.718, 2017 11.948 bei einer deutlichen Steigerung der Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern in Rheinland-Pfalz. Das sind alles Thesen, bei denen Sie sich eine Zahl heraussuchen, um Ängste zu schüren, um Panik zu verbreiten, um die Menschen in unserem Land zu verunsichern. Wir gehen jeder Straftat nach, und es ist völlig egal, ob diese Straftaten von Menschen begangen werden, die einen deutschen Pass haben, die schon lange hier leben oder neu zu uns kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

> (Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist das bei uns!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass Rheinland-Pfalz in diesen Fragen vorneweg marschiert, haben wir über das Projekt AERBiT in der Innenministerkonferenz – und der Kollege Lammert hat es im letzten Plenum bestätigt – von allen gesagt bekommen, jawohl, ihr macht das vernünftig, ihr seid vorneweg, wir ahmen das nach.

Und Präsident Münch vom Bundeskriminalamt – das ist der Ressortbereich des Bundesinnenministers, verehrter Herr Fraktionsvorsitzender – hat dies in Rheinland-Pfalz in der letzten Woche ausdrücklich noch einmal gelobt. Er hat gesagt, das ist eine Blaupause für Deutschland. Das ist die Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizei und auch die Steuerung durch die rheinland-pfälzische Politik. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich Innere Sicherheit betrachtet – deswegen bin ich so emotional –, muss man sehen, wir, die rheinland-pfälzische Polizei, sind

in der Aufklärungsquote auf Platz 3 in Deutschland.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Alexander Licht, CDU: Wer A sagt muss auch B sagen!)

Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sind die sichersten Räume in Deutschland. Wir haben Rekordeinstellungszahlen bei der Polizei. Uns vorzuwerfen, wir würden bei Abschiebung oder bei anderen Stichworten nicht diesen Rechtsstaat mit aller Kraft verteidigen, ist völlig falsch.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Wenn Sie das nächste Mal ein solches Thema setzen wollen, beantragen Sie es selbst. Hier hätten Sie einmal der AfD die Antwort geben können, verehrter Herr Baldauf.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Wir steigen in die zweite Runde ein. Ich erteile Herrn Fraktionsvorsitzenden Junge von der AfD das Wort.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Habt Ihr Neuwahlen, oder was ist der Grund gewesen?)

## Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie beklagen hier gegenüber der CDU die Folgen der Asylkrise, die Sie ja mitgetragen haben. Sie haben all das mitgetragen, was wir heute erleben. Natürlich können wir der Polizei nur dankbar sein. Ich bin der Letzte, der das nicht ist und das nicht auch immer wieder deutlich sagt. Die Polizei ist so gut nicht wegen Ihrer Politik, sondern trotz Ihrer Politik. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall der AfD)

Lieber Herr Schwarz, natürlich sind nicht alle Zuwanderer kriminell. Das sagt auch keiner.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Außer AfD-lern)

Aber die Kriminalitätsstatistik sagt eben aus, dass es immer mehr werden. Darauf müssen wir doch auch reagieren. In vier Jahren ist die Ausländerkriminalität in Deutschland um 174 % gestiegen. Das sind doch alarmierende Zahlen, und die müssen wir berücksichtigen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Herr Baldauf, es tut mir furchtbar leid, aber hier geht es nicht darum, wieder Begrifflichkeiten zu erklären und zu erläutern, sondern es geht um das Gefahrenpotenzial, das für die Bürger ausgeht von allen zusammen, und das war doch der Ansatz meiner Rede. Und dass das Aktualität hat, das hat genau Ihr Landrat, Herr Brechtel, ganz deutlich ge-

macht, sonst hätten wir es gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

weil er als Hilferuf aus dem Landkreis heraus gesagt hat, Achtung, wir brauchen Unterstützung und Hilfe. Dass Sie hier in der Plenarsitzung beinahe – nicht ganz, Sie haben die Kurve noch gekriegt – Ihrem Landrat in den Rücken fallen, nur um der AfD schaden zu wollen, fand ich schon bemerkenswert.

Frau Schellhammer, ich muss Ihnen eins ganz klar sagen: Ja, wir haben natürlich im Innenausschuss immer wieder auch über dieses Thema gesprochen. Sie haben es ganz richtig ausgedrückt. Sie haben gesagt "über die Lage diskutiert", genau. Aber wir müssen auch über Maßnahmen diskutieren.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Machen Sie doch mall)

Und die müssen wir umsetzen. Da sage ich Ihnen Folgendes: Wir fordern, dass die Integrationsministerin ihre Handlungsmöglichkeiten im Bereich Asyl und Aufenthaltspraxis prüft und dann die zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume auch nutzt.

(Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Immer diese Falschbehauptungen!)

Wir fordern, dass die Hürden für den Widerruf einer Duldung deutlich zu senken sind. Ausländerbehörden müssen im Falle von Straftaten den Widerruf grundsätzlich prüfen können. Natürlich muss auch das BAMF unverzüglich über Straftaten informiert werden, die von Asylbewerbern oder Schutzberechtigten begangen werden, damit diese in der Asylentscheidung auch berücksichtigt werden können oder auch ein positiver Asylbescheid zurückgenommen werden kann.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alles in einen Topf, mal umrühren und schauen, was dabei herauskommt!)

Ja, dafür benötigen wir ein Frühwarnsystem,

(Glocke des Präsidenten)

ein standardisiertes Meldewesen und ein engmaschiges Kommunikationssystem.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Ahnung, aber eine Meinung!)

Es geht hier, meine Damen und Herren – und dabei müssen wir wirklich einmal parteiübergreifend denken –, um die Kernaufgabe des Staates, den Schutz unserer Bürger, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD – Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Ahnung, aber eine Meinung! – Abg. Uwe Junge, AfD: Sie haben heute keinen guten Tag!)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schwarz von der Fraktion der SPD.

## Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:

Danke, Herr Präsident. Nur zur Klarstellung, Herr Junge. Es ist wieder so ein komischer Geschmack auch mit Ihrer zweiten Runde hereingekommen, die Sie gemacht haben. Sie pauschalieren und stellen irgendetwas in den Raum und haben offensichtlich von den Abläufen in den Behörden absolut keine Ahnung.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Wenn ein Asylant, ein Flüchtling, hier nach Deutschland kommt, dann wird er überprüft. Richtig?

(Abg. Heribert Friedmann, AfD: Wenn er Papiere hat!)

- Richtig, gut. Dann wird er überprüft.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Andere werden auch überprüft!)

Wie jeder andere auch, wenn er denn Straftaten begeht.
 Jeder Nichtdeutsche, der in Deutschland eine Straftat begeht, wird über die MiStra an die zuständige Ausländerbehörde gemeldet.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das versteht er doch nicht!)

Sie hätten die Ohren nur aufmachen müssen beim letzten Innenausschuss. Die Ausländerbehörde bewertet diesen Sachverhalt, und danach werden rechtsstaatliche Maßnahmen getroffen. Jetzt sind wir wieder bei einem anderen Thema. Genauso ist es bei den Flüchtlingen.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Sie unterstellen Dinge und bringen immer diese schreckliche Tat in Kandel.

> (Abg. Uwe Junge, AfD: Nehmen Sie Ali Bashar in Wiesbaden!)

Frau Schellhammer hat es Ihnen gesagt. Sie kümmern sich mehr um den Täter als um die Opfer, und wir müssen uns dann auch mehr um die Opfer kümmern.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Täter werden zur Rechenschaft gezogen. Wir haben zurzeit ein rechtsstaatliches Verfahren, das in Landau vor dem Landgericht durchgeführt wird. Dies gilt es abzuwarten, und dann werden sicherlich auch weitere Maßnahmen getroffen.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Das müssen Sie einfach einmal akzeptieren und nicht immer irgendwelche Luftblasen in den Raum stellen, die dann irgendwann platzen, bis Sie die nächsten Backen wieder aufgeblasen haben, um die nächste Luftblase hier zu machen.

(Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus, Wolfgang! – Abg. Uwe Junge, AfD: Abwarten löst doch keine Probleme!)

Bleiben Sie bei der Wahrheit. Ich gebe Ihnen gern einmal ein Lehrbuch der Kriminologie. Eines hat Herr Pfeiffer geschrieben. Er hat genau den gleichen Fall, wie er in Kandel passiert ist, in seinen ersten Jahren erlebt.

(Glocke des Präsidenten)

Schauen Sie es sich einmal an: Haargenau der gleiche Fall. – Täter und Opfer deutsche Staatsangehörige.

Danke.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Uwe Junge, AfD: Ach Du lieber Gott!)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Baldauf, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU.

## Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, Ihr Auftritt gerade eben zeigt mehr über den Zustand der Koalition, als ich bisher gedacht hatte.

(Starker Beifall der CDU und der AfD)

Ich kann Ihnen das auch ganz deutlich sagen, warum.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seine letzte Rede als Fraktionsvorsitzender!)

Mir kam das so vor, als ob Sie geschickt worden sind. Wir haben ja einen Fakt. Da gibt es einen Brandbrief von Herrn Brechtel. Kennen Sie den überhaupt? Kennen Sie den Inhalt? Nehmen Sie doch einmal Stellung, was er dazu geschrieben hat.

(Staatsminister Lewentz: Habe ich doch eben!)

Warum schreibt er Ihnen einen Brandbrief, wenn alles richtig ist?

(Staatsminister Lewentz: Stimmt das nicht, was ich gesagt habe?)

Warum, Herr Innenminister, kümmern Sie sich nicht um

Ihre eigenen Themen und schieben nach wie vor 1,7 Millionen Überstunden bei der Polizei vorneweg?

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Aber seit zehn Jahren!)

Herr Innenminister, warum wissen Sie von den straffällig gewordenen Ausreisepflichtigen nur von 20 % den Aufenthalt und von 80 % nicht? Es ist Ihre Aufgabe, so etwas festzustellen.

(Staatsminister Lewentz: Wie kommen Sie zu einer solchen Behauptung?)

Es ist auch Ihre Aufgabe, für die Abschiebung zu sorgen, Herr Innenminister.

(Starker Beifall der CDU und der AfD)

Dazu haben Sie hier nichts gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Staatsminister Lewentz: Ihr Landrat!)

Es ist auch ein offenes Geheimnis, Herr Innenminister, dass die Grünen Sie schon ab und zu aufgefordert haben, sich mehr vor Frau Spiegel zu stellen,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

und mehr Unterstützung eingefordert haben. Es im Übrigen auch ein offenes Geheimnis, dass Sie für sichere Herkunftsländer sind. Das ist hier eine ganz andere Situation. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Sie keine gerade Linie in dieser Landesregierung vertreten,

(Staatsminister Lewentz: Deswegen ist Sie auch so erfolgreich!)

weil Sie in Berlin etwas anderes als stellvertretende Bundesvorsitzende erzählen, als Sie es hier tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Herr Innenminister, ich hätte mir sehr gewünscht, dass Sie auch etwas zu den tatsächlichen Situationen, zu den Fakten, sagen, weil falsch ist das Thema nicht, dass es ausreisepflichtige Straftäter gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Eine konsequente Durchsetzung von Recht einerseits und Hilfsbereitschaft und Humanität andererseits schließen sich bekannterweise nicht aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, beides muss man aber durchsetzen.

> (Beifall der CDU und bei der AfD – Abg. Uwe Junge, AfD: Da sind wir ja zusammen!)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Schellhammer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Was wir heute in der Debatte erlebt haben, bestätigt genau das, was ich in meinem Redebeitrag geschildert habe: Die AfD hat hier auch – das hat der Redebeitrag von Herrn Junge in der zweiten Runde wieder gezeigt – alles in einen Topf geworfen,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Es geht um die Wirkung!)

gemischt mit Falschbehauptungen, und dann den blanken Populismus vom Redepult aus verbreitet. Das ist gefährlich.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Sie sind doch keinen Deut besser!)

Es wäre sozusagen nur für einen Bereich gefährlich, wenn es nicht auf andere Parteien übergreifen würde. Das hat leider der Redebeitrag von Herrn Baldauf gezeigt, und es ist schockierend. Es war schon schockierend bei Ihrem ersten Redebeitrag, und es war auch eben wieder schockierend.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Sie müssten doch als ausgebildeter Jurist wissen, was Grundlagen unseres Rechtsstaats sind,

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

und dass die Forderung, die Landrat Brechtel erhebt, illegal ist. Dass Sie sich hier unverfroren hinstellen, zeigt den wirklich bedauernswerten Zustand der Union, dass Sie über Stöckchen der AfD derart springen und Sie als Fraktionsvorsitzender in eine Debatte hereingehen, die die AfD mit einer ganz klaren Strategie, die die AfD dahinter verfolgt, beantragt hat.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Dass Sie nicht zwischen Partei und Koalition und gutem Regieren und Zusammenwirken differenzieren können, zeigen Sie immer wieder bei der Debatte zu den sicheren Herkunftsstaaten. Ich sage ganz ehrlich: Es ist gut so, wenn Sie diese Erfahrung von Regierung nie machen. Das hat Ihr Redebeitrag auch gezeigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Abg. Uwe Junge, AfD: Fragen Sie mal Ihren Boris Palmer!)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium zu dieser Aktuellen Debatte nicht mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Mitglieder des FDP-Verbands aus der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim bei uns im Plenarsaal willkommen heißen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir freuen uns über die Anwesenheit von Landfrauen aus Gau-Bischofsheim. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

## Vom Landtag vorzunehmende Wahlen

Wir haben Wahlen vorzunehmen. Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache.

## Wahl der Vizepräsidentin des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz

Wahlvorschlag der Ministerpräsidentin
– Drucksache 17/6635 –

Vorgeschlagen ist Frau Dr. Susanne Wimmer-Leonhardt. Ich darf zur Abstimmung aufrufen. Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Damit ist für Enthaltungen und Gegenstimmen kein Raum mehr. Ich stelle fest, dass Frau Dr. Susanne Wimmer-Leonhardt damit einstimmig zur Vizepräsidentin des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz gewählt wurde.

(Beifall im Hause – Dr. Susanne Wimmer-Leonhardt bedankt sich von der Zuschauertribüne aus für die Wahl)

Ich darf Frau Dr. Wimmer-Leonhardt ganz herzlich seitens des Landtags gratulieren und ihr eine glückliche Hand bei der Erledigung ihrer Aufgabe wünschen. Alles Gute!

## Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Wiederaufbaukasse

Wir haben Mitglieder des Verwaltungsrats der Wiederaufbaukasse zu wählen. Dazu liegen Ihnen mehrere Wahlvorschläge, und zwar jeweils der einzelnen Fraktionen, vor.

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/7046 –

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Auch hier ist für Enthaltung und Ablehnung kein Raum. Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/7052 –

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Vielen Dank. Auch hier ist für Enthaltungen und Gegenstimmen kein Raum. Damit ist der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU einstimmig angenommen.

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD

- Drucksache 17/7047 -

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Wenn ich es richtig interpretiert habe, war auch das einstimmig, sodass auch der Wahlvorschlag der Fraktion der AfD mit allen Stimmen der Fraktionen innerhalb des Parlaments angenommen wurde.

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/7057 –

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Danke schön. Auch hier ist kein Raum für Gegenstimmen oder Enthaltungen. Damit ist der Wahlvorschlag der FDP ebenfalls angenommen.

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7056 –

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Danke schön. Auch das war einstimmig. Damit ist auch der Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

..tes Landesgesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/5490 –
 Zweite Beratung

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie

- Drucksache 17/7027 -

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Bevor ich den ersten Redner aufrufe, will ich Sie kurz über das Ausschussverfahren informieren. Die erste Plenarberatung hat in der 54. Sitzung am 22. März 2018 im Parlament mit Aussprache stattgefunden.

Der Gesetzentwurf ist an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie hat eine Anhörung durchgeführt, und der Ausschuss empfiehlt die Annahme mit Änderungen.

Ich darf nun fragen, wer sich als Redner meldet. – Herr Dr. Enders für die Fraktion der CDU, bitte schön.

## Abg. Dr. Peter Enders, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grundlage für dieses zweite Landesgesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes ist bundesgesetzlicher Art. Zum einen ist zum 1. Oktober 2016 das Krankenhausstrukturgesetz in Kraft getreten. Ebenso hatte

das Auswirkungen auf das Krankenhausentgeltgesetz, das Krankenhausfinanzierungsgesetz und auf das Sozialgesetzbuch V.

Es geht konkret um einen Zungenbrecher, nämlich die planungsrelevanten Qualitätsindikatoren aufgrund einer Empfehlung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Diese Indikatoren gibt es bisher nur im Bereich der Gynäkologie. Wir müssen aber davon ausgehen, dass das in der Zukunft auf viele andere Gebiete ausgedehnt wird. Deswegen ist es wichtig, dieses Gesetz gut zu beraten.

Entscheidend ist – und das kommt im Gesetz heraus –, dass die Erfüllung dieser Indikatoren, also die Erfüllung der Qualitätskriterien, eine Voraussetzung ist, um gemäß Landesrecht als Krankenhaus auch im Landeskrankenhausplan aufgenommen werden zu können, also für die Zukunft eine ganz wichtige Sache.

Die Landesregierung kann die Geltung dieser planungsrelevanten Qualitätsindikatoren ganz oder auch teilweise ausschließen oder auch einschränken. Wir haben im Rahmen der ersten Lesung und auch nach der gemeinsamen Anhörung und der Auswertung der Anhörung als CDU-Fraktion zwei Änderungsvorschläge gemacht. Wir begrüßen es außerordentlich, dass die übrigen Fraktionen dieses Hauses unsere Vorschläge angenommen haben und sie damit auch in den Gesetzentwurf mit eingearbeitet werden konnten, insbesondere in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Es geht konkret um zwei Dinge. Einmal bei der Krankenhausversorgung in § 1 Abs. 1 Satz 1: Wir haben vorgeschlagen – das wurde so auch angenommen –, dass nach dem Wort "bedarfsgerecht" noch die Worte "sowie wohnortnah" eingefügt werden.

(Beifall der Abg. Martin Brandl und Christine Schneider, CDU)

Bedarfsgerecht heißt für uns, es muss auch in Wohnortnähe sein. Diese Präzisierung war uns sehr wichtig.

Der zweite Vorschlag ist etwas komplizierter und sehr juristisch formuliert, hat aber Auswirkungen auf die Quadratur des Kreises: auf der einen Seite die Qualität sicherzustellen, andererseits aber auch die Wohnortnähe im ganzen Land haben zu können. Bei § 6 Abs. 2 war unser Vorschlag, die Absätze 3 und 4 dahin gehend neu einzufügen, dass im jeweiligen Bericht der Landesregierung bei der Änderung von Qualitätsindikatoren von der Landesregierung darzulegen ist, in welcher Weise eine unveränderte Geltung der Qualitätsindikatoren die flächendeckende Versorgung in einer Region gefährden könnte, und zum anderen durch welche alternativen Maßnahmen eine qualitativ hochwertige Versorgung trotz der Abweichung davon sichergestellt ist.

Das klingt sehr juristisch, bedeutet aber im Endeffekt, Wohnortnähe und Qualität unter einen Hut zu bringen. Darum wird es in der Zukunft gehen. Dafür sollten wir gemeinsam eintreten.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich das Wort Frau Abgeordneter Dr. Machalet von der Fraktion der SPD.

## Abg. Dr. Tanja Machalet, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst noch einmal für meine Fraktion festhalten, dass Rheinland-Pfalz eine sehr gute und hochwertige Versorgung im Krankenhausbereich zur Verfügung stellt. Wir haben eine sehr leistungsstarke Krankenhausstruktur, und wir setzen uns auch in Zukunft vollumfänglich dafür ein, dass es in Zukunft so bleiben wird.

Herr Dr. Enders, inhaltlich haben Sie zur Gesetzesänderung alles ausgeführt. Dass es sich dabei – sage ich jetzt einmal – um ein eher technisches Gesetz handelt, ist, glaube ich, auch deutlich geworden. Nichtsdestotrotz heißt es nicht, dass ein technisches Gesetz nicht auch massive Auswirkungen auf bestimmte Bereiche im Leben haben kann, nämlich gerade beim Thema Qualitätsindikatoren.

Wenn dauerhaft die Qualität in den Krankenhäusern nicht erfüllt wird, können sie aus dem Plan genommen werden. Das hat durchaus vor Ort Folgen. Genau darum geht es, dass wir uns im Land zusätzlich zu den vom Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegten Qualitätskriterien für die Krankenhäuser das Recht herausnehmen und uns auch die Planungshoheit in der Hand lassen, eigene Qualitätsindikatoren für die Krankenhäuser im Land in den Landeskrankenhausplan einfließen zu lassen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass diese planungsrelevanten Qualitätsindikatoren erst nach Bericht im Gesundheitsausschuss, also im parlamentarischen Gremium, und unter Einbeziehung des Krankenhausplanungsausschusses in die Planung eingehen. Zusätzliche Qualitätskriterien können zum Beispiel im Bereich der Herzinfarkt- oder der Schlaganfallversorgung denkbar sein. Auch das ist in der Anhörung auf breite Zustimmung gestoßen.

Es gab allerdings auch die Anregung von zwei Anzuhörenden, den Begriff "wohnortnah" wieder aufzunehmen, wobei man dazu sagen muss, dass sich die ursprüngliche Formulierung im Wesentlichen auf § 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes bezog und insofern eine Analogie dargestellt hätte.

Aber natürlich geht es darum: Wir wollen eine bedarfsund patientengerechte, qualitativ hochwertige Versorgung sichern, und gerade im Bereich der Notfall- und Grundversorgung muss das wohnortnah sein.

Deswegen war es für uns überhaupt keine Frage, dass wir das einvernehmlich machen und wieder in das Gesetz aufnehmen. Ich bin auch dankbar, dass wir das weitestgehend kollegial in den letzten Wochen hinbekommen haben, von dem einen oder anderen Störfeuer vielleicht noch einmal abgesehen. Aber ich denke, wir können so konstruktiv auch weiterarbeiten.

Ich wünsche mir diese konstruktive Zusammenarbeit auch weiter beim Thema "Landeskrankenhausplan". Aber ich würde mir das genauso im Bereich der ärztlichen Versor-

gung wünschen; denn hier geht es nicht darum, wer als Erstes irgendeinen Vorschlag gemacht hat, sondern die Menschen verlangen von uns vor Ort Lösungen. Genau dafür sind wir hier alle verantwortlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich das Wort Frau Abgeordneter Dr. Groß von der Fraktion der AfD.

## Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem 1. Januar 2017 wurde das Verfahren den planungsrelevanten Qualitätsindikatoren eingeführt. Es geht auf eine entsprechende Novellierung des Krankenhausstrukturgesetzes zurück und soll es den Planungsbehörden der Länder ermöglichen, erstmals im Rahmen der Krankenhausplanung die Qualität der medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern berücksichtigen zu können.

Auf Grundlage der Planungskompetenz der Länder für die Krankenhäuser besteht somit für das Land Rheinland-Pfalz zwingend Handlungsbedarf, dem die Landesregierung hier mit der Vorlage des x-ten Landesgesetzes zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes nachkommt.

Wir haben den vorliegenden Gesetzentwurf umfassend in den vergangenen Ausschusssitzungen beraten und die Gelegenheit genutzt, Experten anzuhören. Die Weichenstellung, künftig planungsrelevante Qualitätsindikatoren bei der Krankenhausplanung berücksichtigen zu müssen, kann für die Krankenhäuser erhebliche Konsequenzen haben. Die möglichen Sanktionen reichen vom Ausschluss einzelner Abteilungen bis zur Herausnahme des gesamten Krankenhauses aus dem Krankenhausplan, wenn nicht nur vorübergehend eine in erheblichem Maße unzureichende Qualität festgestellt wird. Hier wird zu klären sein, wie "erheblich" und "unzureichend" definiert wird.

Wird gegen wesentliche Qualitätsanforderungen – auch "wesentlich" wird zu definieren sein – verstoßen, ist der Gemeinsame Bundesausschuss entsprechend § 137 SGB V ermächtigt, angemessene Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, wie Vergütungsabschläge, den Wegfall des Vergütungsanspruches bei Unterschreitung von vorgegebenen Mindestanforderungen, die Information Dritter über die Verstöße und die einrichtungsbezogene Veröffentlichung von Informationen zur Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen.

Mit der Einführung planungsrelevanter Qualitätsindikatoren verfügt die Landesregierung über ein außergewöhnliches Instrument, welches dazu bestimmt ist, auf die Leistungssteuerung, damit auf die Wirtschaftlichkeit und letzten Endes auf das Sein oder Nichtsein einer Abteilung oder eines Krankenhauses beträchtlich Einfluss zu nehmen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass die Kliniken schon seit Jahren einem sehr hohen externen Qualitätsanforderungsprofil unterliegen. Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung resümiert daher 2016, dass die rheinland-pfälzischen Kliniken bei der messbaren medizinischen Qualität gut abschnitten und gut erreichbar seien.

Meine Damen und Herren, Qualitätssteigerungen sind prinzipiell zu begrüßen. Sie nicht zu überdehnen und evidenzbasierte Qualitätskriterien zu definieren, die auch messbar sind, muss das Ziel sein. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, an die Landesregierung zu appellieren, ihre Möglichkeiten in diesem Zusammenhang umsichtig und mit Bedacht zu gebrauchen, wenn es darum geht, weitere Qualitätsanforderungen zu beschließen und dabei auch die kleinen, für die Grundversorgung wichtigen Krankenhäuser in der Fläche in den positiven Fokus zu nehmen.

Es darf nicht sein, Personaluntergrenzen angesichts rarer Pflegekräfte als einen planungsrelevanten Qualitätsindikator vorzugeben und Kliniken bei Nichterfüllung zu sanktionieren. Hier wurden Qualitätsanforderungen formuliert, die von Beginn an als unerfüllbar auszulegen sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich erinnern, die Krankenhäuser auch ausreichend zu finanzieren, wenn es um die Umsetzung der geforderten Qualitätsanforderungen geht. Sie wird mit hohen Kosten verbunden sein.

Meine Damen und Herren, die Gesundheit ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge, die der Staat seinen Bürgern gegenüber zu erbringen hat. Sie zahlen Steuern, sie zahlen Beiträge.

Bezogen auf sich verändernde Gesellschaften können natürlich nicht alle Strukturen dauerhaft konserviert werden, aber eine bedarfsgerechte, ausreichende und flächendeckende medizinische Versorgung hoher Qualität und auch wohnortnah muss beibehalten werden, mit welchen Versorgungsformen auch immer, Hauptsache sie tragen zu diesem Anspruch bei.

Heute bereits über weitere Versorgungsalternativen nachzudenken, tut not. Nur mit dieser Weitsicht werden sich die Mangelsyndrome (Ärzte, Pflegepersonal) nicht wiederholen.

Wir haben im Ausschuss bereits dem Änderungsantrag der CDU zugestimmt.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat Herr Abgeordneter Wink von der Fraktion der FDP das Wort.

## Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir Freien Demokraten legen ebenfalls großen Wert darauf, dass wir stets den Chancen und Herausforderungen des Wandels gerecht werden.

Genau deshalb ist die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes auch so wichtig. Wir haben es gehört, durch das im Jahr 2016 in Kraft getretene Krankenhausstrukturgesetz sind auf Bundesebene weitreichende Vorschriften getätigt worden. Betroffen hiervon sind unter anderem Vorschriften im Fünften Buch Sozialgesetzbuch, im Krankenhausentgeltgesetz und im Krankenhausfinanzierungsgesetz.

§ 6 Krankenhausfinanzierungsgesetz besagt, dass die Empfehlung des Gemeinsamen Bundesausschusses zu den planungsrelevanten Qualitätsindikatoren Bestandteil des Krankenhausplans wird. Manche Krankenhäuser können den Qualitätsindikatoren oder den Qualitätsvorgaben des jeweiligen Landesrechts nicht gerecht werden. Ist dies nicht nur temporär der Fall, dürfen diese teilweise oder gar nicht in den Krankenhausplan aufgenommen werden.

Weiterhin wird eröffnet, dass durch Landesrecht die Geltung der planungsrelevanten Qualitätsindikatoren teilweise oder ganz ausgeschlossen werden können. Eine Einschränkung ist ebenso möglich. Um die Planungshoheit des Landes zu gewährleisten, gilt es, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. Genau deshalb ist die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes so wichtig.

Das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium soll unter Einbeziehung des zuständigen Landtagsausschusses sowie des rheinland-pfälzischen Ausschusses Krankenhausplanung entscheiden, welche Qualitätsindikatoren für die Krankenhausplanung relevant sind.

Dies erhöht zum einen die Beteiligung im Entscheidungsprozess – das wurde in der Anhörung lobend hervorgehoben –, wichtig ist hier aber auch anzumerken, dass Maßnahmen die Organisationen nicht über Gebühr belasten dürfen.

Im Großen und Ganzen darf ich mich für die sachliche Zusammenarbeit im Ausschuss bedanken. Ich fand die Anhörung bereichernd und sah die Vorgehensweise, wie das Thema im Ausschuss bearbeitet wurde, als bestätigt an.

Die Änderung gerade des Wörtchens "wohnortnah" – wir haben es vorhin in der ersten Debatte auch gehört – können wir selbstverständlich unterstützen.

Danke schön.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat Frau Abgeordnete Binz von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

## Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat bisher gezeigt, wir sind uns in den Zielen des Gesetzentwurfs alle sehr einig. Ich möchte noch etwas zur Einigkeit hinzufügen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ziel ist es, in Rheinland-Pfalz eine qualitativ hochwertige patienten- und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung in allen Regionen sicherzustellen

(Abg. Martin Haller, SPD: Das klingt sehr gut!)

Diese Versorgung soll auch mit dem neuen Gesetz möglichst wohnortnah stattfinden, aber auch bestimmte Qualitätskriterien erfüllen. Dabei ist klar, je spezieller die Behandlung ist, desto mehr kann und muss diese Versorgung in Zukunft auf spezialisierte Krankenhäuser konzentriert werden. Die Grund- und Regelversorgung muss dagegen in der Fläche auch in Zukunft möglich sein.

Der Gemeinsame Bundesausschuss – er ist bereits mehrfach genannt worden – wurde beauftragt, dafür planungsrelevante Qualitätsindikatoren zu Struktur, Prozess und Ergebnisqualität zu beschließen. Diese sollen den Ländern dabei helfen, in der Krankenhausplanung die Qualität der medizinischen Versorgung zu berücksichtigen.

Mit dem Krankenhausstrukturgesetz von 2016 wurde festgelegt, dass diese planungsrelevanten Qualitätsindikatoren automatisch Bestandteil der jeweiligen Landeskrankenhauspläne werden können. Das Gesetz sieht aber auch vor, dass die Länder durch landesgesetzliche Regelungen Ausnahmen bestimmen können. Dies wollen auch wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wahrnehmen, um die Planungshoheit in der Hand zu behalten und gegebenenfalls Korrekturen vornehmen zu können.

Dabei soll vor allem eine mögliche Gefährdung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung in einer Region mit in den Abwägungsprozess aufgenommen werden. Die starre Übernahme von nackten Zahlen würde der Verantwortung für die schwierige medizinische Versorgung gerade auch im ländlichen Raum nicht gerecht werden.

Insofern begrüßen auch wir als Grüne die vorgeschlagene Regelung im Gesetz, dass vor einer Übernahme der planungsrelevanten Qualitätsindikatoren sowohl der Gesundheitsausschuss des Landtags als auch der Krankenhausplanungsausschuss angehört werden müssen und – wie wir jetzt gemeinsam in der Änderung beschlossen haben – über Konsequenzen und alternative Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität berichtet wird.

Außerdem ist beim neuen Landeskrankenhausgesetz auch sehr wichtig, das zusätzlich zu den Qualitätsindikatoren des G-BA weitere landeseigene Kriterien aufgenommen werden können.

All das sind Instrumente, mit denen wir als Land Rheinland-Pfalz die Steuerung der Krankenhausversorgung im Land weiter beeinflussen und verstärken können. In diesem Sinne unterstützen auch wir das vorliegende Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Ich erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler das Wort.

## Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 22. März 2018 habe ich den Gesetzentwurf zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes, seine Ziele und seine Begründung hier im Plenum vorgestellt. Ich freue mich sehr über den breiten fraktionsübergreifenden Konsens im Plenum, aber auch in den Ausschussberatungen und dem Anhörverfahren; denn er zeigt die zentrale Bedeutung einer qualitativ hochwertigen, patientengerechten und wohnortnahen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Im Mittelpunkt der Novellierung stehen die Patientinnen und Patienten und deren Zugang zu einer medizinischen Versorgung, die ihren Bedürfnissen entspricht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Rheinland-Pfalz bereits ein hohes Qualitätsniveau der Krankenhausversorgung. Davon ausgehend entwickeln wir mit dem Gesetz die Rahmenbedingungen so weiter, dass auch in Zukunft eine regional gut erreichbare Krankenhausversorgung sichergestellt werden kann.

Eine besondere Bedeutung hat dabei das Kriterium der Wohnortnähe; denn dies gilt gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz. Die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz sollen wissen, dass ihnen, auch wenn medizinische Eile geboten ist, in ihrer Nähe ein sicheres Netz medizinischer Einrichtungen zur Seite steht.

Eine qualitativ hochwertige Versorgung, die gleichzeitig patienten- und bedarfsgerecht sowie wohnortnah ist und von leistungsfähigen, qualitativ hochwertigen und eigenverantwortlichen Krankenhäusern vorgehalten wird, benötigt eine umfassende Planung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Landesregierung erfüllt diese zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge mit der Aufstellung des Landeskrankenhausplanes und eines Investitionsprogramms.

Dem Gemeinsamen Bundesausschuss wurden sehr weitreichende Regelungsbefugnisse für die planungsrelevanten Qualitätsindikatoren übertragen. Diese planungsrelevanten Qualitätsindikatoren greifen unmittelbar auf die Krankenhausplanung der Länder durch, wenn die Länder keine anderen landesrechtlichen Regelungen erlassen. Das bedeutet, dass Krankenhäuser, die diese Qualitätsanforderungen des Gemeinsamen Bundesausschusses nicht erfüllen, als Krankenhaus oder Abteilung automatisch nicht mehr im Landeskrankenhausplan ausgewiesen werden. Das heißt, diese Leistungen können dann nicht mehr erbracht werden.

Dieser Automatismus ist von uns nicht gewollt. Ziel der Landesregierung ist es, in Rheinland-Pfalz weiterhin die Planungshoheit in der Hand zu behalten. Die Neuregelung im Landeskrankenhausgesetz sieht deshalb vor, dass das Gesundheitsministerium entscheiden wird, ob und welche planungsrelevanten Qualitätsindikatoren des Gemeinsa-

men Bundesausschusses Bestandteil der Krankenhausplanung werden. Das erfolgt aber erst nach einem vorherigen Bericht im zuständigen Landtagsausschuss sowie unter Einbeziehung des rheinland-pfälzischen Ausschusses für Krankenhausplanung.

Zudem wird im Landeskrankenhausgesetz verankert, dass das fachlich zuständige Ministerium weitere landeseigene Qualitätsanforderungen zum Gegenstand der Planung machen und im Landeskrankenhausplan festlegen kann.

Das ist notwendig, um speziellen Anforderungen im Land gerecht zu werden, wie beispielsweise in der Herzinfarktversorgung, der Schlaganfallversorgung oder der Altersmedizin.

Diesen sukzessiven Prozess der weiteren Einführung landeseigener Qualitätskriterien in die Krankenhausplanung wollen wir ebenso transparent unter sorgfältiger fachlicher Abwägung und mit Augenmaß verfolgen wie die planungsrelevanten Qualitätsindikatoren, die der Gemeinsame Bundesausschuss festlegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend betonen, die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz stellen bereits jetzt eine hohe Qualität zur Verfügung, und sie entwickeln diese kontinuierlich weiter. Der vorliegende Gesetzentwurf stärkt die zentrale Bedeutung der hohen Qualitätsorientierung der Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz, und gleichzeitig stärkt er die Planungshoheit des Landes und ihre Transparenz und Legitimation.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Gesetzentwurf liegen mir nicht mehr vor. Damit können wir zur Abstimmung schreiten.

Wir stimmen zunächst über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie – Drucksache 17/7027 – ab. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist erkennbar einstimmig. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen worden.

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/5490 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung der soeben angenommenen Beschlussempfehlung ab. Wer diesem Gesetzentwurf unter diesen Voraussetzungen seine Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Danke schön, auch das war einstimmig. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Danke schön, auch das war einstimmig. Ich stelle fest, dass das Landeskrankenhausgesetz mit den beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen wurde.

Ich rufe nun Punkt 4 der Tagesordnung auf:

## ...tes Landesgesetz zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/6380 –
Zweite Beratung

## dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten – Drucksache 17/7024–

Der Ältestenrat hat beschlossen, den Gesetzentwurf ohne Aussprache zu verabschieden. Ich darf Sie deshalb kurz über das Ausschussverfahren informieren.

Die erste Beratung dieses Gesetzentwurfs hat in der 60. Plenarsitzung am 21. Juni 2018 mit Aussprache stattgefunden. Es erfolgte eine Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten – federführend – sowie an den Rechtsausschuss. Die Ausschüsse haben empfohlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Wir können damit unmittelbar zur Abstimmung kommen. Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 17/6380 – in zweiter Beratung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön, das war einstimmig. Der Gesetzentwurf ist also in zweiter Beratung einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung seine Zustimmung gibt, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Danke schön, auch das war einstimmig. Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes einstimmig angenommen wurde

Ich rufe nun Punkt 5 der Tagesordnung auf:

## Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/6490 –
 Zweite Beratung

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 17/7025 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Das bisherige Ausschussverfahren stellt sich wie folgt dar:

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs fand in der 60. Plenarsitzung am 21. Juni 2018 ohne Aussprache statt. Es erfolgte eine Ausschussüberweisung an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. Die Ausschüsse empfehlen die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Ich darf um Wortmeldungen bitten. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Noss das Wort.

## Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Anfang 2016 haben die beiden Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen unter Beteiligung des Innenministeriums Gespräche wegen einer freiwilligen Fusion geführt. Einer der Knackpunkte war dabei, dass fünf Gemeinden einen Wechsel zum Rhein-Hunsrück-Kreis vollziehen wollten.

Der Kreistag, die beiden Verbandsgemeinderäte sowie die überwiegende Zahl der Ortsgemeinden haben letztlich dafür gestimmt, eine vollständige Fusion der beiden Kreise zu empfehlen. Der Fusionsvertrag wurde im Dezember 2017 unterschrieben, das heißt also, eine freiwillige Fusion der beiden Verbandsgemeinden ist zustande gekommen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Licht für die Fraktion der CDU.

## Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich dachte zuerst, ich würde den Kollegen Noss in der Kürze unterbieten; aber ich glaube, ein paar Sätze muss man schon dazu sagen, Herr Kollege, ohne auf alles einzugehen. Acht Seiten Gesetz sind immerhin 417 Seiten Begründung und Dokumentation angefügt. Das bedeutet, dass der Prozess so reibungslos natürlich nicht vonstatten ging. Ich nehme aber schon vorweg, wir werden zustimmen, damit es auch darüber keine Debatten gibt.

Wir werden zustimmen; denn wir haben immer gesagt, dort, wo schlussendlich die Freiwilligkeit steht und wo große Mehrheiten demokratisch zustande kommen, werden wir nicht grundsätzlich Kritik an dieser Gebietsreform üben und darüber debattieren und diskutieren, sondern wir werden dem, was vor Ort debattiert wird und was auch ausgehandelt ist, zustimmen, Herr Minister.

Dass einige Gemeinden den Kreis wechseln wollten, ist demokratisch legitim. Das Gesetz sieht vor, dass die Mehrheit der Bevölkerung, die Mehrheit der Ortsgemeinden beschließen muss. Das ist dort erfolgt, auch quer durch die Fraktionen. Ich habe die Unterlagen einmal durchgesehen. Es ist nicht nur aus einer Fraktion kritisch betrachtet worden, sondern aus mehreren Fraktionen sind Punkte kritisch betrachtet worden. Das ist nun einmal ein demokratischer Prozess, dem wir heute so zustimmen.

Herr Kollege Noss, ich sagte bereits, dass ich in Ihrer Rede einige Punkte vermisse. Ich möchte einen Punkt herausgreifen. Ich finde auf den 417 Seiten Begründung und Dokumentation keine klare Forderung, so wie sie eigentlich in dieser Region immer wieder artikuliert wird, zum Bau

der L 190, der Hunsrückspange zwischen der B 50 und dem Nahetal bei Fischbach. Das ist die große Diskussion in beiden bisherigen Verbandsgemeinden gewesen, die sich demnächst insgesamt als eine Verbandsgemeinde, als die Verbandsgemeinde Rhaunen-Herrstein, in der Öffentlichkeit und im Innenverhältnis darstellen wird.

Meine Damen und Herren, ich nehme diesen Punkt mit zum Anlass, um diese Forderung aus der Region auch von meiner Seite in dieser Diskussion zu artikulieren. Ein Invest in die zwingend notwendige Infrastruktur ersetzt häufig die Forderung nach einer größeren Hochzeitsprämie. Herr Kollege, 2 Millionen Euro ist die Prämie, die in Tranchen ausgezahlt wird. Wenn die Hunsrückspange wirklich realisiert wird, bedeutet dies eine viel größere Erschließung der Infrastruktur und ist eine viel größere Investition in die Zukunft der Region, die man mit keiner Hochzeitsprämie überhaupt nur deckeln kann. Das wäre sinnvoll, und ich hoffe, dass wir das gemeinsam im Haushalt widerspiegeln können, um auf diese Weise dieser Region eine weitere Zukunft zu bieten. Ich sage es noch einmal: Wir werden zustimmen.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Klein von der Fraktion der AfD das Wort.

#### Abg. Jürgen Klein, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zusammenlegung der Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen ist sinnvoll und vor dem Hintergrund schlanker Verwaltungsstrukturen grundsätzlich zu begrüßen. Da dieser Schritt aus Verwaltungssicht alternativlos ist, liegt er auf der Hand.

Zur vollständigen Geschichte dieser Zusammenlegung gehören jedoch auch diverse Stolpersteine, nämlich Bürgerproteste und Ortsgemeinden, die diese Fusion zunächst nicht mittragen wollten bzw. in andere Verbandsgemeinden übersiedeln wollten, wie Herr Kollege Licht es schon erwähnt hat.

Bereits Mitte Juli 2016 hat Horbruchs Ortsbürgermeister Klaus Hepp prophezeit, dass es gerade im Norden der Verbandsgemeinde Rhaunen Ortsgemeinden gebe, die eher Richtung Mosel tendieren nach Simmern, Kirchberg oder auch Bernkastel-Kues.

Ende September 2016 beschließen VG-Räte, Gespräche miteinander aufzunehmen und einen gemeinsamen Lenkungsausschuss zu bilden, der im Oktober auch seine Arbeit aufnimmt. Ärger gab es auch hier zunächst über dessen Zusammensetzung, einige Ortsbürgermeister seien nicht berücksichtigt worden. Der Großteil der Mitglieder stamme aus den beiden Verwaltungen, wurde damals kritisiert. Die Ortsgemeinden Oberkirn, Schwerbach, Gösenroth, Krummenau und später auch Hausen machten dann deutlich, dass sie einen Wechsel über die Kreisgrenze hinweg in Richtung VG Kirchberg bevorzugen, hauptsächlich auch wegen der räumlichen Nähe dorthin.

Die Bürgerinitiative "Bürger-Pro-Hunsrück", in der sich Kritiker dieses Zusammenschlusses sammeln, erwirkt Bürgerentscheide in den genannten Ortschaften. Das Votum der Einwohner fällt dabei sehr eindeutig aus für einen Wechsel in die Verbandsgemeinde Kirchberg. Der Begriff der "freiwilligen Zwangshochzeit" machte damals die Runde. Die Bürgerinitiative zieht jedoch am 15. November ihr Bürgerbegehren wegen geringer Erfolgsaussichten zurück.

Man hat bei dieser Fusion daher ein zweigeteiltes Gefühl: die saubere, verwaltungstechnische Abwicklung und deren strukturelle Sinnhaftigkeit einerseits, aber auch die Bürgerproteste andererseits, die aus unserer Sicht mehr und frühere Beachtung hätten bekommen sollen. Deswegen wäre es wichtig, bei einer solchen Strukturveränderung auch die Bürger mehr mitzunehmen.

Wir stimmen dem Antrag in seiner Gesamtheit zu, mahnen jedoch für die zukünftigen Zusammenschlüsse von Verbandsgemeinden an, die Bürger stärker zu beteiligen.

Danke.

(Beifall der AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Becker von der Fraktion der FDP.

## Abg. Monika Becker, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Laut dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen sich die beiden Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen zum 1. Januar 2020 zu einer neuen Verbandsgemeinde mit dem Namen Herrstein-Rhaunen zusammenschließen. Hintergrund ist der Gebietsänderungsbedarf der Verbandsgemeinde Rhaunen; denn die Einwohnerzahl der Verbandsgemeinde lag zum maßgeblichen Zeitpunkt mit 7.575 Einwohnern deutlich unter den 12.000 Einwohnern, die das Landesgesetz über die Grundsätze der KVR festschreibt. Wie in vielen Gemeinden in Rheinland-Pfalz auch, lässt der demografische Wandel hier keine positive Bevölkerungsentwicklung erwarten.

Daher ist es umso erfreulicher, dass wir heute über eine Fusion von zwei Verbandsgemeinden beraten können, die schon seit vielen Jahren gut und eng zusammenarbeiten, zum Beispiel in Form von kooperierenden Jugendbeiräten, einer gemeinsam betriebenen Sozialstation oder einem gemeinsamen Sportring.

Natürlich wurden seit Beginn der Verhandlungen bis zur heutigen zweiten Lesung im Plenum viele Gespräche geführt, und, ja, das ist auch richtig, der Fusionsprozess war nicht immer einfach. Tatsächlich konnten aber die schwierigen Phasen des Fusionsprozesses mit viel Verhandlungsgeschick gelöst werden.

Als die Ortsgemeinden Krummenau, Hausen, Schwerbach, Gösenroth und Oberkirn die Verbandsgemeinde Rhaunen nach Norden hin verlassen wollten, sah es nicht so aus, als würde eine einfache kreisinterne Fusion gelingen.

Nachdem die Bürgerinitiative "Bürger-Pro-Hunsrück" mit vielen Aktionen über mehr als ein Jahr lang gegen die Fusionspläne und für einen Bürgerentscheid gekämpft hat, hat sie letztendlich doch eingelenkt. Die Sprecherin der Bürgerinitiative, Jana Trotzky, sagte damals in der Rhein-Zeitung: Mit einem für uns positiven Bürgerentscheid wäre letztendlich niemandem geholfen gewesen. – Meine Damen und Herren, dieser Schritt verdient definitiv unseren Respekt.

Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Beteiligten zu bedanken, dem Ministerium, den Kommunalpolitikern und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern. Das Verfahren ist insgesamt sehr transparent abgelaufen. Da zeigt sich wieder, was wir regelmäßig an dieser Stelle in unseren Redebeiträgen herausstellen. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Fusionsprozess durch eine kontinuierliche Beteiligung ist ausschlaggebend für den Erfolg einer Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR). Das sollten wir auch in Zukunft berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf ist ein weiterer Schritt, die Verwaltung unserer Kommunen zukunftsfest zu machen. Die Aufgaben für die Gemeinden werden nicht einfacher, sondern schwieriger, umfangreicher und komplexer. Deshalb brauchen die Kommunen Strukturen, die diesen Anforderungen gerecht werden, die es den Gemeinden darüber hinaus ermöglichen, die Anforderungen der Digitalisierung zu bewältigen. Um diese Strukturen zu schaffen, sind Fusionen eine vernünftige Lösung.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir an dieser Stelle eine kleine Anekdote. Die örtliche FDP hat die Amtsverbände Herrstein und Rhaunen bereits im Mai 2017 zu einem gemeinsamen Verbandsgemeindeverband zusammengeschlossen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Zweimal fünf gibt auch elf! – Staatsminister Roger Lewentz: Hört, hört! – Abg. Alexander Schweitzer: Das ist gemein!)

- Das ist gemein.

Man sieht, wir sind hier quasi der Zeit immer voraus.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aktuell haben die Verwaltungen vor Ort natürlich mit den Hochwasserschäden zu kämpfen. Die Mitarbeiter der Verbandsgemeinde haben nicht gezögert und leisten derzeit neben dem Fusionsprozess und ihrer Alltagsarbeit Außergewöhnliches.

Die Spendenbereitschaft – wir sprechen immerhin von knapp einer halben Million Euro – und der Zusammenhalt in der Bevölkerung vor Ort sind riesengroß. Das verlangt unseren Respekt.

Ich bedanke mich stellvertretend bei Georg Dräger, dem Beauftragten der Verbandsgemeinde Rhaunen, und Uwe Weber, dem Verbandsbürgermeister von Herrstein, zwei engagierten Köpfen an der Verwaltungsspitze, die eine starke, zukunftsfähig aufgestellte und bürgernahe gemeinsame Verbandsgemeinde im Blick haben.

(Glocke des Präsidenten)

Die FDP-Fraktion stimmt diesem Gesetz gerne zu. Wir wünschen der neuen Verbandsgemeinde, dem Rat, dem Bürgermeister, aber insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Verbandsgemeinde alles Gute und für die Zukunft ein gutes, erfolgreiches und gedeihliches Zusammenleben.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

## Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach zugegebenermaßen nicht einfachen Diskussionen vor Ort ist es gut, dass wir vor der Verabschiedung einer weiteren Verbandsgemeindefusion stehen, und zwar Herrstein und Rhaunen. Ich finde, 2 Millionen Euro Entschuldungshilfe des Landes sind nicht nichts. Ich denke, das kann man erwähnen.

Ich glaube, uns allen, aber insbesondere den Menschen vor Ort sind die Starkregenereignisse vom Mai/Juni dieses Jahres lebhaft in Erinnerung. Wenn dort darüber zu sprechen ist, wo man weiter investieren kann, dann ist, denke ich, das Thema Hochwasserschutz eines, das mit vordringlich ist.

In diesem Sinne wünsche ich im Namen der grünen Landesfraktion der neuen Verbandsgemeinde vor allem möglichst keine Wiederholung eines solchen Ereignisses und eine gute Zukunft zusammen.

Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

# Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Lewentz.

## Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere liebe Frau Becker, vielen Dank, dass Sie so intensiv auf das Thema Hochwasser, das Engagement und alles, was damit verbunden ist, eingegangen sind. Ich kann Ihnen jetzt nicht noch viel Erfolg für die Fusion und für die Dinge wünschen, die sie intern geregelt haben. Aber das zeigt, dass man mitmarschiert. Das ist gut.

Lieber Alexander Licht, für die Hunsrückspange sind wir

alle. Ich kann mich noch an die Diskussionen erinnern, als ich Verkehrsminister war, auch Andy Becht. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Hunsrückspange Stück für Stück in die Verwirklichung kommt.

(Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist vollkommen klar, das ist für die Menschen dort sehr wichtig.

Wir werden mit diesem Gesetz eine neue Verbandsgemeinde bilden. Die Signale, dass alle Fraktionen zustimmen, freuen mich sehr. Diese wird mit 23.000 Einwohnern, 335 km² und 50 Ortsgemeinden nach den vielen KVR-Veränderungen nur noch eine mittelgroße sein. Vieles hat sich getan. Das ist gut.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass beide Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen bereits seit Jahren vielfältig und erfolgreich zusammenarbeiten. Ich will die Trägerschaft für die große IGS Herrstein-Rhaunen, die Sozialstation, das Projekt Gemeindeschwester<sup>plus</sup>, die Jugendarbeit, Premiumwanderwege und Abwasserbeseitigung ausdrücklich nennen. Natürlich gab es Diskussionen. Aber in einer Demokratie haben wir selten 100 % Zustimmung. Nach einem intensiven Diskussionsprozess haben wir eine sehr hohe Zustimmung bekommen.

Deswegen will ich allen Mitwirkenden herzlich danken, vor allem den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich sehr engagiert zu Wort gemeldet haben und die Veränderung ihrer Verwaltungslandschaft auf kommunaler Ebene intensiv mitdiskutiert haben.

Herr Köbler, wir werden dies allein mit 2 Millionen Euro an Entschuldungshilfe unterstützen. Ich glaube, das ist ein Argument, das man vor Ort gerne sieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die wichtigste Zahl heute ist folgende: Wir haben bisher 31 Landesgesetze im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform I auf den Weg gebracht. Diese 31 Landesgesetze erfassen sieben verbandsfreie Gemeinden, 37 Verbandsgemeinden mit eigenem Gebietsänderungsbedarf sowie 22 Verbandsgemeinden ohne eigenen Gebietsänderungsbedarf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt, mit diesem Gesetz haben wir 70 kommunale Hauptverwaltungen verändert. Das ist die größte Zahl der Veränderungen. Das ist die größte Gebietsreform seit Anfang der 70er-Jahre. Zwei weitere Gesetze stehen mit den beiden nächsten Punkten der Tagesordnung an, das heißt 72 und 74. Wir sind noch nicht am Ende der ganzen Initiative.

Ich will deswegen an dieser Stelle ganz herzlich Herrn Abteilungsleiter Fischer danken und auch Herrn Schröder. Den kann man im besten Sinne des Wortes als Kümmerer bezeichnen. Ich weiß, wie oft er mit den Matadoren vor Ort sehr intensiv diskutiert hat und wie intensiv aus der Abteilung heraus Beratung geleistet wird. Das ist ein schönes Gefühl für einen Minister. Das will ich rund um die Zahl 70 ausdrücklich sagen dürfen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung, da der Gesetzentwurf die unmittelbare Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/6490 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

## Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Rheinböllen und Simmern/Hunsrück

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7000 – Erste Beratung

Der Ältestenrat hat beschlossen, die erste Beratung ohne Aussprache durchzuführen. Ich gehe davon aus, es erfolgt auch keine Einbringung durch die Landesregierung.

(Staatsminister Roger Lewentz: Nein!)

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7000 – an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es hebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

## Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Altenkirchen (Westerwald) und Flammersfeld

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7001 –
Erste Beratung

Der Ältestenrat hat beschlossen, die erste Beratung ohne Aussprache durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung auf eine Einbringungsbegründung verzichtet.

(Staatsminister Roger Lewentz: Ja!)

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7001 – an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es hebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

#### **Agrarbericht 2018**

Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 17/6980)

gemäß Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich darf zur Wortmeldung aufrufen. – Ich erteile Herrn Steinbach für die Fraktion der SPD das Wort.

#### Abg. Nico Steinbach, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Agrarberichts 2018, welcher das Wirtschaftsjahr 2016/2017 unserer rheinlandpfälzischen Landwirtschaft betrachtet.

Unsere Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist sehr breit aufgestellt, vom Weinbau über die Milchwirtschaft, vom Ackerbau bis zum Gartenbau. Aber auch mit Veredelungsbetrieben, Gemüse und Obst ist es eine sehr breite Palette vom Anbau hochwertiger Lebensmittel. Beim Weinbau sind wir sogar mit Zwei Dritteln der Anbaufläche in Deutschland nicht ohne Grund das Weinbauland Nummer 1 und überzeugen regelmäßig mit Spitzenqualitäten.

Wir bekennen uns ausdrücklich zur bäuerlichen Landwirtschaft und dem besonderen gesellschaftlichen Wert, zum einen für die Nahrungsmittelproduktion und zum anderen aber auch für den Erhalt unserer wichtigen Kulturlandschaften. Die Landwirtschaft ist identitätsstiftend für unser ganzes Land mit einer breiten Ausstrahlung in viele Sektoren. Ich nenne beispielsweise den Tourismus. Was wäre der Tourismus bzw. – ich übertreibe ein bisschen – die Enquete-Kommission ohne die Landwirtschaft, die die Kulturlandschaft unterhält, sie pflegt und damit die Attraktivität unseres Landes erhält.

Wir erkennen jedoch auch, dass die Branche vor großen Herausforderungen steht und die Betriebe heute davor stehen, richtige und wichtige Weichen für eine gute betriebliche Zukunft zu stellen und eine gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten oder ausbauen zu müssen. Dies betrifft insbesondere aktuell die Bereiche und die Diskussionen um nachhaltige Produktionsprozesse, Tierwohlkennzeichnung, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, aber auch die starke Präsenz der digitalen Technik. Von der Verwaltung, sprich von der Beantragung der Agrarsubventionen bis hin zur Förderung von Produktionstechniken ist die Landwirtschaft eine Branche, die im Tagesgeschäft digitale Prozesse in der Produktion und Verwaltung wie selbstverständlich nutzt.

Hier wollen wir Landwirte durch konkrete Fördermaßnahmen praktisch unterstützen. Ich nenne beispielsweise die schon oft angesprochenen Investitionsförderungen in digitale Technik, aber auch praktische Hilfen wie zum Beispiel die kostenfreie Zurverfügungstellung des SAPOS-Korrektursignals, um die digitale Technik entsprechend auf dem Acker einsetzen zu können und damit auf der einen Seite die Produktivität steigern zu können und auf der anderen Seite die Anforderungen an Umwelt und Naturschutz

durch sehr effektiv gesteuerte Ausbringungstechniken und Maßnahmen zum Beispiel im Pflanzenschutz, aber auch bei der Düngerausbringung realisieren zu können.

Jedoch steht die Landwirtschaft weiterhin vor einer großen Herausforderung, nämlich auskömmliche Verkaufspreise für ihre hochwertigen Produkte zu erzielen. Hier ist und bleibt die Marktdominanz des Lebensmitteleinzelhandels weit oben auf der Agenda und beschäftigt uns regelmäßig in dieser Diskussion.

Aktuell richten wir sehr konkret die Augen auf die Diskussionen und Verhandlungen zur anstehenden GAP-Reform für die Förderperiode ab 2021. Hier gilt es insbesondere, gezielte Förderungen für die landwirtschaftliche Produktion zu sichern und unsere rheinland-pfälzische Landwirtschaft weiterhin zu unterstützen.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt den Vorsitz)

Ich nenne hier nur beispielsweise einen Ausgleich für die erschwerten Produktionsbedingungen, unser Ziel, eine flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten, aber auch – bedingt durch die Erfahrungen der letzten Sommermonate – im Bereich Risikomanagement den mit Sicherheit immer wieder vorkommenden Kalamitäten gemeinsam mit der Branche zu begegnen, sie dabei mit innovativen Möglichkeiten zu unterstützen, aber auch gute Perspektiven insgesamt für unseren ländlichen Raum zu erhalten und zu gestalten.

Da kann es nur von Vorteil sein, dass unser Agrarminister Volker Wissing im kommenden Jahr den Vorsitz der Agrarministerkonferenz übernehmen darf, um unsere Interessen dieser bäuerlichen Landwirtschaft, wie wir sie uns vorstellen, auch durchzusetzen.

In Anbetracht der Zeit komme ich zum Schluss. Heute ist die Bundeslandwirtschaftsministerin Frau Klöckner vor die Presse getreten und hat die Dürrehilfen für existenzbedrohte Betriebe vorgestellt. Ich glaube, wir können sehr froh sein, dass Rheinland-Pfalz und das Saarland in dieser Form nicht betroffen sind; wir haben aktuell keine existenzbedrohten Betriebe in Rheinland-Pfalz. Ich verweise aber nochmals auf das, was ich gerade gesagt habe:

(Glocke der Präsidentin)

Dieses Thema wird uns in Zukunft immer weiter beschäftigen. Umso wichtiger bleibt der Verweis auf die Risikovorsorge.

Die wirtschaftliche Lage hat sich leicht verbessert,

(Glocke der Präsidentin)

muss sich allerdings in Zukunft entsprechend den Marktpreisen noch weiter verbessern.

Ich danke allen, dem Ministerium, für die Erstellung des Berichts und freue mich auf die Veranstaltung gleich im Anschluss

(Heiterkeit des Abg. Marco Weber, FDP)

und auf einen guten Dialog

(Glocke der Präsidentin)

mit der landwirtschaftlichen Branche --

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

#### Abg. Nico Steinbach, SPD:

– und der Landwirtschaftskammer.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Arnold Schmitt das Wort. Bitte schön.

#### Abg. Arnold Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner hat heute für die Bundesregierung eine nationale Notlage für die Landwirtschaft anerkannt und 340 Millionen Euro Hilfe für unsere landwirtschaftlichen Betriebe in der Republik zugesagt.

(Abg. Marco Weber, FDP: Zu wenig!)

- Herr Weber.

Die eine Hälfte soll der Bund, die andere sollen die Länder bezahlen. Wie es sich im Detail entwickelt, muss man in den nächsten Tagen abwarten.

Aufgrund der Entwicklung im ganzen landwirtschaftlichen Bereich, auch hier bei uns in Rheinland-Pfalz, ist der Agrarbericht für das Wirtschaftsjahr 2016/2017 natürlich ein bisschen eine Nachricht von gestern. Trotzdem lohnt es sich, genau hinzuschauen, weil doch einige Punkte etwas näher beleuchtet werden müssen.

Herr Minister, die CDU-Fraktion gibt Ihnen absolut recht, wenn Sie die Forderung aufstellen, dass die Direktzahlungen unverzichtbar sind. Wir hoffen, dass das auch die Haltung der ganzen Landesregierung ist, Frau Ministerpräsidentin.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es gibt nur eine Landesregierung!)

weil Ihre Mit-Ministerin Frau Höfken in den letzten Jahren immer dafür gekämpft hat, dass die Mittel aus der ersten Säule zugunsten der zweiten Säule umgeschichtet werden.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das stimmt nicht!)

Was würde geschehen, wenn das Land dazu einmal ab-

stimmen müsste? Herr Minister, unsere Unterstützung haben Sie.

(Ministerpräsident Malu Dreyer: Herr Schmitt, aber das stimmt nicht!)

 Frau Höfken hat immer dafür gekämpft, dass Mittel aus der ersten Säule genommen und in die zweite umgeschichtet werden; hier am Rednerpult des Öfteren.

(Zurufe aus dem Hause)

Die schlechten Aussichten im Konjunkturbarometer sind ja auch nicht immer so vom Himmel gefallen. Sie sind auch Ausdruck der Politik, die die Landesregierung macht. Investitionen werden auch in der Landwirtschaft, Herr Minister, nur getätigt, wenn es eine verlässliche Politik gibt.

Das Beispiel des früheren Eigenbetriebs Weinbaudomäne Avelsbach in Trier zeigt doch ganz deutlich, dass die Landesregierung nicht so ganz weiß, was sie in der Agrarpolitik will. Erst wird der Betrieb eigenwirtschaftlich gemacht, dann Öko, dann verpachtet, aber mit der Auflage Öko, jetzt verkauft, aber ohne Öko.

(Abg. Marco Weber, FDP: Das steht aber nicht im Agrarbericht!)

So kann man mit einem ehemaligen Vorzeigebetrieb, gerade im Bereich des Weinbaus, eigentlich nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Verlässlichkeit und Bürokratieabbau, das sind sicherlich die wichtigsten Forderungen, die unsere Landwirte derzeit stellen. Daher sollte man nicht immer nur mit dem Zeigefinger auf Europa deuten und mit Verlässlichkeit und Bürokratieabbau vor allem in der eigenen Landesverwaltung anfangen. Auch eine gute Organisation der Landesverwaltung gehört dazu.

Wenn mir dann zum Beispiel einige Winzer mitteilen, dass sie zwar einen Bescheid für eine Investitionsförderung haben, aber dann ein halbes Jahr lang kein Geld ausgezahlt wird, liegt das an der Arbeitsweise der Landesverwaltung, und die Verlässlichkeit gegenüber der Landesregierung leidet.

Wenn der Minister weiter schreibt, dass die Betriebe "Beratung und Wissenstransfer" brauchen, dann frage ich mich, wo sich das in der Personalpolitik der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum widerspiegelt. Hier werden Beratungsstellen gestrichen, wird Forschung zurückgefahren, und auch die Ausbildung wird weiter ausgedünnt. Schön reden, aber anders handeln.

"Familiengeführte, selbstständige Unternehmen, die sich ressourcenschonend dem Tierwohl und dem Schutz der Natur verpflichten" – das, so schreiben Sie, Herr Minister, sei das Leitbild. Ich beschreibe Ihnen einmal eine Familie, die diesen Anforderungen gerecht werden soll. Vater:

(Abg. Marco Weber, FDP: Mutter!)

Jurist wegen der vielen Gesetze und Verordnungen, die es einzuhalten gilt. – Mutter, Herr Kollege Weber: Finanzwirtin

wegen der Bürokratie bei den Direktzahlungen und Prämien sowie für die Führung der unterschiedlichen Nachweise und Dokumentationen. – Kinder: Betriebswirt, damit sich der Betrieb auf internationalen Märkten behaupten kann, ein gutes Marketing hat und sich auch lokal positioniert und Personal rekrutieren kann. – Nur, Bauer ist dann keiner mehr.

Der Bericht zeigt auch den Rückgang der Betriebe auf. Im Jahr 1999 hatten wir noch 35.500 landwirtschaftliche Betriebe, im Jahr 2007 noch 25.500, im Jahr 2017 nur noch 17.100. Diesen Trend, Herr Minister, gilt es unbedingt zu stoppen.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da hat er recht!)

Es ist gut, Herr Minister Wissing, wenn Sie erkennen, dass sich die Politik zu einem umweltverträglichen Einsatz von Pflanzenschutz bekennen muss; denn die Politik Ihrer Koalitionspartner im Bezug auf Pflanzenschutz zeigt eher, dass man diesen verteufelt und am liebsten ganz abschafen will. Es wäre schön, wenn Sie sich hier gerade gegen die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchsetzen würden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Och je!)

Die Festlegung der Landesregierung auf 20 % Ökoflächen ist Planwirtschaft. Die Rückgänge der Einkommen im Ökobereich, von denen Sie auch selbst im Bericht schreiben,

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Sagen Sie mal, was macht eigentlich Ihre Bundeslandwirtschaftsministerin?)

kommen aber auch daher, dass der Markt gesättigt ist. Höhere Einkommen für Öko, Frau Ministerin,

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Das war das Bundesziel! Hallo!)

erzielt man nur, wenn man in der Nische arbeitet und diese Nische nicht vergrößert. Daher wäre es für einen FDP-Minister doch zutreffend, wenn er sich auf den Markt besinnt, der diese Dinge schon regelt.

(Abg. Marco Weber, FDP: Wie in Avelsbach!)

Dann können sich die Betriebe, die höhere Produktionskosten haben, auch mit höheren Preisen durchsetzen, und dann funktioniert der Markt wieder und erfüllt seine Funktion.

(Beifall der CDU)

Es bleibt zu wünschen, dass wir zukünftig auch hier etwas über die Ausbildung in den grünen Berufen lesen können – Schülerzahlen, Studenten – und darüber, ob die Mittel für die Ausbildung noch ausreichen. Wie steht es mit den Ausbildungsstandorten in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum oder an den Hochschulen in Geisenheim und Neustadt?

Diese Forderung habe ich wortgleich schon im Jahr 2015 in meiner Rede zum Agrarbericht erhoben, aber im Agrar-

bericht ist leider immer noch nichts dazu zu lesen, obwohl die Nachwuchssituation gerade angesichts der zurückgehenden Zahl der Betriebe ein wichtiges Thema wäre.

Ein wichtiges Thema ist sicherlich auch die Gestaltung der neuen Förderperiode von 2021 bis 2028, Herr Minister. Wir freuen uns zu sehen, dass Sie sich hier für unsere Landwirte und Winzer im Land einsetzen werden. Auch für die kommende Rolle als Vorsitzender der Agrarministerkonferenz wünschen wir Ihnen viel Erfolg und alles Gute. Tun Sie Ihr Bestes, damit der Schrumpfungsprozess unserer Betriebe endlich gestoppt wird.

Die Regierungsfraktionen danken ja häufig der Landesregierung für diese Berichte. Die CDU-Fraktion dankt aber unseren Bauern und Winzern.

(Zuruf aus dem Hause: Wow!)

Sie produzieren trotz hoher Auflagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hochwertige Lebensmittel, sind Vorreiter bei den erneuerbaren Energien, indem sie das Land für Windkraft und Sonnenenergie zur Verfügung stellen und selbst nachwachsende Rohstoffe anbauen. Und für unsere ganze Gesellschaft

(Glocke der Präsidentin)

pflegen Sie auch noch die wunderbaren Kulturlandschaften, die Rheinland-Pfalz erst so besonders machen.

Danke schön.

(Beifall der CDU – Abg. Michael Billen, CDU: Sehr gut!)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion hat Dr. Böhme das Wort.

## Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete und Regierungsmitglieder! Der Agrarbericht der Landesregierung 2018 brachte in Form und Inhalt das Erwartbare. Abseits des Themas GAP-Reform, welches ja noch etwas unausgegoren ist, ist er eigentlich keine größere Debatte wert.

Man sollte sich jedoch Gedanken über die Zukunft dieses Agrarberichts machen. Er ähnelt eher einem Konvolut als einer stringenten Berichterstattung. Viele Angaben sind redundant. Die Tabellen im Anhang sind nicht ausreichend beschriftet. Die Zuordnung zu den Quellen ist nicht offensichtlich. Angaben zu Rheinland-Pfalz muss man sich aus der Fülle der globalen europäischen und deutschlandweiten Informationen oft erst heraussuchen.

Insgesamt ist das Arbeiten mit dem Bericht umständlich und zeitaufwendig. Auch hier gilt: Weniger ist mehr. Die rheinland-pfälzischen Daten könnten vorangestellt und weitestgehend in Tabellenform zusammengefasst werden. Danach erst sollte man sie im Kontext globaler Entwicklungen erörtern. Das würde auch eine bessere Vergleichbarkeit

zwischen konventionellem und ökologischem Landbau in Rheinland-Pfalz ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Außerdem liest man wenig über die Tätigkeit der Landesregierung im Hinblick auf bestehende Herausforderungen. Ich schlage also vor, Aufbau und Inhalt zukünftiger Agrarberichte im Agrarausschuss zu beraten.

Zum Inhalt des Berichts: Der Strukturwandel in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft schreitet voran und ist so unabwendbar wie der Klimawandel. – Richtig ist aber, dass man ihn gestalten muss. Es wäre also gut, im Bericht mehr über die Investitionstätigkeit der Betriebe zu erfahren; denn diese gibt Auskunft über die Zukunft. Ein Betrieb, der nicht mehr investiert, steht entweder mit dem Rücken an der Wand, vor dem Verkauf oder beides.

Im Bericht findet man jedoch nur einen Verweis auf die Eigenkapitalbildung und einen zur Zurückhaltung bei Investitionen. Interessant wäre hier zu erfahren, ob subventionierte Investitionen in den Folgejahren zu Verbesserungen des Betriebsergebnisses beigetragen haben.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Auch bei Investitionen wird die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wesentliche Impulse setzen. Entscheidend ist aber, ob die Betriebe ihre Investitionen überhaupt amortisieren können, und das hängt von Auflagen und Marktpreisen ab.

Im Vorwort zum Agrarbericht hat es Minister Wissing sehr salomonisch ausgedrückt. Er schreibt: "Ergebnisorientierung statt Reglementierung – so die neue Richtung." Was aber genau heißt das, meine Damen und Herren? Man sprach von einer drohenden Kürzung des Agrarbudgets um 10 %. Aber das ist noch nicht alles. Schauen Sie doch mal genauer hin. Das Stichwort heißt "Klimaschutz". "Größere Ambitionen beim Umwelt- und Klimaschutz", so steht es in der Pressemitteilung der Kommission vom 1. Juni 2018 unter Punkt 3.

Mindestens 30 % der nationalen Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums sind dem Umwelt- und Klimaschutz gewidmet. 40 % der Gesamtmittel der GAP sollen zum Klimaschutz beitragen. 15 % der Zahlungen der Säule 1 sollen die Mitgliedstaaten zusätzlich von Säule 1 auf Säule 2 übertragen können, für Umwelt- und Klimaschutz.

Die Stoßrichtung ist klar: GAP-Subventionen werden in Zukunft weniger flächenbezogene Direktzahlungen sein, welche sich bisher im Wesentlichen als Gewinn der Betriebe niedergeschlagen haben. Nein, sie werden zukünftig eher als Aufwandsentschädigungen daherkommen, welche für zu tätigende Investitionen und Mehraufwand auf den Betrieben zu zahlen sind. Damit sind sie in Bezug auf das Betriebsergebnis kein Gewinn mehr.

Die Verluste für die Betriebe im Hinblick auf die Subventionen werden also nicht bei 10 %, sondern wesentlich höher liegen. Der Landwirt als Klimawirt – Herr Professor Taube aus Kiel reibt sich sicher schon die Hände. Sein Traum, unser Albtraum, wird wahr.

(Beifall der AfD)

Die passende Phrase dazu steht übrigens im Agrarbericht, Seite 2. Der Minister schreibt: "Vor diesem Hintergrund ist die Landwirtschaft, sind der Berufsstand und auch die für die Landwirtschaft, die Agrarpolitik und die Entwicklung der ländlichen Räume zuständigen öffentlichen Verwaltungen und Ressorts gut beraten, sich zur Zukunft des Agrarsektors rechtzeitig zu positionieren (...)."

Was heißt das, meine Damen und Herren? Rette sich, wer kann!

(Beifall des Abg. Joachim Paul, AfD)

Noch ein Wort zum Ökolandbau. Der kommt natürlich im Bericht sehr gut weg. Und in der Tat, bundesweit ist der Gewinn der Ökobetriebe bei vergleichbarer Anbaufläche ca. 9.000 Euro höher. Allerdings haben diese Betriebe im Schnitt auch 26.000 Euro mehr Förderung bekommen.

Das Betriebsergebnis vor Subventionen ist also um 17.000 Euro geringer als im konventionellen Landbau. Solche Aussagen findet man im Agrarbericht nur, wenn man danach sucht, und ganz weit hinten in den Tabellen. Inwieweit es sozial gerecht ist, dass die vierköpfige Arbeiterfamilie mit ihren Steuern den Ökolifestyle der kinderlosen DINK-Familie finanziert,

(Beifall der AfD – Heiterkeit der Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Joachim Paul, AfD: Sehr gut!)

das sollten wir vielleicht im Sozialausschuss einmal beraten, meine Damen und Herren.

Die Frage ist auch, inwieweit die Ausdehnung des Ökolandbaus das GAP-Budget überproportional belastet und woher das Geld dann kommt. Die Zuckerindustrie hat allerdings der Ausweitung des Ökorübenanbaus letzte Woche in Worms aus wirtschaftlichen Gründen eine Absage erteilt. Die Hoffnung aus dem Agrarbericht wird sich also nicht erfüllen.

Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion wünscht allen Landwirten in Rheinland-Pfalz viel Geduld, Glück und Kraft bei den kommenden Herausforderungen. Wir sind immer als Ansprechpartner für sie da.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Weber das Wort.

#### Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass möchte ich, bevor ich auf den Agrarbericht eingehe, einige Sätze über die

aktuelle Situation der Landwirtschaft sagen und die Entscheidungen der Frau Bundesministerin heute ansatzweise kommentieren.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine glückliche Lage, bzw. wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, während sich die Situation in anderen Bundesländern dramatisch darstellt. Wir konnten einigermaßen zufrieden die Getreidernte einfahren. Wir haben bei den Grünlandbeständen mit den ersten beiden Schnitten ganz gute Ernteergebnisse erzielt. Wir haben auch die Maisbestände einigermaßen aut stehen.

Wir haben aber dennoch die eine oder andere Herausforderung, dass nämlich gerade die viehhaltenden Betriebe Futterengpässe haben. Von daher war es gut, dass unser Minister Dr. Wissing schnell und pragmatisch gehandelt und zum einen die Vorrangflächen für die Futternutzung freigegeben hat. Zum anderen wurden auch im Zusammenspiel mit der Bundesregierung die Greening-Flächen für die Futternutzung freigegeben. Das ermöglicht gerade den rindviehhaltenden Betrieben die Möglichkeit, dort Futter zu gewinnen und die fehlenden Reserven aufzubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten dieses Jahr bestimmte Wetterereignisse, Starkregenereignisse und Unwetter, die für die Landwirtschaft eine Herausforderung waren. Wenn wir uns jetzt diese Trockenheit anschauen, dann glaube ich, müssen wir uns Gedanken über eine Ernteausfallversicherung machen, nicht nur deutschlandweit, sondern auch EU-weit, damit die Landwirte nicht als Bittsteller dastehen, wie es momentan in der Öffentlichkeit kommuniziert wird. Vielmehr sollten die Landwirte mit Unterstützung der Politik mit einem Anreiz eine Versicherung abschließen können, um sich solchen Situationen stellen zu können und dann in Eigenverantwortung die Probleme bzw. den Ausgleich über ein Versicherungswesen hinzubekommen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Agrarberichts zeigt eines: Wir haben eine Steigerung der Gewinne. – Wir sind aber auf einem Niveau der Jahre 2006/2007. Ich nenne eine prägnante Zahl des Tages. Der Innenminister hat eben zwar gesagt, er hätte die prägnante Zahl des Tages, aber ich behaupte jetzt einmal, ich sage die prägnante Zahl des Tages. Das ist die Entlohnung des Landwirts in Rheinland-Pfalz bzw. auch bundesweit. Sie beträgt 12 Euro. Bei diesen 12 Euro pro Stunde – das weist der Agrarbericht aus – sind die Lebenshaltungskosten noch nicht berücksichtigt.

(Abg. Michael Billen, CDU: Netto oder brutto?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe mittlerweile eine Größenordnung und ein Know-how haben, das dementsprechend mehr Stundenlohn verdient als die 12 Euro, so komme ich auch auf den Ansatz, dass unsere Lebensmittel einfach mehr wert sein müssen.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU) Unsere Lebensmittelproduktion muss einen anderen Stellenwert bekommen. Ich kann nur die Forderung unterstützen, dass sich die Erzeugerpreise verdoppeln müssen. So können wir die jungen Leute nicht weiter in der Landwirtschaft halten und motivieren.

Wir brauchen auch eine andere Debatte in der Öffentlichkeit. Wir müssen eine ehrliche Debatte in der Öffentlichkeit führen. Da ist das Bild des Landwirts momentan nicht zu akzeptieren.

Die Debatte stellt sich so dar, dass die Landwirte oft als Schwerkriminelle dargestellt werden.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Was? – Zurufe im Hause)

Die Landwirte werden so "gut" dargestellt – das muss man einmal so deutlich sagen –, dass sie schlimmer dastehen als der eine oder andere Drogendealer in Berlin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das haben die Landwirte nicht verdient. Die Landwirte bewirtschaften ihre Flächen, ihre Kulturlandschaft verantwortungsvoll und nachhaltig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie sind Landschaftspfleger, sie sind Lebensmittelproduzenten, sie schützen die Natur, und sie pflegen die Natur.

Die Landesregierung hat in den letzten zwei Jahren wegweisende Maßnahmen eingeleitet. Sie hat zum Beispiel – das ist schon erwähnt worden – bundesweit die Geo-Box vorangetrieben. Sie hat dementsprechend das kostenlose SAPOS-Signal eingeführt. Sie ist im Smartfarming-Bereich bundesweit gerade mit der Dienststelle in Bad Kreuznach sehr führend unterwegs.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Dank an die Mitarbeiter des DLR, der Landwirtschaftskammer und allen, die im landwirtschaftlichen Bereich unterwegs sind und die Betriebe beraten, was sie in ihrer Unternehmensführung noch besser machen können, wie sie noch besser werden können, zum Ausdruck bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann nur hoffen und wünschen, dass sich die Betriebsergebnisse weiter verbessern und wir im nächsten Jahr ein normales wettertechnisches Jahr haben.

(Glocke der Präsidentin)

Der Super-GAU könnte eintreten, wenn wir die nächste Unwetter-, aber auch vielleicht Trockenphase im Folgejahr hätten und somit die nächsten Probleme da wären.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

#### Abg. Michael Billen, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Ich bin kein Schwerverbrecher. Ich bin Bauer. Ich sage es noch einmal, es ist Quatsch, dass wir so in der Öffentlichkeit stehen. Das stimmt nicht. Die Bauern haben ein gutes Ansehen in der Öffentlichkeit. Es wird hier und da versucht, dies kaputtzureden. Aber die Bauern haben ein gutes Ansehen.

Sie haben auch in den Dörfern ein gutes Ansehen. Es gibt einmal den einen oder anderen Bauern, der meint, er müsste fünf Sandsäcke Gülle um ein Hotel fahren. Der hat kein gutes Ansehen, er hat es aber auch nicht verdient, dass er ein gutes Ansehen hat. Das muss man dann auch sagen.

(Beifall der CDU)

Die Bauern haben ein gutes Ansehen. Ich arbeite nicht mit meinen Söhnen, meinen Patenjungen und meinem Bruder für 5 Euro die Stunde. Ich verdiene mehr,

(Zurufe aus dem Hause: 12!)

auch als Bauer. Ich sage das ganz offen. Ich verdiene mehr. Für 5 Euro wären meine Söhne nicht im Betrieb geblieben.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: 12! – Weitere Zurufe aus dem Hause: 12!)

auch das sage ich ganz offen, damit das klar ist. Ihr nehmt immer die Allgemeinheit im Agrarbericht. Die AfD muss ruhig sein. Sie ist gegen jede Subvention.

(Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

 Ja, was denn hier heute? Doch, doch! Sie haben hier gesagt, Sie wären gegen die Subventionen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie müssen ordentlich zuhören!)

Jetzt seid Ihr wieder dafür, wenn einer quergeholt wird?
 Das ist immer dasselbe mit Euch.

Noch einmal: Die Bauern verdienen ihr Geld auf dem Acker. Darum war es auch richtig, das heute anzusprechen. Was hat Herr Weber heute gesagt? Wir haben ein Dürreproblem. Das ist in Rheinland-Pfalz lösbar. Ja, das sind Ertragseinbußen. Die hat man als Unternehmer. Ertragseinbußen! Insofern ist es in Rheinland-Pfalz machbar. Den Futterbaubetrieben wird geholfen. Auch das ist machbar. Das ist sauber.

Nur müssen wir Bauern im Endergebnis aufpassen – da liegt die Crux –, wie wir uns in der Öffentlichkeit darstellen. Wir sind keine Bittsteller. Wir sind sauber arbeitende Menschen. Unser größtes Problem ist eine urbane Gesellschaft, die von Natur überhaupt nichts mehr versteht, Herr Weber. Das ist unser größtes Problem.

(Beifall der AfD)

Sie erklären uns, wie man Ackerbau und Viehzucht zu betreiben hat, wissen aber nicht, dass die Milch nicht aus der Packung kommt, sondern aus dem Euter der Kuh. Sie wissen nicht, woher das Fleisch kommt. Insofern ist meine Bitte, stellen wir uns offensiv dar und kämpfen gegen andere Dinge. Kämpfen wir gegen Sendungen wie "Bauer sucht Frau" von RTL. Dort wird eine Landwirtschaft dargestellt, die es in Rheinland-Pfalz Gott sei Dank nur noch minimal gibt. Sie finden in Rheinland-Pfalz nur noch zwei Bauern, die das so machen.

Insofern meine herzliche Bitte, stellen wir uns offensiv dar. Wir sind keine Verbrecher. Wir tun, was richtig ist.

(Glocke der Präsidentin)

Der Agrarbericht ist, wie er ist. Es ist jedes Jahr dasselbe. Mehr Geld bekommen die Bauern dafür nicht in die Tasche.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Ich erteile dem Abgeordneten Weber zur Erwiderung des Wort.

#### Abg. Marco Weber, FDP:

Frau Präsidentin, Herr Kollege Billen! Ich habe nicht von 5 Euro gesprochen, ich habe von den 12 Euro gesprochen, die im Agrarbericht ausgewiesen sind.

Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir von einem Durchschnittseinkommen – Einkommen, das heißt, dass die Lebenshaltungskosten und die Versicherungen und sonst noch alles abgeht – über alle Bereiche von 35.000 Euro des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebes in Rheinland-Pfalz sprechen, dann behaupte ich, dass Ihre Enkel für dieses Geld Ihren Betrieb und den Ihres Bruders und Ihrer Söhne nicht weiterführen werden, weil sie in anderen Berufen und bei anderen Einkommen größere Alternativen und größere Einkommensmöglichkeiten finden werden.

Ein landwirtschaftlicher Betrieb, in dem der Landwirt Lebensmittel herstellt, hat mehr verdient als durchschnittlich 35.000 Euro. Ich behaupte auch, dass es in Deutschland die sichersten Lebensmittel sind, die weltweit hergestellt werden. Sie haben mehr verdient.

Sonst verstehe ich auch den Antrag Ihres Kollegen Zehfuß im Landwirtschaftsausschuss nicht, der gerade darauf abzielt, einen Mehrwert landwirtschaftlicher Produkte – politisch dementsprechend in der Diskussion – und eine Besserstellung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinzubekommen. Aber im Geiste sind wir klar und selbstbewusst als Landwirte, Herr Billen. Letzte Woche waren es drei Landwirte aus meinem Kreis bzw. aus dem Kreis Trier-Saarburg, die über 100 Kühe haben und aufgegeben haben. Es waren in einer Woche drei Betriebe mit über 100 Kühen pro Betrieb weniger. Das sind Zeichen und Tendenzen, gegen die wir angehen müssen.

Wir können das am besten angehen, indem wir den Leu-

ten noch einmal sagen, welchen Wert unsere Arbeit als Landwirte hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Jutta Blatzheim-Roegler das Wort.

# Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Agrarbericht, der uns seit der letzten Woche vorliegt. Festzuhalten ist auf jeden Fall erst einmal von unserer Seite ein Dankeschön an diejenigen, über die geschrieben wird, nämlich die Bäuerinnen und Bauern, die Winzerinnen und Winzer, die dazu beitragen, dass Lebensmittel in Rheinland-Pfalz erzeugt werden, von denen wir leben.

Die Landwirtschaft hat in Rheinland-Pfalz eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung, ist aber auch ein kultureller Faktor. Ich möchte jetzt nicht in die einzelnen Zahlen und Tabellen hineingehen. Das ist zum Teil schon erwähnt worden.

Ein Fazit ist, immer weniger Betriebe bewirtschaften immer größere Flächen. Die Einkommenssituation ist in der gesamtwirtschaftlichen Landwirtschaft ungenügend und unterliegt sehr starken Schwankungen, abhängig von Agramärkten, dem Klima und vielen anderen Faktoren, die für den einzelnen Erzeuger überhaupt nicht oder nur schwer kalkulierbar sind.

Ich stimme auch denjenigen zu, die schon erwähnt haben, dass die Erzeugerpreise nicht fair sind. Darüber haben wir an dieser Stelle schon mehrfach diskutiert. Ich glaube, die Landwirtschaft und die Politik können zum Beispiel gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel nur gemeinsam etwas erreichen. Das ist eine Aufgabe, die ich vor uns sehe.

Hervorheben möchte ich aber trotzdem, dass sich die Einkommenssituation im Durchschnitt in der Landwirtschaft im letzten Jahr verbessert hat.

Ansonsten möchte ich noch konkret auf zwei Themen eingehen, den ökologischen Anbau und die Abhängigkeit von klimatischen Veränderungen. Beides sind Themen, die auch im Agrarbericht angesprochen werden.

Zum Thema Öko: Auf Seite 26 können Sie nachlesen, dass die ökologisch bewirtschaftete Fläche im Jahr 2017 insgesamt fast 70.000 ha erreicht hat, die von rund 1.500 Betrieben bewirtschaftet wurden. Das sind knapp 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche und wieder einmal ein Rekord in Rheinland-Pfalz, was die Fläche, aber auch die Betriebsteile angeht.

Damit – auch das ist herauszustellen – wachsen wir im bundesdeutschen Vergleich besonders stark an; denn im

bundesdeutschen Durchschnitt liegt die Wachstumsrate bei 8.2 %.

An dieser Stelle möchte ich sowohl dem zuständigen Minister, als auch unserer Umweltministerin Ulrike Höfken danken, die immer großen Wert auf gute Rahmenbedingungen für dieses Wachstum legt.

(Abg. Johannes Zehfuß, CDU: Da gehen die Arme hoch!)

Erstmals ließen sich im vergangenen Jahr über 10 Milliarden Euro mit ökologisch erzeugten Produkten erwirtschaften. Aber das reicht immer noch nicht, noch immer importieren wir Öko-Lebensmittel. Ich sage ganz deutlich, es kann nicht im Sinne des Klimas sein, wenn wir die Äpfel aus Neuseeland importieren.

Wir müssen auch weiterhin strikt auf die Förderung der ökologischen Landwirtschaft setzen und das 20 %-Ziel bald erreichen. Dazu brauchen wir weiterhin die Unterstützung vom Bund und der EU.

Die Einkommenssituation bei ökologisch wirtschaftenden Betrieben hat sich weiter positiv entwickelt und liegt über der der konventionell wirtschaftenden Betrieben.

(Abg. Arnold Schmitt, CDU: Da ist doch ein Minus! Steht im Bericht!)

Das zeigt uns, dass sich Bio lohnt, in Rheinland-Pfalz eine Zukunft hat und sich eine Umstellung unter dem Strich auch für die Landwirte lohnt.

An dieser Stelle: Steuermittel für den Umbau zu einer umweltfreundlichen und klimaschonenden Landwirtschaft eher als Vorsorge denn Zahlungen als Nachsorge.

Zum Thema Klima: Noch nie haben wir deutschlandweit eine dermaßen ausgeprägte Trockenheit erfahren.

(Unruhe im Hause – Glocke der Präsidentin)

# Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Geräuschpegel nimmt immer mehr zu. Würden Sie ihn ein bisschen absenken, damit die Kollegin noch durchdringt? – Danke schön.

# Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNFN:

Gott sei Dank sind wir in Rheinland-Pfalz sozusagen mit einem blauen Auge davongekommen. Wir sind durchaus damit einverstanden und begrüßen es, dass auf Bundesebene heute die Entscheidung getroffen wurde, in ihrer Existenz bedrohten Landwirtinnen und Landwirten unter die Arme zu greifen. Wir befürworten auch, dass dafür öffentliche Gelder des Steuerzahlers genutzt werden.

Aber auch die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und auf künftige extreme Wetterereignisse gut vorbereitet sein. Ich weiß nicht, wer am Sonntagabend die Sendung mit Anne Will und unter anderem

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner gesehen hat. Dort war auch Professor Schellnhuber zu Gast. Er hat sehr deutlich gemacht, dass wir, wenn es ein "Weiter so" gibt, nicht nur nicht erreichen,

(Glocke der Präsidentin)

dass sich die Atmosphäre weniger als 2 Grad Celsius aufheizt, sondern dann sogar mit 4 oder 5 Grad Celsius rechnen müssen.

Deswegen sagen wir, dass es ein "Weiter so" nicht geben darf.

(Glocke der Präsidentin)

sondern wir bei den Zahlungen und den Steuermitteln darauf achten, dass sie zu einem Umbau der Landwirtschaft in Richtung Bio und Öko führen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Wissing das Wort.

# Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Besten Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Agrarbericht 2018 erscheint zu einem wichtigen Zeitpunkt. Wir stehen kurz vor dem Start der europäischen Trilogverhandlungen zu den Legislativvorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Auch national stehen wir auf der Schwelle wichtiger Weichenstellungen. Die Herbstagrarministerkonferenz wird sich schwerpunktmäßig mit der GAP nach 2020 befassen ebenso der Bundesrat.

Wenn wir uns die Einkommenslage der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 2016/2017 anschauen, dann können wir einerseits sagen, endlich hat sich etwas deutlich verbessert. Im längerfristigen Vergleich allerdings stagniert sie bei zunehmend volatilem Verlauf auf dem Niveau der Jahre 2006 und 2007.

In den letzten drei Jahren haben dazu auch die erheblichen Wetterkalamitäten beigetragen. Seit ihren Anfängen setzt sich die GAP bei nach wie vor unveränderter Zielstruktur im Landwirtschaftskapitel des EU-Vertrags mit dem Einkommensziel auseinander. Bis heute ist das Paritätsziel mit außerlandwirtschaftlichen Sektoren nicht erreicht worden.

Mit dem im Wirtschaftsjahr 2016/2017 erzielten Einkommen von 28.474 Euro pro Arbeitskraft in der rheinlandpfälzischen Landwirtschaft im Haupterwerbsbetrieb bei einer Durchschnittsgröße von 66,3 ha können wir sagen, dass die Lage nicht zufriedenstellend ist. Im Vergleich dazu erwirtschafteten die Haupterwerbsbetriebe im Bundesvergleich bei einer durchschnittlichen Fläche von 82,9 ha land-

wirtschaftlicher Nutzfläche ein Einkommen von 408 Euro je Arbeitskraft und Hektar.

Im Haupterwerb des ökologischen Landbaus schnitten mit 442 Euro pro Arbeitskraft und Hektar bei einer Durchschnittsgröße von 89,3 ha landwirtschaftlicher Fläche die ökologischen Betriebe am besten ab. Ich erwähne den Bundesdurchschnitt, weil es keinen Landesvergleich zwischen den beiden Agrarbewirtschaftungsformen gibt.

Wir haben natürlich Freude daran, wenn ökologisch wirtschaftende Betriebe ein hohes Einkommen erzielen. Deswegen finde ich die Debatte, konventionellen und ökologischen Landbau gegeneinander auszuspielen oder aufzuwiegen, nicht mehr zeitgemäß. Weil hier suggeriert worden ist, wir hätten in der Landesregierung damit irgendwelche Probleme, ist zu sagen, die haben wir nicht.

Für mich als Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister muss es beides geben. Es liegt allerdings in der Verantwortung der Betriebe, wie sie sich aufstellen. Es gibt einerseits die Möglichkeit, im ökologischen Landbau höhere Marktpreise zu erzielen, was sehr wichtig zur Stabilisierung der heimischen Landwirtschaft ist, andererseits aber gibt es höhere Risiken. Wir haben das mit der Peronospora-Epidemie erlebt und sehen es beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Aber es liegt in der Verantwortung der Betriebe selbst, wie sie sich aufstellen. Wir jedenfalls verfolgen das Ziel eines 20 %igen Anteils ökologisch wirtschaftender Betriebe, weil wir die Notwendigkeit am Markt sehen.

Darüber gibt es Einigkeit in der Landesregierung. Wenn ich es richtig sehe, verfolgt auch die Bundeslandwirtschaftsministerin das gleiche Ziel auf Bundesebene, wenngleich – es ist hier schon gesagt worden – wir in Rheinland-Pfalz erfolgreicher sind als der Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren, die wichtigsten Agrarmärkte sind nach der Krise zu einer positive Entwicklung mit mittelbis langfristigen nachfragebestimmten Perspektiven zurückgekehrt. Einzig der Zuckermarkt zeigt noch Anpassungsreaktionen im Lichte der beendeten Zuckermarktordnung 2017.

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft unterliegt allerdings infolge ihrer ungünstigen Agrarstruktur und insbesondere unzureichender Betriebsgrößen und als Realteilungsgebiet mit dem größten Strukturwandel in Deutschland. Wenn wir Vergleiche ziehen mit anderen Bundesländern, ist das immer interessant. Das machen wir in vielen Wirtschaftsbereichen, aber es würde keinen Sinn ergeben, Bundesländer zu haben, wenn sie alle exakt gleich wären. Deswegen gibt es sehr unterschiedliche Herausforderungen, und es ist wichtig, regionale, sprich Landesagrarpolitik zu betreiben, weil das, was unsere Betriebe brauchen, andere Anforderungen sind als das, was Betriebe etwa in Ost- oder Norddeutschland brauchen.

Insbesondere die divergierenden Betriebsgrößen machen die rheinland-pfälzische Landwirtschaft zu einer besonderen Herausforderung. Wir sind vom Strukturwandel besonders stark betroffen, was nicht für die Weinbaubetriebe gilt, sondern auch für die übrigen Agrarbetriebe. Der Strukturwandel lässt sich, wie in jeder Branche, auch in der

Agrarwirtschaft nicht aufhalten, aber er bedarf einer Flankierung. Er muss vernünftig gestaltet werden.

Dazu hat die Landesregierung mit dem Entwicklungsprogramm EULLE eine breit angelegte Wettbewerbs- und Innovationsoffensive gestartet. Eine besondere Frage ist dabei die Hofnachfolge. Damit steht die junge Generation im Mittelpunkt. Sie will wissen, wohin die Reise geht. Sie braucht Verlässlichkeit. Sie braucht eine klare Ansage. Wenn junge Menschen ihre Zukunft planen, wollen sie wissen, was die Landwirtschaft ihnen bietet. Deswegen halten wir auch nichts davon, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dort ständig zu verändern.

Man könnte jetzt lange über Pflanzenschutzpolitik und über die Dinge sprechen, die wir gegenwärtig erleben. Wenn ich mir allein anschaue, wie wir mit dem Zuckerrübenanbau umgehen, man einerseits Neonicotinoide verbietet, aber in den nächsten sechs Monaten kein Betrieb weiß, wie er Neonicotinoide bei der Saatgutbeize ersetzen soll, dann ist das ein Problem. Das sind keine guten Signale. Deswegen wünschen wir uns von der Bundesregierung Klarheit und klare Entscheidungen. Diese Dinge darf man nicht aussitzen, weil sie sich nicht von selbst lösen. Man kann Neonicotinoide ersetzen, aber dann muss man auch einen Weg haben, wie das passieren soll.

Wir begleiten diesen Wandel auch in der Pflanzenschutzpolitik konstruktiv, aber wir brauchen Antworten. Einfach nur zu meinen, man könne alles streichen, und dann lösen sich die Probleme irgendwie in Luft auf, wird den Bedürfnissen nicht gerecht und begeistert vor allem junge Menschen nicht, dann in einen solchen Betrieb zu gehen.

Ich halte diese Sechs-Monats-Phase, in der wir uns jetzt befinden, für ein echtes Problem. Wenn ich ein junger Mensch wäre, würde ich mir genau anschauen, dass sich vielleicht Vater, Mutter, Onkel und Tante die Frage stellen, ob sie ihr Geschäftsmodell als Zuckerrüben anbauender Betrieb aufrechterhalten können, die Politik noch zu einer Lösung kommt oder das jetzt in eine Krise geht. Das kann eine Entscheidung für oder gegen eine Hofnachfolge ganz massiv beeinflussen.

Deswegen dürfen wir uns in der Agrarpolitik – ich sage das mit allem Ernst – solche Hängepartien und Regulierungslücken nicht erlauben, wie wir sie gegenwärtig in dieser Frage haben.

# (Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist viel gesagt worden über die Akzeptanz der Agrarpolitik oder der Agrarwirtschaft in der Gesellschaft. Das sind alles wichtige Themen. Es ist gut, dass es hier klar ausgesprochen wird. Wir leben in einer Marktwirtschaft, die auch nachfrageorientiert ist. Deswegen müssen wir das, was sich die Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen, wie zum Beispiel die Anbaumethoden, ernst nehmen. Das ist ganz wichtig. Wir können nicht einfach sagen, ihr wünscht euch eine bestimmte Agrarwirtschaft, aber wir machen etwas völlig anderes. Das kann in der Marktwirtschaft nicht erfolgreich sein. Deswegen müssen wir schon ernst nehmen, was die Verbraucherinnen und Verbraucher sagen.

Wir müssen aber auch politisch so agieren, dass diese Wünsche umsetzbar sind, ohne dass dabei vergessen wird, dass die Bäuerinnen und Bauern, die Winzerinnen und Winzer für diese Leistungen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher einfordern, bezahlt werden.

Ich glaube, das ist die größte Herausforderung in der Agrarpolitik der nächsten Jahre, dafür zu sorgen, dass zusätzliche Anforderungen, die an die landwirtschaftlichen Betriebe herangetragen werden, mit einer höheren Vergütung über die Marktpreise korrelieren. Das hat die Politik nicht geschafft.

Das ist im Übrigen eine der größten Schwächen auch der europäischen Agrarpolitik, die wir gemeinsam angehen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass Mehrkosten bei der Produktion zu höheren Verbraucherpreisen führen. Das muss ganz im Fokus der Gemeinsamen Agrarpolitik stehen.

# (Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in vielen Bereichen in Rheinland-Pfalz Grund, optimistisch zu sein, aber wir stehen auch noch vor großen Herausforderungen.

Wir werden heute Abend noch viel über Agrarwirtschaft sprechen, auch im Rahmen des Parlamentarischen Abends. Deshalb will ich abschließend nur noch einige Sätze zu der Dürresituation sagen. Sie ist in der Tat eine große Herausforderung für viele Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern. Hier in Rheinland-Pfalz sind wir relativ gut durch die Dürre gekommen.

Nun hat der Bund gemeinsam mit den Bundesländern ein Programm mit 170 Millionen Euro Bundesmitteln aufgelegt, zu dem 14 Bundesländer 170 Millionen Euro hinzugeben, weil sie vor Ort Betriebe haben, von denen sie sagen, sie sind in einer nennenswerten Zahl in ihrer Existenz gefährdet.

Solche Betriebe haben wir in Rheinland-Pfalz nicht und haben uns deswegen diesem Programm nicht angeschlossen, auch um zu vermeiden, dass Bürokratie geschaffen wird; denn diese Verfahren sind sehr bürokratisch. Die Betriebe können nicht einfach sagen, ich habe wegen der Dürre Erntemindererträge, sondern sie müssen eine Existenzgefährdung des Betriebs nachweisen. Jeder kann sich einigermaßen vorstellen, welchen Aufwand das bedeutet. Man muss den gesamten Betrieb transparent machen.

Weil wir in Rheinland-Pfalz eine durchschnittliche Ernte, in manchen Ecken sogar eine etwas überdurchschnittliche Ernte haben, können wir davon ausgehen, auch nach Rücksprache mit den Bauern- und Winzerverbänden, dass wir hier keine Existenzgefährdung der Betriebe infolge der Dürre haben. Ich will nicht sagen, dass die Betriebe alle in rosigen Zeiten leben, aber es muss eine Existenzgefährdung aufgrund der Dürre nachgewiesen werden. Deswegen macht es keinen Sinn, dass wir ein solches bürokratisches Verfahren mit einem Riesenaufwand produzieren, um am Ende eine Masse an Ablehnungen von Bescheiden zu produzieren.

Deswegen gibt es hier für uns ein gewisses Aufatmen nach diesem Jahr. Es war wieder eine Herausforderung, wieder eine extreme Wetterlage, aber wir konnten doch ganz gute Ernten erzielen. Deswegen war auch nach Rücksprache mit der Branche für uns klar, dass wir ein solches bürokratisches Verfahren nicht brauchen.

Selbstredend stehen wir weiterhin in engem Kontakt, beobachten ganz genau, was auf den Feldern und in den Betrieben passiert, und haben das Ohr ganz nah an der Branche, was die Menschen auch verdient haben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Aufgrund der verlängerten Redezeit der Landesregierung stehen den Fraktionen jeweils weitere 5 Minuten Redezeit zur Verfügung. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aussprache zu diesem Bericht erledigt.

Ich darf nicht nur zum Parlamentarischen Abend einladen, sondern auch ganz herzlich zur nächsten Parlamentssitzung. Wir beginnen morgen um 09:30 Uhr.

Einen schönen Abend wünsche ich Ihnen.

Ende der Sitzung: 18:42 Uhr